

Bankenstruktur und Bankenliquidität

*Ein Beitrag zum Wettbewerbsproblem
im deutschen Bankwesen*

*Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität zu Freiburg im Breisgau*

*vorgelegt von
Kurt Falch
aus Bad Buchau a. F.*

1965
—

Bankenstruktur und Bankenliquidität

*Ein Beitrag zum Wettbewerbsproblem
im deutschen Bankwesen*

*Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der Rechts-und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität zu Freiburg im Breisgau*

*vorgelegt von
Kurt Falch
aus Bad Buchau a. F.*

1965

Dekan: Prof. Dr. Fritz Rittner
Referent: Prof. Dr. Alois Oberhauser
Korreferent: Prof. Dr. Martin Lohmann
Tag der mündlichen Prüfung: 23.2.1965



Meinen Eltern

Gliederung

Einleitung	1
Erster Teil: Die Banken im volkswirtschaftlichen Kreislauf, Bankenstruktur und Bankenliquidität	6
A. Die Stellung der Banken im Zirkulationsprozeß	6
I. Die Banken im Rahmen der Kreislaufzusammenhänge	6
II. Der Einfluß der Umschlagshäufigkeit der Anlagen auf die Zahlungsfähigkeit der Banken	14
B. Bankenwirtschaftliche Liquidität	17
I. Die Liquiditätsbegriffe und die verschiedenen Ebenen des Liquiditätsproblems	17
II. Die Liquidität des gesamten Geschäftsbankensystems	20
III. Die Liquidität einer Bank oder Bankengruppe	24
C. Die Kundenstruktur der Banken als Bestimmungsgrund ihrer Liquidität	28
I. Bankwirtschaftliche Struktur	29
II. Der Wirtschaftsprozeß als Bestimmungsfaktor für die Veränderungen der bankwirtschaftlichen Größen	31
III. Die Geldvermögensumschichtung zugunsten der pri- vaten Haushalte als Bestimmungsgrund für den in- terbanklichen Liquiditätssaldo	35
D. Der Ausgleich der Liquiditätssalden	40
I. Der Ausgleich über den Geldmarkt	41
II. Der Ausgleich über die Notenbank	44
III. Der Einfluß der Mindestreserven auf den Ausgleich der Liquiditätssalden	47
E. Der Einfluß der Kreditschöpfung der Banken auf ihre Liquiditätslage	50
I. Die Zusammenhänge zwischen Kreditschöpfung und Liquidität einer Bank	50

II.	Die Anwendbarkeit der Kreditschöpfungslehre auf die Geschäftstätigkeit der Sparbanken	54
III.	Die technisch-organisatorischen Faktoren	58
	1. Die kredittheoretische Bedeutung des Zusammenschlusses von Banken zu einem Gironetz	59
	2. Der unterschiedliche Einfluß von Scheck und Überweisung auf die Organisation des Zahlungsverkehrs	62
	3. Die liquiditätsfördernden Faktoren auf Grund des Gemischt-Banken-Systems	65
IV.	Die Problematik der empirischen Darstellung der Kreditschöpfung der Banken	69
	Zusammenfassung	71
	Zweiter Teil: Die Entwicklung der Bilanzvolumina, der Geschäftsstruktur und der Liquidität der Bankengruppen in der Bundesrepublik seit 1950	75
A.	Die Veränderungen der Bilanzvolumina, der Größenklassen und der Liquidität der Bankengruppen	77
	I. Die Dynamik der Bilanzvolumina	77
	II. Die Veränderungen in den Größenklassen der Kreditinstitute	79
	III. Die Entwicklung der bilanzmäßigen Liquidität der Bankengruppen	85
B.	Die Entwicklung der Geschäftsstruktur der Bankengruppen	88
	I. Die geldwirtschaftlichen Verflechtungen des gesamten Bankensystems	90
	II. Die geldwirtschaftlichen Verflechtungen der einzelnen Bankengruppen	101
	Die Geschäftsstruktur der	
	1. Großbanken	101
	2. Kreditbanken (ohne Großbanken)	111

- III -

3. Sparkassen und Girozentralen	119
4. Kreditgenossenschaften und Zentralkassen	128
5. Hypothekenbanken und öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten	135
III. Die Geschäftsstruktur und die Stellung der Banken- gruppen im Geldkreislauf	139
C. Die Liquiditätsentwicklung und die Liquiditätspolitik der Bankengruppen	144
I. Die Entwicklung der Versorgung des Banksystems mit Zentralbankgeld	145
II. Die Liquiditätssalden und ihr Ausgleich	148
1. Die Voraussetzungen für das Entstehen von Li- quiditätssalden	148
2. Der Ausgleich der Liquiditätssalden	151
III. Die Liquiditätspolitik der Bankengruppen	153
D. Die Geldbewegungen insgesamt	159
Zusammenfassung	165
Anhang	168
I. Tabellen	168
II. Statistische Erläuterungen	171
Literaturverzeichnis	178



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41543106_0055

Einleitung

Zwischen einzelnen Gruppen der westdeutschen Bankwirtschaft sind seit einiger Zeit harte Auseinandersetzungen im Gange. Aus Kreisen des privaten Bankgewerbes wird kritisiert, daß die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute, insbesondere die Sparkassen, durch steuerliche Begünstigungen, die gesetzliche Regelung der Mündelsicherheit, die Anlage öffentlicher Gelder, personelle und wirtschaftliche Verflechtungen mit ihren Errichtungskörperschaften und durch die Gewährsträgerhaftung im Wettbewerb Vorteile hätten.¹⁾ Die Sparkassen verwarfen sich gegen diesen Vorwurf. Sie sind der Meinung, die privaten Banken und die genossenschaftlichen Institute seien ihrerseits planmäßig in den Kundenkreis und in die spezifischen Geschäfte der Sparkassen eingedrungen. In ihrem "angestammten" Bereich sehen sich die Sparkassen neuen Wettbewerbern gegenüber.²⁾

Was an den Argumenten richtig oder falsch ist, wird zur Zeit von einer Kommission der Bundesregierung geprüft, die eine Wettbewerbsenquete ausarbeiten soll. Der Enquete liegt ein Auftrag des Bundestages an die Bundesregierung zugrunde, festzustellen, "ob und inwieweit der Wettbewerb zwischen den verschiedenen Sparten des Kreditgewerbes durch gesetzliche oder verwaltungsmäßige Begünstigungen bestimmter Kreditinstitute verschoben wird und welche Maßnahmen gegebenenfalls zur Herstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen angezeigt sind".³⁾ Der Wirtschaftsausschuß des Bundestages vertritt dabei die Meinung, daß das Kreditwesengesetz (KWG)

1) Vgl. Schreihage, Heinrich, Zur Untersuchung über Wettbewerbsverschiebungen im Kreditgewerbe, in: ZfdgK, Heft 20/1963, S. 940.

2) Vgl. Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V., Grundsatzfragen der Wettbewerbsuntersuchung, in: Sparkasse, Heft 15/16 1963, S. 230.

3) Vgl. Schreihage, Heinrich, a. a. O., S. 940.

zwar allen Arten von Kreditinstituten grundsätzlich gleich behandeln, im übrigen aber von der vorhandenen Struktur im Kreditgewerbe ausgehen müsse. Das eigentliche Wettbewerbsproblem könne nicht Gegenstand von bankgesetzlichen Regelungen sein.⁴⁾

Die Wettbewerbsenquete wird demnach klären, ob im Bereich des Kreditgewerbes Privilegien vorhanden sind. Sie befaßt sich mit der Gleich- oder Ungleichheit der Startbedingungen im Kreditwesen. Nun ist es aber fraglich, ob mit der Gleich- oder Ungleichheit der Startbedingungen das Wettbewerbsproblem in der Bankwirtschaft voll erfaßt ist und ob nicht der Gruppenwettbewerb im Kreditwesen in einer umfassenderen Sicht gesehen werden muß, die auch die gesamtwirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung mit einschließt. Wenn das Wachstum einer Volkswirtschaft zu strukturellen Wandlungen ihres inneren Gefüges führt⁵⁾ und wenn dem Wirtschaftswachstum, einer Änderung in der Bevölkerungszunahme und in der Einkommensverteilung auch Veränderungen in der Bankwirtschaft folgen⁶⁾, verbergen sich dann hinter dem Streit der Bankengruppen nicht auch wirtschaftliche Anpassungsvorgänge, die grundsätzlicher Natur sind? Der Problemkreis des Wettbewerbs im Kreditgewerbe⁷⁾ sollte deshalb auch im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung

4) ebenda

5) Vgl. Niehans, Jürg, Strukturwandlungen als Wachstumsprobleme, in: Neumark, Fritz (Hrsg.), Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F., Bd. 30/I, Berlin 1964, S. 18.

6) Vgl. Buschmann, Günter, Die Vereinbarungen und Zusammenschlüsse im Kreditwesen unter den Gesichtspunkten der Bankenaufsicht und der Kartellgesetzgebung, Berlin 1963, S. 19.

7) Die Frage, ob und in welchem Maße der Wettbewerb in der Bankwirtschaft zu wünschen und zu verwirklichen ist, wird in der Literatur nicht einheitlich beantwortet. Vgl. Veit, Otto, Grundriß der Währungspolitik, Frankfurt/M. 1961, S. 204, und Aust, Eberhard, Der Wettbewerb in der Bankwirtschaft, Frankfurt/M. 1963, S. 14 ff.

und unter dem Gesichtspunkt der wechselseitigen Abhängigkeit zwischen Wirtschafts- und Bankenbereich⁸⁾ gesehen werden.

Der gesamte Problemkreis des Wettbewerbs im Kreditgewerbe läßt sich demnach in zwei Bereiche aufgliedern:

Der erste Bereich umfaßt die Einflußnahme des Staates auf die heutigen Wettbewerbsbedingungen. Sie sind Gegenstand der laufenden Enquête.

Der zweite Bereich befaßt sich mit der wechselseitigen Abhängigkeit zwischen Wirtschafts- und Bankenbereich. Hier stehen die Besonderheiten der Geschäftsstruktur der Bankengruppen, die sich aus der Geschäftspolitik und der Aufgabenstellung der Banken in der Vergangenheit ergeben haben, im Mittelpunkt der Betrachtungen. Hinsichtlich der Geschäftsstruktur ist dabei zwischen zwei Bank-Typen zu unterscheiden, den Geschäfts- oder Kreditbanken auf der einen und den Sparbanken auf der anderen Seite. Welche Umstände im Wirtschaftsablauf nun eine der beiden Bankengruppen begünstigen, werden wir im folgenden sehen.

Die Vorteile, die sich somit im Rahmen der Gesamtentwicklung für einzelne Bankengruppen ergeben können, lassen sich zusammenfassend wie folgt gliedern:

a) Vorteile, die sich aus den bank- und steuerrechtlichen Regelungen ergeben (bank- und steuerrechtliche Vorteile). Neben den bankgesetzlichen Maßnahmen, mit denen der Staat in stärkerem Umfange erst nach der Zahlungskrise von 1931 ordnend in die Bankwirtschaft eingriff⁹⁾, kommt den finanz- und sozialpolitisch motivier-

8) Vgl. Wendt, Siegfried, Banken (I), in: HdSW, Göttingen 1956, S. 544.

9) Vgl. Veit, Otto, a. a. O., S. 555 f.

ten Steuerprivilegien einzelner Bankengruppen¹⁰⁾ besondere Bedeutung zu.

b) Vorteile, die auf die Besonderheiten der Geschäftsstruktur einer Bankengruppe zurückzuführen sind und die sich auf Grund bestimmter wirtschaftlicher Tatbestände ergeben (strukturelle Vorteile).

c) Vorteile auf Grund der besseren Fähigkeit des Personals (personalmäßige Vorteile).

Gegenstand der Arbeit sind die strukturellen Vorteile. Ausgeklammert werden die bank- und steuerrechtlichen Fragen sowie auch die Einflüsse, die sich auf Grund von personalmäßigen Vorteilen ergeben können. Wenn die bank- und steuerrechtliche sowie die personelle Seite des Wettbewerbsproblems nicht näher untersucht wird, dann stellt dies keine Wertung hinsichtlich der Bedeutung des Einflusses der verschiedenen Vorteile auf die Entwicklung der Bankengruppen dar. Vielmehr wird versucht, die Entwicklung der Banken unter dem speziellen Gesichtspunkt der strukturellen Tatbestände zu sehen.

Um nun die strukturellen Vorteile einer Bankengruppe im Wirtschaftsablauf zu erkennen, müssen das Wirtschaftsgeschehen und die Geschäftsstruktur der Banken zueinander in Beziehung gebracht und im Zusammenhang gesehen werden. Wie dabei die strukturellen Gegebenheiten auf seiten der Banken auf deren Liquiditätsentwicklung einwirken, wird in einer Modellbetrachtung (Teil I) gezeigt. Ausgangspunkt in diesen theoretischen Abhandlungen ist eine vereinfachte Darstellung des Wirtschaftsablaufs in Kontenform. Die einzelnen

10) Vgl. hierzu Floitgraf, Hans, Steuerprivilegien und Wettbewerb im Bankwesen der Bundesrepublik Deutschland, Untersuchung der unterschiedlichen Besteuerung der Kreditinstitute und ihres Einflusses auf die Wettbewerbsverhältnisse, Reformvorschläge, Berlin 1963, S. 95 ff.

Bestimmungsgründe für die Veränderungen der bankwirtschaftlichen Größen und die Verlagerung von Liquidität zwischen den Banken betrachten wir dann an einem Modell und an Hand der hier gegebenen Bankbilanzen. Da die Liquidität der Banken in starkem Maße auch von ihren Kreditschöpfungsmöglichkeiten abhängig ist, werden die Voraussetzungen für das Zustandekommen einer Kreditschöpfung berücksichtigt.

Ob die Entwicklung der Bankengruppen in der Bundesrepublik Deutschland seit 1950 von strukturellen Faktoren beeinflußt wurde, ist Gegenstand der empirischen Untersuchungen (Teil II). Einem Vergleich der die Entwicklung aufzeigenden Bilanzpositionen folgt eine Darstellung der Geschäftsstruktur der einzelnen Bankengruppen. Auf Grund der Besonderheiten der Geschäftsstruktur und unter Berücksichtigung der Liquiditätspolitik der Bankengruppen wird sodann versucht, die Zusammenhänge zwischen Geschäftsstruktur und Liquidität der Banken darzustellen.

ERSTER TEIL

Die Banken im volkswirtschaftlichen Kreislauf, Bankenstruktur und Bankenliquidität

A. Die Stellung der Banken im Zirkulationsprozeß

Arbeitsteilung und Geldrechnung sind die wesentlichsten Merkmale einer modernen Wirtschaft. Sie bedingen und ermöglichen den Austausch von Gütern und Leistungen zwischen den Wirtschaftseinheiten.

Die Beobachtung der güter- und geldwirtschaftlichen Ströme führt zum Kreislaufbild, wobei in der Kreislauftheorie zwischen folgenden Typen unterschieden wird:¹¹⁾

- 1) güterwirtschaftlicher Kreislauf,
- 2) geldwirtschaftlicher Kreislauf.

Während in der güterwirtschaftlich orientierten Kreislauftheorie, die sich mit dem Produktionsprozeß befaßt, dem meist als neutral angesehenen Gelde eine untergeordnete Bedeutung zukommt, tritt die monetäre Betrachtungsweise in der geldwirtschaftlich orientierten Kreislauftheorie in den Vordergrund. Dem Geldstrombegriff kommt hier zentrale Bedeutung zu. Damit sind auch die Banken und die von ihnen ausgehenden Einflüsse in die Betrachtung mit einbezogen.

I. Die Banken im Rahmen der Kreislaufzusammenhänge

Um die Stellung der Banken im Zirkulationsprozeß festzustellen, gehen wir von einer einfachen Darstellung des Wirtschaftskreislaufs

¹¹⁾ Vgl. Mangold, Gerhard, Die Strukturanalyse des wirtschaftlichen Kreislaufs, Schmollers Jb. (1953), S. 41 ff.

aus, in der die zwischen den Wirtschaftssektoren fließenden Ströme in kontenmäßiger Form registriert sind. Die Wirtschaftseinheiten werden dabei entweder auf Grund ihrer gleichartigen ökonomischen Funktion oder nach institutionellen Gesichtspunkten gegliedert.¹²⁾

Im Sektor "Unternehmungen" sind alle Wirtschaftssubjekte in ihrer Eigenschaft als Produzenten und im Sektor "Haushalte" die Wirtschaftssubjekte in ihrer Eigenschaft als Einkommensempfänger und Konsumenten zusammengefaßt. Der Rolle des Staates wird durch die Erfassung aller öffentlich-rechtlichen Institutionen im Sektor "Staat" Rechnung getragen. Die außenwirtschaftlichen Verflechtungen werden durch die Bildung des Sektors "Ausland" berücksichtigt. Der Sektor "Vermögensrechnung" ist nicht eine Zusammenfassung von Wirtschaftssubjekten, sondern ein Sammelkonto für jene Größen, die eine Änderung des Volksvermögens darstellen. Auf diesem Konto werden die privaten Ersparnisse, die Ersparnisse des Staates, die Investitionen und der Saldo der laufenden Posten der Zahlungsbilanz verbucht. (Siehe Darstellung auf Seite 9)

Das Kreislaufgeschehen setzt sich nun aus folgenden Transaktionen zusammen:

Die Unternehmungen haben nachstehende Eingänge zu verzeichnen:¹³⁾ die Zahlungen der Haushalte für privaten Konsum (C_{pr}), vom Staat die Zahlungen für Güter und Dienste (A_{St}), soweit sie den Unternehmungssektor betreffen, und vom Ausland die Exporterlöse (Ex).

Die Unternehmungen leisten ihrerseits Zahlungen: an die Haushalte für Löhne und Gehälter, Gewinne usw. (E_L), an den Staat in Höhe der

12) Vgl. Müller, J. Heinz, und Dorow, Frank, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, in: Staatslexikon, Freiburg 1963, S. 364.

13) Vgl. Schneider, Erich, Einführung in die Wirtschaftstheorie, I. Teil, Theorie des Wirtschaftskreislaufs, 6. Aufl., Tübingen 1956, S. 105 ff.

direkten (soweit diese von den Unternehmungen zu leisten sind) und indirekten Steuern, sowie in Höhe der Sozialbeiträge ($T_{\text{dir+ind}}$). An das Ausland gehen die Zahlungen für Importe (Im).

Das Konto "Unternehmungen" ist nicht ausgeglichen, wenn die Unternehmungen einen Teil der Investitionen über Kredite von den anderen Sektoren finanzieren. Die gesamte Nettoinvestition ($I_{\text{netto}} = \text{Bruttoinvestition} \cdot / \cdot \text{Abschreibungen}$)¹⁴⁾, setzt sich aus $I_{\text{selbstfinanziert}}$ und $I_{\text{kreditfinanziert}}$ zusammen. Die Nettoinvestition stellt eine Änderung des Volksvermögens dar. Sie wird deshalb auf das Vermögensrechnungskonto übertragen. Auf das gleiche Konto werden auch die von den Unternehmungen nicht verteilten Gewinne (G_{unv}) übernommen.

Die Haushalte erhalten: von den Unternehmungen kontrakt- und residualbestimmte Einkommen (E_L), vom Staat kontraktbestimmte Einkommen (E_L) sowie Unterstützungszahlungen (Tr).

Die Haushalte verwenden ihre Einnahmen zu Zahlungen: an die Unternehmungen für Konsum (C_{pr}) und an den Staat für direkte Steuern (T_{dir}). Die Ersparnis (S_{HH}) wird auf das Vermögenskonto übertragen.

Der Staat hat folgende Zugänge: von den Unternehmungen in Höhe der direkten und indirekten Steuern ($T_{\text{dir+ind}}$) und von den Haushalten in Höhe der direkten Steuern (T_{dir}). Der Staat leistet Zahlungen: an die Unternehmungen für Güter und Dienste (A_{St}), an die Haushalte für Gehälter und Löhne (E_L) und in Höhe der Transferzahlungen (Tr). Die staatliche Ersparnis (positiv oder negativ) wird auf die Vermögensrechnung übertragen. In unserem Beispiel wird unterstellt, daß die staatliche Ersparnis negativ ist und der Auszahlungsüberschuß durch eine Kreditaufnahme des Staates (K_{St}) beim Bankensektor gedeckt wird.

14) Die Abschreibungen werden in den Betrachtungen nicht berücksichtigt.

Kreditaufnahme Einlagen aus
zur Zahlung von Zahlungseingg.

Unternehmungen

Soll		Haben
(1) E _L	C _{pr}	(5)
(2) T _{dir+ind}	A _{St}	(6)
(3) Im	Ex	(7)
(4) G _{unv}	I _{netto}	(8)

Haushalte

Soll		Haben
(5) C _{pr}	E _L	(1)
(9) T _{dir}	E _L	(11)
(10) S _{HH}	Tr	(12)

Staat

Soll		Haben
(6) A _{St}	T _{dir+ind}	(2)
(11) E _L	T _{dir}	(9)
(12) Tr	K _{St}	(13)

Ausland

Soll		Haben
(7) Ex	Im	(3)
	Ex-Im	(14)

Vermögensrechnung

Soll		Haben
(8) I _{netto}	G _{unv}	(4)
(13) K _{St}	S _{HH}	(10)
(14) Ex-Im		

I. Bankensektor

Aktiva		Passiva
(1) E _L	C _{pr}	(5)
(2) T _{dir+ind}	A _{St}	(6)
(3) Im	Ex	(7)

II. Bankensektor

Aktiva		Passiva
(5) C _{pr}	E _L	(5)
(9) T _{dir}	E _L	(11)
	Tr	(12)

III. Bankensektor

Aktiva		Passiva
(6) A _{St}	T _{dir+ind}	(2)
(11) E _L	T _{dir}	(9)
(12) Tr		

IV. Bankensektor

Aktiva		Passiva
(7) Ex	Im	(3)

Saldenergebnisse

Aktiva		Passiva
BS. ⁺ I	I _{netto} (Kreditfi- nanzierg.)	G _{unv}
BS. II		S _{HH}
BS. III	K _{St}	
BS. IV	Ex-Im	

⁺) BS. = Bankensektor

Das Ausland verzeichnet Zahlungseingänge von den Unternehmungen für Importe (Im) und Zahlungsausgänge für Zahlungen an die Unternehmungen in Höhe der Exporte (Ex). Der verbleibende Saldo (Ex-Im) wird wieder auf das Vermögenskonto übertragen.

Dem Kreislaufmodell in Kontenform stellen wir nun ein Banksystem gegenüber und ordnen jedem der Wirtschaftssektoren einen Bankensektor des Banksystems zu. Das Banksystem soll also aus vier Bankensektoren bestehen. Die Notenbank beziehen wir in die Betrachtung noch nicht ein.

Unterstellen wir, daß alle Zu- und Abflüsse an und von den Wirtschaftssektoren über die jeweiligen Bankensektoren erfolgen, dann ergeben sich bei den betreffenden Bankensektoren Parallelbuchungen der obigen Vorgänge. Wird ferner unterstellt, daß aus früheren Perioden keine Guthaben oder Kredite bestehen, dann müssen für alle Ausgaben von den Wirtschaftssektoren bei den Bankensektoren Abhebungen vorgenommen und Kredite aufgenommen werden. Für alle Zuflüsse ergeben sich Guthaben der Wirtschaftssektoren bei den Banken.

Nach Abschluß der Zirkulationsperiode weisen die Wirtschaftssektoren gegenüber den Bankensektoren folgende Positionen aus:

Die Haushalte haben in Höhe der Ersparnisse ein Guthaben bei ihrem Bankensektor. Die Unternehmungen weisen in Höhe der Kreditfinanzierung der Nettoinvestition ihrem Bankensektor gegenüber eine Schuldnerstellung aus; ferner haben sie in Höhe der unverteilter Gewinne ein Guthaben beim gleichen Bankensektor. Der Staat nimmt im Fall einer positiven Ersparnis seinem Bankensektor gegenüber eine Gläubigerstellung, im Fall einer negativen Ersparnis (Kreditaufnahme) eine Schuldnerstellung ein. Einen Sonderfall stellen die Vorgänge auf dem Auslandskonto dar. Es wird unterstellt, daß auch das Ausland alle Transaktionen über den inländischen Bankensektor tä-

tigt. Das Ausland ist Schuldner des inländischen Bankensektors, wenn der inländische Export überwiegt, und Gläubiger, wenn ein inländischer Importüberhang zu verzeichnen ist.

Auf dem Konto "Vermögensrechnung" erscheint die ex post-Gleichung:

$$\text{Gesamtersparnis} = \begin{array}{l} \text{Nettoinvestition (privat)} \\ + \text{Kreditnahme des Staates} \\ + \text{Exportüberschuß} \end{array}$$

$$(S_{HH} + G_{unv} = I_{\text{netto}} + K_{St} + (Ex - Im))$$

Das der "Vermögensrechnung" gegenüberstehende Konto "Saldenergebnisse" zeigt die (unter den obigen Annahmen) in den Bilanzen der Bankensektoren zum Ausdruck kommenden Größen.¹⁵⁾

In unsere Betrachtung beziehen wir nunmehr die Notenbank mit ein. Verkauft der inländische Bankensektor im Fall einer Schuldnerstellung des Auslands (inländischer Exportüberhang) seine Forderung gegenüber dem Ausland an die Notenbank, dann wird diese Gläubigerin des Auslands. Der inländische Bankensektor erhält für die ausländische Forderung inländisches Geld. Die Schuld des Auslands bei diesem Bankensektor ist damit ausgeglichen. Als Gläubigerin des Auslands erscheint nunmehr die Notenbank. Da diese den Auszahlungsüberschuß des Auslands beim privaten Bankensektor mit zusätzlich geschaffenen inländischen Zahlungsmitteln ablöst, der Auszahlungsüberschuß des Auslands gegenüber dem Inland insgesamt jedoch erhalten bleibt, muß auch der dem Auszahlungsüberschuß des Auslands

15) Bei der obigen Darstellung handelt es sich um eine vereinfachte Beschreibung des Wirtschaftsablaufs. Ohne besondere Berücksichtigung bleiben die Staatsinvestitionen und eventuelle staatliche Ersparnisse. Ferner sind Kapitalimporte und Kapitalexporte in die Betrachtung nicht mit einbezogen.

entsprechende Einnahmeüberschuß des Inlands bestehen bleiben. Die Summe der Forderungen und Verpflichtungen innerhalb des Systems ist nämlich immer gleich Null. Die inländische Geldmenge hat sich erhöht. Der Zustrom der zusätzlichen inländischen Zahlungsmittel in Höhe des Auszahlungsüberschusses des Auslands (oder des Einnahmeüberschusses des Inlands) erfolgte dabei über die Exporterlöse der Unternehmungen, also beim Bankensektor I.

Bei den Bankensektoren und bei der Notenbank ergeben sich nunmehr folgende Salden:

	<u>Debitoren</u>	<u>Einlagen</u>
Bankensektor I	I _{netto} (Kredit- finanzg.)	G _{unv}
Bankensektor II		S _{HH}
Bankensektor III	K _{St}	
Bankensektor IV	- . -	- . -
Notenbank (Notenumlauf +)	Ex-Im	

An der obigen Konstellation ändert sich nichts, wenn wir die Voraussetzung auflösen, daß die Haushalte ihre Umsätze nicht oder nicht ganz über den Bankensektor II leiten. Von Bedeutung ist lediglich die Voraussetzung, daß sie ihre Ersparnisse beim Bankensektor II anlegen. Nehmen wir weiter an, daß die Unternehmungen oder der Staat Wertpapiere ausgeben und diese an die Haushalte absetzen, dann erfolgt in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung keine Änderung der Größen. In der bankwirtschaftlichen Rechnung vermindern sich jedoch die Einlagen der Haushalte beim Bankensektor II sowie die Kreditaufnahme der Unternehmungen oder des Staates bei ihren Bankensektoren um den Betrag der Wertpapierfinanzierung.

Betrachten wir nun den Kreislaufvorgang über mehrere Perioden hinweg. Der den Haushalten nahestehende Bankensektor wird aus den

früheren und aus der laufenden Periode einen hohen Spareinlagenbestand aufweisen. Der Unternehmenssektor ist, soweit er auf eine Kreditfinanzierung angewiesen ist, bei seinem Bankensektor verschuldet. Da wir es mit Makrogrößen zu tun haben, lassen die Durchschnittspositionen der Wirtschaftssektoren nicht unbedingt auf das Verhalten und die jeweilige Position von Einzelwirtschaften schließen. Diese können auch anders geartete Positionen einnehmen. In einer Gesamtbetrachtung werden jedoch die Wirtschaftssektoren ihren Bankensektoren gegenüber eine Gläubiger- oder Schuldnerstellung im aufgezeigten Sinne einnehmen.

Der Zirkulationsprozeß bewirkt also den Zu- und Abfluß von Geld bei den Bankensektoren. Er ist Bestimmungsgrund dafür, ob bei den Bankensektoren nach Abschluß einer oder mehrerer Perioden ein monetäres Defizit oder ein monetärer Überschuß entsteht. Die Verflechtung der Bankensektoren mit den Wirtschaftssektoren prägt damit bis zu einem gewissen Grad auch das Bilanzbild der Bankensektoren. Auf Grund der Verflechtungsart lassen sich deshalb auch zwei Banktypen unterscheiden: die Kreditbanken einerseits und die Sparbanken andererseits. Die ersteren arbeiten verstärkt mit den Unternehmungen. Bei ihnen dominieren die Kreditgewährung und die Abwicklung des Zahlungsverkehrs für die Unternehmungen¹⁶⁾. Die Sparbanken stehen demgegenüber verstärkt mit den Haushalten in Verbindung. Bei ihnen steht das Spargeschäft im Vordergrund.

Die obige Modellbetrachtung geht von der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung aus. Diese umfaßt nur Produktion, Konsumtion und Investition

16) Der Begriff 'Kreditbanken' wird im ersten Teil der Arbeit als Abgrenzung gegenüber den 'Sparbanken' verwendet. Unter der Bezeichnung 'Kreditbanken' sind also alle Banken erfaßt; ausgenommen sind nur die Institute, die sich auf das Spargeschäft spezialisiert haben. (In der Terminologie der Deutschen Bundesbank wird demgegenüber mit Kreditbanken nur eine bestimmte Gruppe der Geschäftsbanken bezeichnet. Vgl. S. 75)

von Gütern in quantitativ-buchhalterischem Sinne. Alle anderen Aspekte des ökonomischen Prozesses werden vernachlässigt. Aus dem Kreislaufmodell ist zum Beispiel nicht ersichtlich, ob die Bewegungen der Ströme lebhaft oder stockend erfolgen. Die Geldströme sollten aber nicht nur quantitativ-saldenmäßig, sondern auch in ihrer Bewegungsintensität gesehen werden. Diese drückt sich in der Umschlagshäufigkeit der Geldbestände aus. Welcher Einfluß nun von der Bewegungsintensität auf die Zahlungsfähigkeit der Banken ausgeht, zeigt folgende Betrachtung.

II. Der Einfluß der Umschlagshäufigkeit der Anlagen auf die Zahlungsfähigkeit der Banken

Der Geldumlauf wirkt sich in der Bankbilanz in zweifacher Weise aus: einmal als Umsatz auf der Passivseite und zum anderen als Umsatz auf der Aktivseite. Der Umsatz auf der Passivseite ist bedingt durch laufende Ein- und Auszahlungen auf den Passivkonten, der Umsatz auf der Aktivseite wird hervorgerufen durch den ständigen Wechsel der Anlageform (Kredite usw.) sowie durch den laufenden Zu- und Abfluß von Passiva.¹⁷⁾ Die Umsätze auf der Passiv- und auf der Aktivseite würden sich im Umfange vollkommen entsprechen, wenn nicht einzelne Anlageformen Sonderbewegungen entstehen lassen würden. Rückzahlungen und Neugewährungen von Krediten sowie das Fälligwerden von Wechseln vollziehen sich zum Beispiel unabhängig von dem Umlauf auf der Passivseite.

17) Der Einfachheit halber wird angenommen, daß die Ein- und Auszahlungen auf den Einlagenkonten in bar erfolgen. Die bargeldlosen Verfügungen und Gutschriften auf den Passivkonten, bei denen die Gegenbuchungen auf Einlagenkonten der gleichen Bank erfolgen, sind damit in die Betrachtung nicht einbezogen. Die Annahme der passiven Emissionsfähigkeit von Giralgeld einer Bank führt zum Geldschöpfungsproblem hin, mit dem wir uns später noch beschäftigen werden.

Von Bedeutung ist nun die Umsatzgeschwindigkeit. Den Umsatz erhalten wir aus der Gleichung: Umsatz = Anfangsbestand + Zugang . / Endbestand. Die Umsatzgeschwindigkeit ergibt sich aus dem Koeffizienten:¹⁸⁾

$$\text{Umsatzgeschwindigkeit} = \frac{\text{Umsatz}}{\text{mittlerer Bestand}}$$

Beispiel:

<u>Debitorenkonto</u>			
Anfangsbestand	120 000	Rückzahlungen	680 000
Neuausleihungen (Zugang)	640 000	Endbestand	80 000
Summe	760 000	Summe	760 000
=====		=====	
Demnach Umsatz		680 000	
Mittlerer Bestand (angenommen)		100 000	
Umschlagziffer		6,8 mal im Jahr	

<u>Kreditorenkonto</u>			
Auszahlungen	800 000	Anfangsbestand	50 000
Endbestand	150 000	Einzahlungen (Zugang)	900 000
Summe	950 000	Summe	950 000
=====		=====	
Demnach Umsatz		800 000	
Mittlerer Bestand (angenommen)		100 000	
Umschlagziffer		8 mal im Jahr	

Wenn den Ein- und Auszahlungen auf den Depositenkonten entsprechende Bewegungen auf den Geldkonten (Kasse usw.) folgen, dann ist die Summe der Bewegungen auf den Aktivkonten mindestens ebenso groß wie die Summe der Bewegungen auf den Passivkonten. Da auf Grund der Wertgleichheit von Passiva und Aktiva der Durchschnitts-

18) Vgl. Lohmann, Martin, Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, 4.Aufl., Tübingen 1964, S. 156.

bestand der Gesamtaktiva und Gesamtpassiva sich genau entsprechen muß, ist die Umschlagziffer der Gesamtaktiva mindestens ebenso hoch wie die Umschlaghäufigkeit der Gesamtpassiva. Die Geschwindigkeit des Wertumlaufs auf der Einlagenseite kann unter der obigen Annahme die Umschlagziffer der Aktivseite niemals übersteigen, weil sonst mehr Kapital entzogen werden würde als Aktiva in Zahlungsmittel umgewandelt werden könnten. Die Folge wäre die Zahlungsunfähigkeit der betreffenden Bank.¹⁹⁾ Ist andererseits die Umschlaghäufigkeit der Anlagen viel größer als die der Passiva, dann resultiert hieraus eine hohe Zahlungsfähigkeit. Diese braucht bilanzmäßig nicht ersichtlich zu sein; sie ergibt sich aus der raschen Liquidierbarkeit der einzelnen Anlagen.

Die Zahlungsfähigkeit einer Bank hängt somit nicht nur von dem Saldo des Zu- und Abflusses von Geld ab, sondern wird auch von der Bewegungsintensität der Wertumläufe, insbesondere von der Umschlaghäufigkeit der Anlagen beeinflusst. Der Zirkulationsprozeß bewirkt bei den Banken über deren Verflechtung mit den Wirtschaftssektoren den Zu- und Abfluß von Geld, gleichzeitig beeinflusst aber auch die Bewegungsintensität der Geldströme die Zahlungsfähigkeit der Geldinstitute.²⁰⁾

Nachdem wir die quantitativen Aspekte des Geldzuflusses und Geldabflusses bei den Banken betrachtet haben, wollen wir nun im folgenden auf das Problem der Zahlungsfähigkeit oder Liquidität einer Bank noch näher eingehen.

19) Vgl. Peckolt, Horst, Strukturverschiebungen im deutschen Bankenwesen, Stuttgart 1937, S. 12.

20) Zur Frage, wie die Banken wiederum ihrerseits die Geldströme beeinflussen, vgl. Leutner, Helmut, Geldstrom- und Liquiditätstheorie, Frankfurt/M. 1962, S. 30 ff.

B. Bankwirtschaftliche Liquidität

Der vielschichtige Begriff 'Bankenliquidität' beschäftigt Theoretiker und Praktiker der Kreditwirtschaft seit langer Zeit. Um eine für die Untersuchung geeignete Definition des Begriffes und eine zur Analyse des Zusammenhangs zwischen Bankenstruktur und Bankenliquidität passende Abgrenzung zu finden, untersuchen wir zunächst die verschiedenen Liquiditätsbegriffe und Erscheinungsformen des Liquiditätsproblems.

I. Die Liquiditätsbegriffe und die verschiedenen Ebenen des Liquiditätsproblems

Im Rahmen der kreislauftheoretischen Betrachtungen sind die wirtschaftlichen Bewegungsvorgänge der Grund für das Entstehen von monetären Überschüssen oder Defiziten bei den Bankensektoren. Aus dem Besitz oder aus dem Mangel von Zahlungsmitteln läßt sich damit die Liquidität als Mengenbegriff²¹⁾ ableiten. Über den Kredit wird der mengenmäßige Austausch von Liquidität vollzogen. Wird der an einem Stichtag unmittelbar verfügbare mengenmäßige Bestand an Zahlungsmitteln als aktuelle Liquidität²²⁾ bezeichnet, dann wird die künftige aktuelle Liquidität durch das Verhältnis zwischen den Zahlungseingängen (einschließlich Anfangsbestand) und den Zahlungsausgängen bestimmt.²³⁾

Wird demgegenüber das Liquiditätsproblem in Zusammenhang mit der Umschlagshäufigkeit der Bestände gebracht, dann führt der mehr oder minder schnelle Umlauf von Geld zur Liquidität als Bewegungs-

21) Vgl. Veit, Otto, Volkswirtschaftliche Theorie der Liquidität, Frankfurt/M. 1948, S. 12.

22) Vgl. Stützel, Wolfgang, Liquidität, in: HdSW, S. 627.

23) Vgl. Stützel, Wolfgang, Liquidität, a. a. O., S. 627.

begriff.²⁴⁾ Das 'Fließen' der Kreditsummen bezeichnet Lautenbach²⁵⁾ als 'organische' Liquidität (im Gegensatz zur technischen), und Gestrich²⁶⁾ nennt den gleichen Sachverhalt 'immanente' Liquidität (im Gegensatz zur rechnerischen). Als Liquiditätssymptom gelten dabei die (Bank-)Umsätze.²⁷⁾

Geldmenge und Umlaufgeschwindigkeit können sich bis zu einem gewissen Grad ersetzen. Die Elastizität der Umlaufgeschwindigkeit wirkt als eine Art Puffer vor der durch Veränderung des Liquiditätsbedarfs erzwungenen Veränderung der Geldmenge.²⁸⁾

Aus der Liquidität als Mengen- und als Bewegungsbegriff wird die Liquidität als Eigenschaftsbegriff²⁹⁾ abgeleitet. Der Blickpunkt richtet sich hierbei auf die Eignung der Güter, sich mehr oder weniger leicht in Geld umwandeln zu lassen. Liquidität in qualitativem Sinne bezieht sich somit auf die Liquidierbarkeit der Anlagen. Der Liquiditätsgrad einer Anlage hängt dabei nicht nur von ihrer Selbstliquidationsperiode ab, sondern wird auch durch ihre Abtretbarkeit (shiftability)³⁰⁾ und die hieraus resultierende Beleihbarkeit bestimmt. Diese wiederum ist im Bankenbereich wesentlich von den Maßnahmen und Handhabungen der Notenbank abhängig. Bestimmten Bankaktiva kommt deshalb neben der eigenen (echten) auch eine abgeleitete (künstliche) Liquidität zu.³¹⁾

24) Vgl. Veit, Otto, Volkswirtschaftliche Theorie der Liquidität, a. a. O., S. 12.

25) Vgl. Lautenbach, Wilhelm, Kreditvolumen und Bankenliquidität, in: Bankarchiv 1939, S. 115 f.

26) Vgl. Gestrich, Hans, Kredit und Sparen, Godesberg 1947, 2. Aufl. S. 117.

27) Vgl. Veit, Otto, Volkswirtschaftliche Theorie der Liquidität, a. a. O., S. 77.

28) ebenda, S. 47.

29) ebenda, S. 12.

30) Vgl. Stützel, Wolfgang, Liquidität, a. a. O., S. 622.

31) Vgl. Stucken, Rudolf, Liquidität der Banken, in: HdSW, S. 632.

Betrachtet man nun das Liquiditätsgefüge und den Liquiditätsaufbau in einer Volkswirtschaft, so tritt das Liquiditätsproblem im Sinne der Verfügungsmacht über Zahlungsmittel auf drei Ebenen mit unterschiedlicher Bedeutung in Erscheinung:³²⁾

Einmal erstreckt sich das Liquiditätsstreben der Wirtschaftssubjekte auf Geld schlechthin, also auf Zentralbankgeld und Geschäftsbankengeld. In der Liquiditätsskala ist das Bargeld oder Notenbankgeld die Geldart mit der höchsten Liquidität. Nach der Fristigkeit der Verfügungsmöglichkeiten folgen Sicht-, Termin- und Spareinlagen.

Zum anderen tritt das Liquiditätsproblem im Bereich der Geschäftsbanken³³⁾ auf. Ihr Liquiditätsstreben erstreckt sich auf Bar- oder Zentralbankgeld. Die einzelne Bank kann den Nichtbanken wohl Liquidität zur Verfügung stellen, indem sie eigene Zahlungsverprechen ausgibt. Aber auch in diesem Fall ist die Geschäftsbank nur liquide, wenn sie in dem Maße über Notenbankgeld verfügt, in dem Ansprüche auf solches Geld an sie herangetragen werden können. Die Einzelbank ist um so liquider, je größer ihr Bestand an Notenbankgeld ist, je leichter ihre anderen Anlagen sich in Notenbankgeld umwandeln lassen und je weniger Notenbankgeld von ihr abverlangt wird.

Wenn wir im folgenden von der Liquidität einer Bank oder Bankengruppe sprechen, so bezieht sich dieser Liquiditätsbegriff nur auf den Bestand an Zentralbankgeld. Wenn von unterschiedlichen Liquiditätssituationen bei Banken die Rede ist, dann ist damit gemeint, daß ein Teil der Banken im Geldkreislauf Zentralbankgeldüberschüsse und ein anderer Teil Zentralbankgelddefizite aufweisen.

Das Liquiditätsproblem der Zentralbank - das ist der dritte Bereich,

32) Vgl. Gleske, Leonhard, Die Liquidität in der Kreditwirtschaft, Frankfurt/M. o. Jg. (1954), S. 11.

33) Der Begriff 'Geschäftsbanken' wird im folgenden als Bezeichnung für die Banken außerhalb des Zentralbanksystems verwendet. Er umfaßt also sowohl die Kredit- als auch die Sparkbanken.

in dem ein Liquiditätsproblem auftreten kann - erstreckt sich auf Zahlungsmittel im internationalen Zahlungsverkehr. Im inländischen Zahlungsverkehr kann für die Notenbank kein Liquiditätsproblem auftreten, weil sie die inländischen Zahlungsmittel selbst schafft. In dem Gebiete, in dem die Noten der Zentralbank als Zahlungsmittel gelten, besteht für sie also kein Liquiditätsproblem. Nur soweit Zahlungen an das Ausland in Frage kommen, muß sie für eine Liquiditätsreserve Sorge tragen.³⁴⁾

Im Mittelpunkt der folgenden Untersuchungen steht das Liquiditätsgefüge der Geschäftsbanken. Wir betrachten zuerst das Liquiditätsproblem des gesamten Geschäftsbankensystems und dann dasjenige der einzelnen Bank bzw. Bankengruppe.

II. Die Liquidität des gesamten Geschäftsbankensystems

Die Liquidität des Geschäftsbankensystems insgesamt drückt sich in dessen Fähigkeit aus, Kundendepositen notfalls in Zentralbankgeld umzuwandeln.³⁵⁾ Für die Liquidität des Geschäftsbankensystems ist deshalb das Verhältnis Notenbankgeld zu Kundendepositen bei den Geschäftsbanken von Bedeutung, wobei die Relation Notenbankgeld/Geschäftsbankengeld durch den Teil des Geldvermögens bestimmt wird, den die Wirtschaftssubjekte in Notenbankgeld zu halten wünschen. Reicht der von der Notenbank zur Verfügung gestellte Betrag hierfür nicht aus, dann müssen sich die Geschäftsbanken bei der Notenbank weiteres Zentralbankgeld beschaffen. Sie refinanzieren sich bei der Notenbank.

34) Vgl. Veit, Otto, Volkswirtschaftliche Theorie der Liquidität, a. a. O., S. 66.

35) Vgl. Gleske, Leonhard, a. a. O., S. 41.

Ist demgegenüber das Geschäftsbankensystem bereits so liquide, daß es auf eine Refinanzierung bei der Zentralbank nicht mehr zurückzugreifen braucht, dann zeigt sich das Ausmaß der Liquidität an dem Umfang zentralbankfähiger Papiere, die sich im Besitze der Geschäftsbanken befinden. Über diese Sekundärliquidität können sich die Banken jederzeit Primärliquidität beschaffen. Die allgemeine Liquiditätssituation eines Geschäftsbankensystems zeigt sich somit einmal an dem Ausmaß der Verschuldung der Banken bei der Zentralbank und zum anderen an dem Umfang der Sekundärliquidität.

Von großer Bedeutung für die Liquidität eines Geschäftsbankensystems ist nun der Umstand, ob die Zentralbank einem oder mehreren Wirtschaftssektoren Direktkredite gibt. Gewährt zum Beispiel die Notenbank dem Staat einen Direktkredit oder fließt über einen Exportüberschuß zusätzliches Zentralbankgeld ins Inland, dann brauchen sich die Geschäftsbanken in Höhe des zufließenden Notenbankgeldes nicht mehr bei der Zentralbank zu verschulden. Der Notenbankgelddazufluß kann so stark sein, daß sich die Geschäftsbanken von der Verschuldung bei der Notenbank völlig frei machen und darüber hinaus noch Überschußreserven für späteren Notenbankgeldbedarf ansammeln können.

Betrachten wir die Impulse im einzelnen, die auf die allgemeine Liquidität eines Geschäftsbankensystems einwirken können. Ein Impuls (Fall 1) kann von den Wirtschaftssubjekten ausgehen. Er betrifft die Relation Notenbankgeld/Geschäftsbankengeld. Der Einfluß, der von der Liquiditätsebene der Zentralbank auf die der Geschäftsbanken ausgeht (Fall 2), betrifft das Verhältnis Notenbankdirektkredite/Geschäftsbankenkredite. Unterscheiden wir dabei zwischen einem Geschäftsbankensystem, das bei der Zentralbank verschuldet ist (a), und einem Geschäftsbankensystem, das bei der Notenbank nicht mehr im Obligo steht (b), und unterstellen wir ferner, daß das gesamte

Geldvolumen und, von der Kreditseite aus betrachtet, die Summe der Kredite der Geschäftsbanken und der Notenbank gleichbleiben, dann lassen sich die Einflüsse und Wirkungen auf die Liquidität eines Geschäftsbankensystems zusammenfassend wie folgt darstellen:³⁶⁾

Fall 1:

Relation Zentralbankgeld/Geschäftsbankengeld	Refinanzierung bei der Notenbank	Liquidität des Geschäftsbankensystems
steigt	(a) nimmt zu	(+) sinkt
	(b) Überschußreserven nehmen ab bzw. Refinanzierung nimmt zu	(-)
		(+)
sinkt	(a) nimmt ab	(-) steigt
	(b) Überschußreserven nehmen zu	(+)

Fall 2:

Relation Zentralbankdirektkredite/Geschäftsbankenkredite	Refinanzierung bei der Notenbank	Liquidität des Geschäftsbankensystems
Zentralbankdirektkredite nehmen zu	(a) nimmt ab	(-) steigt
	(b) Überschußreserven nehmen zu	(+)
Zentralbankdirektkredite gehen zurück	(a) nimmt zu	(+) sinkt
	(b) Überschußreserven nehmen ab bzw. Refinanzierung nimmt zu	(-)
		(+)

36) Vgl. Gleske, Leonhard, a. a. O., S. 48 ff.

Das Schema zeigt, wie die Impulse von seiten der Wirtschaftssubjekte (Fall 1) und von seiten der Notenbank (Fall 2) auf die allgemeine Liquiditätssituation des Geschäftsbankensystems einwirken und welche Veränderungen sich daraus für die Refinanzierung der Geschäftsbanken bzw. für deren Überschußreserven ergeben.

Werden dabei auch die Wirkungen, die von einer Tilgung der Zentralbankdirektkredite auf die Liquidität des Geschäftsbankensystems ausgehen, in die Betrachtung mit einbezogen, dann sind die Tilgungsbeträge jeweils als Abnahme der Zentralbankdirektkredite (Fall 2) zu deuten. Eine Tilgung führt zu einem Rückgang der Zentralbankdirektkredite; die Liquidität des Geschäftsbankensystems nimmt deshalb ab.

Sollen ferner auch die Einflüsse berücksichtigt werden, die sich aus der Kontoführung des Staates bei der Notenbank ergeben, dann brauchen die Veränderungen der Einlagen des Staates nur als Veränderungen der Notenbankdirektkredite (Fall 2) mit umgekehrten Vorzeichen gesehen zu werden. Steigen zum Beispiel die Einlagen des Staates bei der Notenbank (dies entspricht einem Rückgang der Notenbankdirektkredite), so geht die Liquidität des Geschäftsbankensystems zurück.

Ändern sich nun das gesamte Geldvolumen und, von der Kreditseite aus betrachtet, die Summe der Kredite der Geschäftsbanken und der Zentralbank, dann kommt den relativen Veränderungen der beiden Beziehungen $\text{Notenbankgeld} / \text{Geschäftsbankengeld}$ und $\text{Zentralbankdirektkredite} / \text{Geschäftsbankenkredite}$ die maßgebende Bedeutung zu. Die Liquiditätssituation des gesamten Geschäftsbankensystems hängt damit auch von der Kreditvergabebereitschaft der Geschäftsbanken selbst ab, d.h. davon, inwieweit sie bereit sind, der an sie heran tretenden Kreditnachfrage zu entsprechen. Eine expansive Kredit-

politik der Geschäftsbanken kann zu einem Zurückbleiben der Notenbankdirektkredite und zu einem stärkeren Abzug von Notenbankgeld und damit zu einer Verschlechterung der Liquidität des Geschäftsbankensystems führen. Umgekehrt kann eine zurückhaltende Kreditpolitik der Geschäftsbanken und eine im Vergleich hierzu geringere Abnahme der Notenbankdirektkredite sowie die Verkleinerung der Relation Notenbankgeld/Geschäftsbankengeld eine Verbesserung der Liquiditätslage des Geschäftsbankensystems bewirken.

In diesem Zusammenhang sind auch die notenbankpolitischen Maßnahmen zu erwähnen, mit denen die Zentralbank einmal die Mindestreservenhaltung regulieren und ferner den Umfang der Sekundärliquidität variieren kann. Die Liquidität des gesamten Geschäftsbankensystems wird dadurch erhöht oder verringert. Wird dabei von der Notenbank bei der Sekundärliquidität der Kreis der an sie verkaufsfähigen Papiere (wie zum Beispiel im Falle der Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen) zu weit gefaßt und betreibt die Notenbank gleichzeitig eine Stabilhaltung dieser Papiere im Kurs (Zins), dann können die Geschäftsbanken die in ihrem Bestand befindlichen und hierzu geeigneten Papiere bei der Notenbank jederzeit und ohne Kursverluste gegen Zentralbankgeld eintauschen. Die Notenbank ist dann nicht mehr in der Lage, die Geschäftsbanken daran zu hindern, sich Zentralbankgeld in ausreichendem Maße zu beschaffen.³⁷⁾

III. Die Liquidität einer Bank oder Bankengruppe

Eine gleichbleibende Liquidität des gesamten Geschäftsbankensystems setzt nun nicht auch eine gleichbleibende Liquidität der einzel-

37) Vgl. Committee on the Working of the Monetary System, (Radcliffe-)Report, London 1959, S. 128.

nen Geschäftsbanken voraus. Obwohl die Liquidität des Geschäftsbankensystems sich weder erhöht noch verringert, können sich innerhalb des Geschäftsbankensystems Liquiditätsverschiebungen ergeben. Diesen Sonderfall hat Stützel³⁸⁾ im Auge, wenn er ausführt: "Die Gesamtheit aller Banken kann ziemlich sicher damit rechnen, daß durch Kreditgewährung die absolute Höhe ihres Bestandes an flüssigen Mitteln nicht verringert wird; denn es ist sehr unwahrscheinlich, daß der Notenumlauf außerhalb des Bankensystems plötzlich stark zunimmt (Globalsatz). Infolgedessen führt nahezu jede Schmälerung der flüssigen Mittel bei einer einzelnen Bank zu einer Vermehrung der flüssigen Mittel anderer Banken dieser Gesamtheit (Größenmechanik).¹ Der obige Globalsatz kann aber für die Realität deshalb nicht streng gelten, weil es wahrscheinlich ist, daß sich die Liquidität des gesamten Geschäftsbankensystems über Notenbankdirektkredite an Nichtbanken ändert. Nicht der Notenumlauf außerhalb des Bankensystems erfährt eine Änderung auf Grund der Verschiebung der Relation Notenbankgeld/Geschäftsbankengeld, sondern die absolute Höhe der flüssigen Mittel kann sich kurzfristig über die Notenbankdirektkredite (auch aus der Verbindung mit dem Ausland) ändern. Die Annahme eines gleichbleibenden Bestandes an flüssigen Mitteln innerhalb des gesamten Geschäftsbankensystems ist daher problematisch.

Würde die Liquidität des gesamten Geschäftsbankensystems gleichbleiben, dann könnten die Liquiditätsverschiebungen zwischen den einzelnen Banken an Hand der Bestände an flüssigen Mitteln leicht festgestellt werden. Da sich aber die flüssigen Mittel sowohl innerhalb des Geschäftsbankensystems verschieben als auch die Liquidität des gesamten Geschäftsbankensystems Veränderungen unterworfen ist, ergeben sich bei der Feststellung der Liquidität der einzelnen

38) Vgl. Stützel, Wolfgang, Volkswirtschaftliche Saldenmechanik, Ein Beitrag zur Geldtheorie, Tübingen 1958, S. 27 (Fußnote).

Bank Schwierigkeiten. Die Liquiditätsveränderungen können absolut gesehen, es können aber auch relative Liquiditätsvergleiche angestellt werden. Für unsere Betrachtungen sind die relativen Liquiditätsvergleiche wichtig.

Die Liquidität einer Bank kann einmal rein mengenmäßig an Hand des Bestandes an flüssigen Mitteln festgestellt und zum anderen unter dem Gesichtspunkt des mehr oder weniger großen Liquiditationsgrades der Anlagen gesehen werden. Das Liquiditätsproblem läßt sich ferner in Zusammenhang mit der Relation Notenbankgeld/Geschäftsbankengeld und damit in Verbindung zu dem Kreditschöpfungsproblem bringen.

Gleske³⁹⁾ hat den ersten Umstand im Auge, wenn er feststellt, daß jeder in eine Bank hineinführende Zahlungsstrom die Liquidität der Bank durch eine Zunahme der Depositen oder durch die Reduktion der Kredite vergrößert. Umgekehrt vermindert jeder Zahlungsausgang, der eine Bank verläßt, deren Liquidität durch die Reduktion der Depositen oder die Zunahme der Kreditsummen. Die Liquidität der einzelnen Bank und die Abweichung dieser Liquidität von der des gesamten Geschäftsbankensystems wird daher durch das Verhältnis der jeweiligen Anteile einer Bank an den Krediten und am Depositenbestand aller Banken bestimmt. Die Liquidität der einzelnen Bank ist demnach von der Depositen- und Kreditverteilung auf die einzelnen Banken abhängig. Gleske geht davon aus, daß mit der Kredit- und Depositenverteilung zwischen den Banken auch die Verteilung der flüssigen Mittel einhergeht. Dabei ist aber noch zu klären, ob die Verteilung der flüssigen Mittel auf Grund von Kreditvergaben und Einlagenzuwächsen bei den einzelnen Banken relativ gleich oder verschieden ist.

39) Vgl. Gleske, Leonhard, a. a. O., S. 107.

Stucken sieht das Liquiditätsproblem einer Geschäftsbank mehr unter dem qualitativen Aspekt. Bei dem Liquiditätsproblem handelt es sich "um die Frage des rechtzeitigen Geldanschlusses."⁴⁰⁾ Um den Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können, müssen die Aktiva in Zahlungsmittel verwandelt werden können.

Nach Schneider existiert für eine Bank ein Liquiditätsproblem immer dann, "wenn sie Zahlungen in einem Gelde leisten muß, das sie selbst nicht schaffen kann."⁴¹⁾ Schneider unterscheidet dabei "Liquidität im Sinne der Fähigkeit der Bank, ihre fälligen Zahlungsverpflichtungen jederzeit erfüllen zu können, und Liquidität im Sinne der Fähigkeit, neue Kredite gewähren, d.h. neue Zahlungsverpflichtungen übernehmen zu können."⁴²⁾ Der erste Liquiditätsbegriff umfaßt die tatsächliche Solvenzlage einer Bank. Er bezieht sich auf die Fähigkeit der Bank, ihren Verpflichtungen in Zentralbankgeld nachkommen zu können. Der zweite Liquiditätsbegriff weist auf die Kreditschöpfungsfähigkeit der Bank hin.

In unserem Zusammenhang soll unter der Liquidität einer Bank oder Bankengruppe der Bestand an Zentralbankgeld verstanden werden. Den Sonderfall der Kreditschöpfungsfähigkeit der Banken gliedern wir vorerst aus und untersuchen die näheren Zusammenhänge zwischen Ausmaß der Kreditschöpfungsfähigkeit und der Liquidität einer Bank in mengenmäßiger Hinsicht in einem späteren Abschnitt. Die Liquidität einer Bank wird also durch ihren Bestand an Zentralbankgeld

40) Vgl. Stucken, Rudolf, Geld und Kredit, 2. Aufl. Tübingen 1957, S. 105.

41) Vgl. Schneider, Erich, Einführung in die Wirtschaftstheorie, III. Teil, Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung, 5. Aufl., Tübingen 1959, S. 19.

42) ebenda, S. 18.

bestimmt.⁴³⁾ Wie sich nun der Umfang der flüssigen Mittel bei den Banken im Zusammenhang mit dem Kreislaufgeschehen ändert und welche Faktoren hierfür relevant sind, untersuchen wir im folgenden Abschnitt.

C. Die Kundenstruktur der Banken als Bestimmungsgrund ihrer Liquidität

Die Unterscheidung zwischen der Liquidität des gesamten Geschäftsbankensystems und der der einzelnen Banken ermöglicht uns eine bessere Darstellung der Faktoren, die zu Veränderungen der Liquidität der einzelnen Banken bei gleichbleibender Liquidität des gesamten Geschäftsbankensystems führen. Die Schwankungen der Liquidität der einzelnen Banken, die mit einer Änderung der Liquidität des gesamten Geschäftsbankensystems einhergehen, sollen außer Betracht bleiben. Damit sind auch die periodischen und saisonalen Schwankungen der individuellen Liquidität, die meist durch eine Veränderung des Bargeldumlaufs verursacht sind und deshalb auch die Liquidität des gesamten Geschäftsbankensystems berühren, von den Untersuchungen ausgeschlossen. Eine gleichbleibende Liquidität des gesam-

43) Die obige Abgrenzung des Begriffs 'Liquidität', die zur Analyse der Liquiditätsverschiebungen zwischen den Banken dient, soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Problematik der Liquidität einer Bank damit nicht voll erfaßt ist. Die wirkliche Liquidität einer Bank (im Sinne ihrer Zahlungsfähigkeit) kann auf Grund der sichtbaren Reserven allein nicht festgestellt werden. Die Umschlagshäufigkeit der Anlagen ist mit zu berücksichtigen. So sind zum Beispiel für eine Bank eine 5%ige Barreserve (und keine weiteren Liquiditätsreserven anderer Art) und ein guter Debitorenbestand besser als eine 30%ige Barreserve und ein Debitorenausfall, der die Nettohaftungsreserve übersteigt. Die Zahlungsfähigkeit einer Bank im Sinne der gesamten - auch unsichtbaren - Reserven ist damit weitgehend Spiegelbild der Bonität.

Vgl. Stützel, Wolfgang, Bankpolitik - heute und morgen, Ein Gutachten, Frankfurt/M. 1964, S. 33 ff.

ten Geschäftsbankensystems sehen wir der Einfachheit halber dann als gegeben an, wenn die Zentralbankgeldmenge gleich-bleibt, d.h., wenn das Geschäftsbankensystem in der laufenden und in den folgenden Perioden jeweils mit der gleichen Menge an Zentralbankgeld auskommt. Von einer Mindestreservenhaltung auf Grund der Depositenbildung wird abgesehen. Treten nun Veränderungen in der Liquidität der einzelnen Banken auf, dann kann es sich nur noch um Faktoren handeln, die im Bereich der einzelnen Banken selbst zu suchen und auf ihre besonderen strukturellen Verhältnisse zurückzuführen sind. Was unter der Struktur einer Bank verstanden werden kann und im Rahmen der folgenden Abhandlungen zu verstehen ist, wird zuerst im folgenden Abschnitt geklärt.

I. Bankwirtschaftliche Struktur

Unter den Strukturverhältnissen einer Bank versteht man in der Regel ihren Geschäftsaufbau,⁴⁴⁾ der durch die An- und Einlagenschichtung bestimmt wird. Die Passivseite der Bankbilanzen zeigt die Kapitalquellen und Kapitalarten auf, während die Aktivseite die Verwendung und die Anlage der hereingenommenen Gelder erklärt. Unter der Struktur einer Bank kann also einmal die Art der Mittelaufbringung und die Art der Mittelverwendung verstanden werden. Ausgangspunkt in dieser Betrachtung sind die einzelnen Bilanzpositionen. Das Ergebnis ist eine Bilanzanalyse.

Die Struktur einer Bank kann zum anderen auch im Rahmen der Bankwirtschaft insgesamt gesehen werden. Als "Charakteristik" für die ökonomische Klassifizierung dienen dabei die Geschäftsvolumina der einzelnen Banken oder Bankengruppen.⁴⁵⁾

44) Vgl. Peckolt, Horst, a.a.O., S. 4.

45) Vgl. Esenwein-Rothe, Ingeborg, Die Struktur des Bankwesens als Gegenstand wirtschaftsstatistischer Analyse, Berlin 1959, S. 65 ff.

In beiden Fällen werden bankwirtschaftliche Einzelgrößen zu bankwirtschaftlichen Gesamtgrößen in Beziehung gesetzt. Die Folgerungen und Aussagen, die sich auf Grund der obigen Relationen ergeben, beruhen also auf bankwirtschaftlichen Größen. Sie können daher primär nur Aussagekraft für das Bankwesen selbst haben. Um auch zu Aussagen für den Nichtbankenbereich zu kommen, müssen die Veränderungen im Bankenbereich noch besonders interpretiert und mit den Veränderungen im Nichtbankenbereich verglichen werden.

Gerade weil nun die Liquidität der Banken weitgehend vom Verhalten und den wirtschaftlichen Transaktionen der Nichtbanken beeinflusst wird, gliedern wir die Bankbilanzen nicht nach bankwirtschaftlichen, sondern nach außerbanklichen Kriterien. Die Bankbilanzen sollen damit in direkte Beziehung zu den Wirtschaftssektoren gebracht werden.

Mit Struktur ganz allgemein wird die Art und Weise bezeichnet, "wie die Teile eines Ganzen untereinander und zu diesem Ganzen verbunden sind".⁴⁶⁾ Das Ganze ist die Volkswirtschaft, die Teile sind in unserem Beispiel die Wirtschaftssektoren. Die Banken sind nun Teile dieses Ganzen selbst. In ihrer Geschäftstätigkeit stehen sie aber gleichzeitig diesem Ganzen bzw. seinen Teilen gegenüber. Wir haben es also mit zwei Gesamtheiten zu tun, der Nichtbanken- und der Bankenwirtschaft. Unter Struktur soll nun die Art und Weise verstanden werden, wie die beiden Gesamtheiten und deren Teile miteinander verbunden sind. Die Struktur der Banken wird damit durch die Verflechtung der Banken mit den Wirtschaftssektoren bestimmt. Die strukturelle Gliederung der Wirtschaft wird in die Bankbilanzen hineinprojiziert, und die Banken werden im Spiegel der Struktur der Nichtbankenwirtschaft gesehen. Die sektoralen Anteile der Nichtbankensektoren an den Bilanzvolumina der Banken bestimmen somit

46) Vgl. Thalheim, Karl C., Aufriß einer volkswirtschaftlichen Strukturlehre, in: ZfdgStW 1939, S. 467.

die bankwirtschaftliche Struktur. Änderungen in der Wirtschaftsstruktur sind dann auch als Veränderungen der strukturellen Gegebenheiten in den Bilanzvolumina der Banken zu erkennen.

II. Der Wirtschaftsprozess als Bestimmungsgrund für die Veränderungen der bankwirtschaftlichen Größen

Die Darstellung der Wirkungen, die vom Wirtschaftsprozess auf die Bankbilanzen ausgehen, ist in einer vereinfachten Modellbetrachtung am übersichtlichsten. Wir gehen zunächst von einer Volkswirtschaft aus, die aus dem Unternehmenssektor und dem Haushaltssektor besteht. Das Banksystem setzt sich aus der Notenbank und einer Geschäftsbank (Kreditbank) zusammen.

Zwischen dem Unternehmenssektor, den Haushalten (Produktionsfaktoren), der Geschäftsbank und der Notenbank ergeben sich nun folgende Beziehungen:

Die Haushalte erhalten an jedem Einkommenszahlungstermin Einkommen in Höhe von 500 DM in bar. Der Unternehmungssektor soll über keine Eigenmittel verfügen. Er beschafft sich diese Barmittel über eine Kreditaufnahme bei der Kreditbank. Zur Zahlungsabwicklung innerhalb des Unternehmungssektors für die gegenseitigen Leistungen verschulden sich die Unternehmungen um weitere 500 DM. Dieser Betrag wird als Sichteinlage bei der Kreditbank gehalten.⁴⁷⁾

47) Die einzelnen Unternehmer haben neben den Zahlungen an die Haushalte auch Zahlungen für Vorprodukte anderer Unternehmungen zu leisten. Das Bild des Geldkreislaufs modifiziert sich dadurch insofern, als nur die Unternehmungen der konsumnahen Stufen Zahlungen von den Haushalten in Bargeld erhalten. Diese zahlen die Bargeldbeträge bei der Geschäftsbank ein und verwenden die Erlöse sowohl für den neuen Bargeldbedarf als auch für die Zahlungen an die Vorstufen. Da alle Unternehmungen Kunden der gleichen Geschäftsbank sind, ist es in diesem Zusammenhang ohne Belang, welchen Unternehmungen das Bargeld zufließt.

Zunächst wird angenommen, daß in der Volkswirtschaft weder gespart noch investiert wird. Solange die Haushalte (Produktionsfaktoren) nicht sparen, also alles Einkommen wieder ausgeben, fließt den Unternehmungen für die nachgefragten Güter genau die Menge an Bargeld zu, die sie für den folgenden Einkommenszahlungstermin benötigen. Die in der Periode anfallenden Erlöse verwenden die Unternehmungen zur Kreditabdeckung, so daß ihre Kreditinanspruchnahme bei der Kreditbank am Ende der Periode Null ist und am Anfang der neuen Einkommenszahlungsperiode wieder auf 500 DM bzw. 1000 DM ansteigt. Die Vorgänge zwischen den Unternehmungen und den Haushalten lassen sich wie folgt darstellen:

	Unternehmungen		Haushalte	
	Deb.	Kred.	Deb.	Kred.
1. Einkommenszahlungen an die Haushalte	500 _a			500 _a
2. Zahlungen für Konsum der Haushalte		500 _b	500 _b	

Bei den Banken ergeben sich dadurch nachstehende Veränderungen: Die Verschuldung der Unternehmungen führt zu einem Debitorenbestand von 1000 DM und gleichzeitig zu Sichteinlagen in Höhe von 500 DM. Die Kreditbank muß sich in Höhe der Barauszahlungen bei der Notenbank verschulden, wobei wir annehmen, daß die Verschuldung ohne Aktivaustausch (Wechselhingabe) erfolgt. Die Bankbilanzen zeigen folgendes Bild:

Kreditbank				Notenbank			
Deb.		Kred.		Aktiva		Passiva	
Kredite _U	1000	Sichteinlagen _U	500	Kredit an Kreditbank	500	Notenumlauf	500
		Verschuldung b. Notenbank	500				
Summe	1000		1000	Summe	500		500
=====				=====			
U = Unternehmungen							

Unterstellen wir nun, daß die Unternehmungen investieren. Wenn die Haushalte nicht sparen, sondern ihr ganzes Einkommen aus der laufenden Produktion konsumtiv verwenden, dann fließen den Unternehmungen Erlöse in einem Umfange zu, der über die Kostenstumme der laufenden Produktion hinausgeht. Das gesamte Einkommen konzentriert sich dabei auf die Konsumgüter.⁴⁸⁾ Die an der Produktion beteiligten Unternehmungen erzielen aus dem Kreislauf Gewinne, die den Kosten der Nettoinvestition entsprechen müssen (Q-Gewinne bei Keynes).⁴⁹⁾ Wenn diese Gewinne sich auf die Unternehmungen im Verhältnis zu der (neben der laufenden Produktion erfolgenden) Investitionstätigkeit verteilen, liegt eine Selbstfinanzierung der Unternehmungen vor. Der Nettogläubigersaldo der Kreditbank gegenüber dem Unternehmungssektor bleibt dabei unverändert. Die Zahlungen innerhalb des Unternehmungssektors kompensieren sich gegenseitig.⁵⁰⁾

Werden die Investitionen nur in einigen Branchen vorgenommen und entspricht die Gewinnverteilung nicht der Investitionstätigkeit, dann können die gewinnbegünstigten Unternehmungen beginnen, ihre Bankschulden vorzeitig zurückzuführen und Depositen zu bilden. Bei den Debitoren der Bankbilanz ergibt sich eine Verschiebung insofern, als an die Stelle der gewinnbegünstigten die investierenden Unternehmungen treten. Die auf der Passivseite sich ansammelnden Überschüsse der gewinnbegünstigten Unternehmungen erhöhen sich, während

48) Auf die daraus resultierenden Preiserhöhungen wird nicht näher eingegangen, weil im Rahmen dieser Untersuchungen die Liquiditätsentwicklung bei den Banken im Vordergrund steht.

49) Vgl. Gleske, Leonhard, a. a. O., S. 55.

50) Ein zusätzlicher Geldbedarf kann über eine Mehrbeschäftigung oder über steigende Preise und Löhne entstehen. Die Änderung der Kreditsumme hängt also unter den obigen Voraussetzungen nicht von der Investition, sondern von dem Beschäftigungsvolumen oder der Lohnzahlung ab.

Vgl. hierzu Lautenbach, Wilhelm, a. a. O., S. 118.

gleichzeitig auch die Kredite an die investierenden Unternehmungen zunehmen. Die Unternehmungen leisten nicht mehr sich gegenseitig kompensierende Zahlungen (Debitor an Debitor), sondern auch Zahlungen von Debitoren an Kreditoren. Die kumulativen Einnahmenüberschüsse der gewinnbegünstigten Unternehmungen bewirken eine Verlängerung der Geschäftsbankbilanz.⁵¹⁾

Der Überschußbetrag der gewinnbegünstigten Unternehmungen soll in Termindespositen angelegt werden und in unserem Beispiel 100 DM betragen. Die Bilanzen der Banken ändern sich dadurch nach Abschluß der Investitionsperiode wie folgt:

Kreditbank				Notenbank	
Deb.		Kred.		Aktiva	Passiva
Kredite _U	1100	Sichteinlagen _U	500	Kredit an Kreditbk.	500
		Termin-einlagen _U	100		Notenum-lauf
		Verschuldung b. Notenbank	500		
Summe	1100		1100	Summe	500
					500

Die Bankverschuldung der Unternehmungen kann reduziert werden, wenn die investierenden Unternehmungen Wertpapiere ausgeben und diese an die gewinnbegünstigten Unternehmen verkaufen. Die Einnahmenüberschüsse der einen Gruppe werden der anderen, die im gleichen Umfange Ausgabenüberschüsse zu verzeichnen hat, zur Verfügung gestellt. Für die Kreditbank ergibt sich dadurch eine Kreditvolumenverkürzung.

⁵¹⁾ Vgl. Stützel, Wolfgang, Volkswirtschaftliche Saldenmechanik, a. a. O., S. 210.

III. Die Geldvermögensumschichtung zugunsten der privaten Haushalte als Bestimmungsgrund für den interbanklichen Liquiditätssaldo

In unserem Modell ändert sich die Situation, wenn die Haushalte (Produktionsfaktoren) ihr Einkommen nicht voll ausgeben, sondern sparen. Die Unternehmungen erleiden in Höhe der Sparbeträge einen Erlösrückgang. Unterstellen wir, daß die Haushalte die nicht verausgabten Einkommensbeträge als Spareinlagen bei einer besonderen Sparbank einzahlen. Die Unternehmen sollen nach wie vor investieren. Als Folge der Einnahmenüberschüsse der Haushalte ergibt sich auf die Haushalte hin eine Geldvermögensumschichtung.⁵²⁾ Da die Kreditaufnahme der Unternehmen bei der Kreditbank und die Spareinlagenbildung der Haushalte bei der Sparbank erfolgen, muß sich, weil die Einkommenszahlungen in Bargeld vorgenommen werden, zugunsten der Sparbank ein Liquiditätssaldo in Zentralbankgeld ergeben. Dieser Liquiditätssaldo ist Ausdruck dafür, daß die Haushalte ihr Einkommen nicht voll ausgeben und die Restbeträge als Sparguthaben bei der Sparbank anlegen.

Die Sparbeträge sollen nach Abschluß einer Periode 50 DM betragen. Die Bilanz der Notenbank bleibt unverändert. Die beiden anderen Bankbilanzen zeigen zu Beginn der zweiten Periode folgendes Bild:

52) Geldvermögen ist der positive oder negative Saldo der Konten der Zahlungsreihe (einschließlich aller Finanzkonten, Fremdkapital usw.) zu einem bestimmten Zeitpunkt. Vgl. Stützel, Wolfgang, Volkswirtschaftliche Saldenmechanik, a. a. O., S. 59 f.

Kreditbank			Sparbank		
Deb.		Kred.	Deb.		Kred.
Kredite _U	1150 ⁺⁾	Sichteinlagen _U 500	Kredit an Kreditbank	50	Spareinlagen _{HH} 50
		Termin- einlagen _U 100			
		Verschuldung bei Notenbank 500			
		Verschuldung bei Sparbank 50			
Summe	1150	1150	Summe	50	50
=====			=====		

U = Unternehmungen

⁺⁾ Die Kredite_U setzen sich zusammen aus:

Neuverschuldung der U in Höhe von 1100 DM
Auszahlungsüberschuß aus Vorperiode 50 DM

Beide Bilanzen lassen sich nun auch nach der Zugehörigkeit der Positionen zu den Wirtschaftssektoren, nach strukturellen Gesichtspunkten gliedern.

	Kreditbank		Sparbank	
	Aktiva/Passiva	Saldo	Aktiva/Passiva	Saldo
Notenbank	- /500	+ 500	- /-	-
Interbankverfl.	- / 50	+ 50	50/-	- 50
Unternehmungen	1150/600	- 550	- /-	-
Haushalte	- /-	-	- /50	+ 50

Die obige Zusammenstellung bringt zum Ausdruck, ob und in welcher Höhe die linksstehenden Sektoren Überschüsse oder Defizite bei den beiden Banken haben. Der interbankliche Liquiditätssaldo zeigt sich in der Interbankverflechtung.

Legen die Haushalte die nicht verausgabten Einkommensteile in Wertpapieren der investierenden Unternehmungen an, dann entsteht kein interbanklicher Liquiditätssaldo. Wenn zum Kauf dieser Wertpapiere früher gebildete Sparguthaben verwendet werden, gleicht sich der bestehende Liquiditätssaldo wieder aus. Werden die Wertpapiere von Nichtbanken gekauft, die ihre Depositen bei der Kreditbank halten, so ändert sich an der ganzen Situation nichts. Ein interbanklicher Liquiditätssaldo (ohne Veränderung der Zentralbankgeldmenge insgesamt) zugunsten der Sparbanken ist demnach die Resultante aus der Spartätigkeit der Haushalte und der Anlageform der ersparten Beträge.⁵³⁾ Ändert sich die Sparquote oder die Anlageform, dann unterliegt auch der (binnenwirtschaftliche) interbankliche Liquiditätssaldo einer Änderung. Der Liquiditätssaldo zugunsten der Sparbank nimmt zu, wenn das Einlagensparen der Haushalte steigt. Er nimmt ab, wenn die Haushalte weniger auf Einlagenkonten sparen. Der Liquiditätssaldo wird negativ, wenn die Haushalte entsparen.

Sehen wir nun die Zusammenhänge mit Blick auf die Unternehmungen und die Kreditbank: Der Liquiditätsabfluß zu Lasten der Kreditbank nimmt zu, je kleiner der Anteil der eigenen Mittel der Unternehmungen an den Investitionen, also je geringer die Selbstfinanzierung der Unternehmungen ist. Der Liquiditätsabfluß bei der Kreditbank nimmt ab, wenn die Selbstfinanzierung der Unternehmungen zunimmt. Der Liquiditätsabfluß bei der Kreditbank wird verhindert, wenn die Unternehmungen die Investitionen über Direktdarlehen oder direkte Wertpapierhingabe an die Haushalte finanzieren.

53) An den Liquiditätszusammenhängen ändert sich auch mit der Zunahme der bargeldlosen Lohnzahlung nichts. Anstelle der Einkommenszahlungen in bar treten die Einkommenszahlungen in Überweisungsform. Von Bedeutung ist nur, daß die Haushalte ihre Gehaltskonten bei den Sparbanken führen und die Überweisungen von Bank zu Bank in Notenbankgeld erfolgen.

Die genannten alternativen Anlagemöglichkeiten der Ersparnisse der Haushalte zeigen auch, daß die Bankbilanzen den volkswirtschaftlichen Prozeß nur dann vollständig widerspiegeln, wenn alle volkswirtschaftlichen Geldströme über die Banken laufen und dort ihren Niederschlag finden. Die zwischensektoralen Direkttransaktionen erscheinen in den Bankbilanzen nicht. Einen Vergleich zwischen diesen Direkttransaktionen und den Vorgängen im Bankenbereich ermöglicht die Flow-of-Funds-Darstellung.⁵⁴⁾ Unsere Modellwirtschaft würde hier folgende Größen ausweisen:

	Konsolidierter Bankensektor		Unternehmungen		Haushalte	
	Verw. ⁺⁾	Aufk. ⁺⁾	Verw.	Aufk.	Verw.	Aufk.
1. Inländische Investitionen			150			
G_{unv}				100		
Abschreibg.				...		
S_{HH}						50
2. Notenumlauf + Depositen		1150	1100		50	
Wertpapiere _U				...	...	
Bankkredite	1150			1150		
	1150	1150	1250	1250	50	50

⁺⁾ Verw. = Verwendung (Uses)
Aufk. = Aufkommen (Resources)

Aus dieser Darstellungsmethode ist ersichtlich, wie hoch die Summe der ganzen Ersparnisse der Haushalte (S_{HH}) ist und welcher Anlageform sie zugeführt wurden. In unserem Beispiel sind alle Ersparnisse der Haushalte beim Bankensektor angelegt. Die Bedingun-

⁵⁴⁾ Vgl. Powelson, John P., National Income and Flow-of-Funds Analyses, New York/Toronto 1960, S. 261 ff.

gen für das Entstehen eines Liquiditätssaldos zugunsten der Sparbank sind damit auf seiten der Haushalte gegeben. Es ist weiter ersichtlich, mit welchen Mitteln die Investitionen finanziert sind. Werden hierzu auch Mittel anderer Sektoren verwendet, liegt eine Fremdfinanzierung vor. Laufen die Mittel über den Bankensektor und werden sie von diesem in Kreditform wieder dem Unternehmungssektor zur Verfügung gestellt, dann ergibt sich im Bankensektor eine Bilanzverlängerung und, sofern es sich bei den Einlagen um Überschüsse der Haushalte handelt und diese bei der Sparbank angelegt sind, ein Liquiditätssaldo zugunsten der Sparbank. Wie sich die Mittel innerhalb des konsolidierten Bankensektors verteilen, ist aus der vorletzten Darstellung zu ersehen.

Unser Modell kann nun erweitert werden, indem die Sektoren Staat und Ausland mit einbezogen werden. In Annäherung an die Flow-of-Funds-Darstellung betrachtet zum Beispiel die Deutsche Bundesbank in ihren Monatsberichten die Vermögensbildung und ihre Finanzierung der vier Sektoren: Unternehmen, private Haushalte, öffentlich-rechtliche Haushalte und Ausland.⁵⁵⁾

Wie wir in den Betrachtungen der Veränderungen der Liquidität des Geschäftsbankensystems insgesamt jedoch gesehen haben, ändert sich bei Geldvermögensumschichtungen zugunsten oder zu Lasten des Staates oder des Auslands in der Regel auch die Zentralbankgeldmenge insgesamt. Die Ursachen für die Veränderungen der Liquidität bei den einzelnen Banken lassen sich deshalb nicht eindeutig bestimmen. Allerdings ist es auch unter Einbeziehung des Sektors Staat möglich, daß sich bei einer Verschuldung des Staates die Notenbankgeldmenge insgesamt nicht ändert. Verschuldet sich zum Beispiel der Staat bei der Kreditbank und gibt er dafür Staatspapiere aus, dann führt dies

55) Vgl. Deutsche Bundesbank, Methodische Erläuterungen zu den Berechnungen über die Vermögensbildung und ihre Finanzierung, in: Monatsbericht vom Dezember 1961, S. 13 ff.

noch zu keiner Vergrößerung der Zentralbankgeldmenge. In diesem Fall ist es der Auszahlungsüberschuß des Staates, der zu einem Liquiditätsabfluß bei der Kreditbank führt, sofern man unterstellen kann, daß die vom Staat verausgabten Mittel nicht in voller Höhe zu der Kreditbank zurückkehren. Sind die Staatspapiere, was in der Regel der Fall ist, mit einer Refinanzierungszusage der Notenbank ausgestattet, so bleibt es der Kreditbank überlassen, zu welchem Zeitpunkt sie mit Hilfe der Staatspapiere den Liquiditätsabfluß ausgleicht und sich zusätzliches Notenbankgeld beschafft. Zu beachten ist, daß erst der Verkauf oder die Beleihung der Staatspapiere zum Ausgleich des Liquiditätssaldos bei der Kreditbank führt und daß gleichzeitig auch die Notenbankgeldmenge vergrößert wird.

D. Der Ausgleich der Liquiditätssalden

Die Liquiditätssalden bezeichnen ein Defizit oder einen Überschuß an Zentralbankgeld. Gegensätzliche Liquiditätssalden in einem Banksystem bestehen dann, wenn eine oder mehrere Banken überschüssige Zentralbankgeldbestände aufweisen, während gleichzeitig andere Institute Zentralbankgelddefizite zu verzeichnen haben. Die unterschiedlichen Liquiditätssituationen können Folge der Veränderung der Liquidität des Geschäftsbankensystems insgesamt, aber auch Folge von zwischenbanklichen Liquiditätsverschiebungen sein. Da Ursachen und Folgen der Veränderung der gesamtbanklichen Liquiditätslage nicht eindeutig festzustellen sind,⁵⁶⁾ wird auch die Zuordnung der Ursachen der effektiven Liquiditätssalden problematisch. Im Mittelpunkt unserer Betrachtung stehen die strukturell bedingten Liquiditätssalden. Im Gegensatz zu den durch die saisonalen Änderungen des Geld-

56) Vgl. Stützel, Wolfgang, Volkswirtschaftliche Saldenmechanik, a. a. O., S. 108 ff.

bedarfs⁵⁷⁾ bedingten kurzfristigen Liquiditätssalden sind die strukturell bedingten Liquiditätssalden langfristiger Natur. Um Überschneidungen auszuschalten, unterstellen wir zunächst, daß die Zentralbankgeldmenge insgesamt gleichbleibt (desgleichen auch die Zahlungssitten). Bei einem interbanklichen Liquiditätssaldo haben die Überschußbanken einen Zufluß von Zentralbankgeld zu verzeichnen, der in seiner Höhe dem Abfluß von Zentralbankgeld bei einer anderen Bank entspricht. Die Banken oder Bankengruppen weisen entgegengesetzte Liquiditätssalden aus. Nach der obigen Annahme einer unveränderten Zentralbankgeldmenge kann sich die Defizitbank Notenbankgeld nur über den Geldmarkt beschaffen. Unter Geldmarkt wird im folgenden also nur der Handel mit Zentralbankgeld verstanden.

I. Der Ausgleich über den Geldmarkt

Die Defizitbanken übernehmen von den Überschußbanken Zentralbankgeld. Alle Formen der Liquiditätsaufnahme (aufgenommene Gelder, Kontokorrentkredite, Wechselhingabe, Abgabe von Geldmarktpapieren usw.) dienen dem gleichen Zweck: Kompensation eines Zentralbankgeldverlustes. Der Hinweis auf das Bestehen von Liquiditätsdivergenzen zwischen verschiedenen Banken oder Bankengruppen ist aber allein noch keine ausreichende Erklärung dafür, daß ein Geldmarkt zustandekommt. Die einzelnen Institute müssen auch die Neigung haben, untereinander in den Austausch von Zentralbankgeld zu treten, d. h., es muß Motive für die Banken geben, überschüssiges Notenbankgeld auf dem Geldmarkt anzubieten oder nachzufragen.⁵⁸⁾

57) Zur saisonalen Veränderung des Geld- und Kreditbedarfs der einzelnen Wirtschaftszweige vgl. von Beckerath, H., Kapitalmarkt und Geldmarkt, Jena 1916, S. 34 ff.

58) Vgl. Brehmer, Ekhard, Struktur und Funktionsweise des Geldmarktes der Deutschen Bundesrepublik seit 1948, Tübingen 1956, S. 19.

Die Motive einer Bank zur Anlage von Zentralbankgeld auf dem Geldmarkt resultieren einmal aus der Tatsache, daß auf dem Geldmarkt die Erzielung von Zinseinnahmen möglich ist. Zum anderen soll durch die Geldmarktanlage die Liquidität (im Sinne der Zahlungsfähigkeit) der Bank gesichert und erhalten werden.⁵⁹⁾

Hat nun eine Bank eine Liquiditätsverbesserung ihres Status zu verzeichnen und verwendet sie diese nicht zur Ausdehnung ihrer Kredite an Nichtbanken, so wird die Überschußbank allerdings eher die Verbindlichkeiten bei der Notenbank reduzieren als am Geldmarkt als Geldgeber aufzutreten.⁶⁰⁾ Hohe "Indossamentsverbindlichkeiten" werden von Außenstehenden oft als ein Zeichen von Schwäche angesehen, und die Rücksichtnahme auf das Prestige der Bank führt zu einem vordringlichen Abbau der Notenbankverbindlichkeiten. Größere Geldmarkttransaktionen und damit auch ein Ausgleich der Liquiditätssalden über den Geldmarkt sind demnach nur in einem Banksystem zu erwarten, in dem mindestens eine Bank oder Bankengruppe ein Mehr an Zentralbankgeldzufluß nicht mehr dazu verwenden will, die Verschuldung bei der Notenbank zurückzuführen.⁶¹⁾

Die Motive zur Nachfrage am Geldmarkt können darin bestehen, daß die Banken keine oder keine ausreichenden Möglichkeiten zur Refinanzierung bei der Notenbank haben oder daß sie aus verschiedenen Gründen eine Refinanzierung auf dem Geldmarkt der Verschuldung bei der Notenbank vorziehen.⁶²⁾ Der erste Fall ist gegeben, wenn die Banken keine oder keine weiteren zentralbankfähigen Papiere im Bestand haben oder wenn die Rediskontkontingente voll ausgenutzt sind. Im zweiten Fall ist der Liquiditätsausgleich ein kalkulatorisches Problem. Die Banken verschulden sich am Geldmarkt, wenn sie sich

59) Vgl. Brehmer, Ekhard, a. a. O., S. 20.

60) Vgl. Gleske, Leonhard, a. a. O., S. 115.

61) ebenda.

62) Vgl. Brehmer, Ekhard, a. a. O., S. 24 f.

dort Mittel zu Konditionen beschaffen können, die günstiger als der Diskontsatz sind.⁶³⁾ Halten die Banken aber ihren Bestand an zentralbankfähigen Wechseln als letzte Reserve,⁶⁴⁾ so sind sie auch bereit, kurzfristig einen Geldmarktsatz zu zahlen, der über dem Diskontsatz liegt. Um die Refinanzierung bei der Notenbank zu reduzieren oder nicht weiter ansteigen zu lassen, werden zinsmäßige Nachteile am Geldmarkt in Kauf genommen. Im Gegensatz zu den Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln gelten größere Nostroverpflichtungen nicht als ein Zeichen von Schwäche, sondern zeigen, daß die Bank einen guten Ruf genießt und über gute Geldmarktverbindungen verfügt.⁶⁵⁾

Ein weiterer Grund für die Nachfrage am Geldmarkt kann auch darin gesehen werden, daß die Hausbanken den auf den Wechseln als Aussteller erscheinenden Kunden die Offenlegung der wirtschaftlichen Verhältnisse bei der Zentralbank ersparen wollen. Reicht nämlich die Hausbank Wechsel bei der Zentralbank zum Ankauf ein, so verlangt diese in der Regel von den Wechselverpflichteten die Vorlage von neueren Bilanzen.

Während also das Angebot auf dem Geldmarkt in größerem Umfange erst in Erscheinung tritt, wenn die anbietenden Banken sich zuvor von der Verschuldung bei der Notenbank lösen konnten, ist die Nachfrage am Geldmarkt verschiedenartiger Natur. Insgesamt gesehen, lassen aber das Ausmaß der Verschuldung der Banken oder Bankengruppen und ihre Stellung am Geldmarkt erkennen, ob sie der Tendenz nach Überschuß- oder Defizitinstitute sind.

63) Vgl. Köhler, Claus, Der Geldkreislauf, Geldtheoretische Thesen im Spiegel der Empirie, Berlin 1962, S. 100.

64) Vgl. Lehmann, F., Die Dispositionen der Banken, in: Zeitschrift für Handelswissenschaft und Handelspraxis, 22. Jg. (1929), S. 271, zitiert nach Brehmer, Ekhard, a. a. O., S. 26.

65) Vgl. Brehmer, Ekhard, a. a. O., S. 26.

II. Der Ausgleich über die Notenbank

Im Gegensatz zu den Refinanzierungsaktionen der Banken am Geldmarkt bewirkt eine Refinanzierung bei der Notenbank zugleich auch eine Änderung der Zentralbankgeldmenge. Die Formen der Liquiditätsbeschaffung bei der Notenbank sind:

- a) Die Refinanzierung (Wechseldiskont und Lombard),
- b) Verkauf von Wertpapieren an die Notenbank,
- c) Verkauf von Devisen an die Notenbank.

Über die Refinanzierung in Form eines Wechselrediskonts oder eines Lombardkredits (Verpfändung von Wechseln, Wertpapieren oder Ausgleichsforderungen) erlangt die Geschäftsbank neues Notenbankgeld. Durch die Kreditaufnahme bei der Zentralbank begeben sich die Kreditbanken in das 'direkte Sperrfeuer' der Notenbank. Gerade dies wollen die Bankleiter aus Prestige Gründen möglichst vermeiden.

Die Rückgabe von Geldmarktpapieren und der Verkauf von Wertpapieren an die Notenbank setzen voraus, daß die abgebende Bank in früheren Zeiten einen Überschuß an Zentralbankgeld hatte und diesen zum Kauf der Wertpapiere verwendet hat. Durch den Verkauf der Papiere erhält die Geschäftsbank das Zentralbankgeld zurück; die Zentralbankgeldmenge erhöht sich. Die Initiative hierfür liegt auf seiten der Geschäftsbank.⁶⁶⁾

Der Ausgleich eines Liquiditätssaldos kann auch über den Abruf von ausländischen Guthaben erfolgen. Die Bank tauscht die erhaltenen Devisen bei der Notenbank gegen heimische Währung ein. Welche

66) Vgl. Köhler, Claus, a. a. O., S. 76.

Eine Sonderhandhabung stellen die Wertpapierkäufe dar, die im Rahmen der 'Blessing-Milliarde' im Sommer 1960 von den Geschäftsbanken übernommen wurden. Es waren Wertpapierbedingungsgeschäfte, denn die Papiere sollten nicht vor Ablauf von zwei Jahren wieder verkauft werden.

weiteren Folgen sich dabei auf den Liquiditätsstatus einer Geschäftsbank ergeben, betrachten wir am besten an Hand unseres Modells.

Nehmen wir an, daß das ausländische Guthaben der Geschäftsbank durch einen Exportüberschuß der Unternehmungen entsteht. Der Exportüberschuß bzw. das ausländische Guthaben der Geschäftsbank soll 100 DM betragen.

Wie früher angenommen, besteht das Banksystem aus der Notenbank, einer Kreditbank und einer Sparbank.⁶⁷⁾ Die Ausleihungen der Kreditbank an die Unternehmungen belaufen sich auf 500 DM für die Einkommenszahlungen in bar und auf 650 DM für die Zahlungen innerhalb des Unternehmungssektors und für die Investitionen. In Höhe der Einkommenszahlungen muß sich die Kreditbank bei der Notenbank verschulden. Der Betrag von 500 DM soll nach wie vor für die Einkommenszahlungen ausreichend sein. Die Zentralbankgeldmenge im Banksystem würde deshalb normalerweise unverändert bleiben, denn es sei weiter unterstellt, daß die Sparbank, zu deren Gunsten infolge des Sparens der Haushalte ein Liquiditätssaldo entsteht, den Zentralbankgeldzufluß bei ihr der Kreditbank in Form eines Kredits wieder zur Verfügung stellt.

Die Kreditbank verfügt nun über Devisen und tauscht diese bei der Notenbank gegen inländisches Geld ein. Im Gegensatz zu den sonstigen Geldeingängen bei der Kreditbank, die sich teils aus Bargeld und teils aus eigenem Giralgeld zusammensetzen, erhält in diesem Fall die Kreditbank den vollen Betrag in Notenbankgeld. Ihr Liquiditätsstatus verbessert sich. Die Bankbilanzen zeigen folgendes Bild:

67) Vgl. S. 31

Kreditbank				Sparbank			
Deb.		Kred.		Deb.		Kred.	
Kredite _U	1150	Sichteinlagen _U	500	Kredit an Kred. Bk.	50	Spareinlagen _{HH}	50
		Termineinlagen _U	100				
		Verschuldg. b. Notenbk.	500				
		Verschuldg. b. Sparbk.	50				
Kasse (+)	100	Sichteinlagen _U	(+) 100				
Summe	1250		1250	Summe	50		50
=====				=====			

Notenbank

Aktiva		Passiva	
Kredit an Kred. Bk.	500	Notenumlauf	500
Devisen (+)	100	Notenumlauf(+)	100
Summe	600		600
=====		=====	

Das zusätzliche Notenbankgeld ermöglicht es der Kreditbank, entweder ihre Verschuldung bei der Notenbank um 100 DM oder den Schuldsaldo bei der Sparbank um 50 DM und den bei der Notenbank um ebenfalls 50 DM zurückzuführen.⁶⁸⁾

Ein entgegengesetzter Vorgang ergibt sich bei Importüberschüssen der Unternehmungen. Die Kreditbank verliert Notenbankgeld, und in Höhe des Notenbankgeldabflusses muß sie sich bei der Zentralbank neu verschulden.

68) Der obige Modellfall soll die Wirkung eines Exportüberschusses auf die Liquidität der Banken aufzeigen. In der Ein-Perioden-Betrachtung werden deshalb Geldvermögensumschichtungen zugunsten der Haushalte oder des Staates sowie mögliche Preisbewegungen nicht berücksichtigt.

Der Grund für die Veränderung der Liquidität des Geschäftsbankensystems ist in den obigen Fällen der Ausgaben- oder Einnahmenüberschuß des Auslands. Die Veränderung der Zentralbankgeldmenge erfolgt dann, wenn die Notenbank im Zuge der Zahlungsbewegungen vom oder an das Ausland auch die Saldenbeträge gegen in- oder ausländisches Geld eintauscht. Wenn unterstellt werden kann, daß die Unternehmungen den Ex- und Import tätigen, so bewirkt der Einnahmen- oder Ausgabenüberschuß der Unternehmungen (in der laufenden Periode) auch eine Liquiditätsverbesserung oder Liquiditätsverschlechterung bei den Banken, die verstärkt mit den Unternehmungen arbeiten. In unserem Beispiel ist es die Kreditbank.

Der Liquiditätsverbesserung (auf Grund eines Exportüberschusses) bei der Kreditbank wirkt eine Liquiditätsverschlechterung auf Grund der Geldvermögensumschichtung zugunsten der Haushalte oder des Staates entgegen. In der Regel wird die Verteilung des zusätzlichen Notenbankgeldes auf die anderen Wirtschaftssektoren und damit auch auf andere Banken sofort im Anschluß an den Zustrom des Geldes erfolgen, so daß die Liquiditätsverbesserung sehr schnell der ganzen Wirtschaft zugute kommt.

Der Ausgleich der Liquiditätsschwankungen bei den einzelnen Banken oder Bankengruppen erfolgt also einmal über den Geldmarkt (bei unveränderter Zentralbankgeldmenge) und zum anderen über die Notenbank (bei veränderter Zentralbankgeldmenge). Welcher Einfluß nun auch von der Mindestreservenhaltung auf den Ausgleich der Liquiditätssalden ausgeht, wollen wir noch im folgenden untersuchen.

III. Der Einfluß der Mindestreserven auf den Ausgleich der Liquiditätssalden

Die durch die Mindestreservenhaltung zwangsweise erzielte Änderung der Liquidität des Geschäftsbankensystems wurde in den bishe-

rigen Überlegungen außer acht gelassen. Die Mindestreserve führt nun zu einer effektiven Bindung von flüssigen Mitteln und verringert dadurch den Liquiditätsspielraum der Banken.⁶⁹⁾ Da die Mindestreserve am Mittelaufkommen ansetzt, verkürzt sie einen positiven interbanklichen Liquiditätssaldo und erhöht (besonders im Fall einer ex tunc-Handhabung der Mindestreservensätze) einen negativen. Wie alle Interventionsmaßnahmen der Notenbank bewirkt sie eine Veränderung der Zentralbankgeldmenge insgesamt. Durch eine Erhöhung der Mindestreserven wird Notenbankgeld abgeschöpft. Fließt nun über einen Exportüberschuß oder eine staatliche Verschuldung bei der Notenbank der Wirtschaft in reichlichem Maße Notenbankgeld zu, dann kann die Mindestreservenerhöhung das Mehr an Zentralbankgeld ausgleichen, indem sie es den Banken wieder entzieht.⁷⁰⁾ Umgekehrt wird bei einer Herabsetzung der Mindestreserven Notenbankgeld freigegeben. Ein bestehender positiver interbanklicher Liquiditätssaldo wird dadurch erhöht, ein negativer verringert. Auch die Herabsetzung der Mindestreserven führt also nicht zu einem Ausgleich der interbanklichen Liquiditätssalden.

Ein Ausgleich der Liquiditätssalden kann aber als Folge von Mindestreservenveränderungen und auf Grund der daraus resultierenden

69) Vgl. Pfeiderer, Otto, Mindestreservenpolitik, in: HdSW, S. 358.

70) Die Interventionsmaßnahme wirkt auf die Banken kontraktiv. Bestehen bleibt aber die durch den Zufluß von Zentralbankgeld verbesserte Guthaben-Schulden-Relation der Nichtbanken gegenüber den Banken. Im obigen Fall verbessert sich auf Grund der Einnahmenüberschüsse die Geldvermögensrelation der Unternehmen oder/und der Haushalte. Die verbesserte Geldvermögensrelation der Nichtbanken braucht nun langfristig nicht kontraktiv zu wirken. Von Bedeutung ist dabei, wie sich die höheren Guthaben oder verringerten Schulden verteilen. Je breiter die Streuung ist, desto geringer dürfte die hieraus resultierende Wirkung sein.

Die Schulden-Guthaben-Relation des privaten Sektors (Unternehmen und private Haushalte) hat sich unter Berücksichtigung des Saldos des Wertpapiersektors zum Beispiel von 1950 bis 1962 von -14% auf -7% verbessert. Vgl. S. 94

verringerten oder erhöhten Kreditaktivität der Banken eintreten. Das würde bedeuten, daß (im Fall einer Mindestreservenerhöhung) die Defizitbanken und die Überschuißinstitute ihre Kreditausdehnung drosseln. Dann ist es aber nicht mehr sicher, ob die Überschuißbanken noch weitere Zuflüsse zu verzeichnen haben, denn die interbanklichen Liquiditätsverschiebungen können als Folge der Kreditdrosselung ausbleiben. Inwieweit die aus der eigenen Kreditgewährung stammenden Einlagen im Bereich der eigenen Bank oder Bankengruppe bleiben, hängt von der Geltungsbreite des von den Banken aktiv und passiv emittierten Giralgeldes⁷¹⁾ ab.

Ein Ausgleich der Liquiditätssalden durch die Mindestreserven wird also nicht oder nur über eine Kreditdrosselung oder Kreditausdehnung erreicht.⁷²⁾

In den bisherigen Abhandlungen wurde ein Faktor ausgeschlossen, der für die Liquiditätslage der Banken von großer Bedeutung ist, nämlich die Kreditschöpfungsfähigkeit der Banken.

71) Vgl. Hahn, Oswald, Die Geldschöpfungskapazität einer Girobank in betriebswirtschaftlicher Betrachtung, in: Blätter für Genossenschaftswesen, Heft Nr. 11/12 1961 (Sonderdruck), S. 1 ff.

72) Eine Ausgleichswirkung kann sich ergeben, wenn die einzelnen Banken durch die Mindestreserven ungleich belastet werden. Dies ist nun bis zu einem gewissen Grad der Fall, weil die Bemessungsgrundlage für die Mindestreserven das Mittelaufkommen ist. Die Banken, die ihre Einlagen aus der Geldvermögensumschichtung zugunsten der Haushalte beziehen, werden voll getroffen, während die Banken, die im Fall eines Exportüberschusses oder eines Ausgabenüberschusses des Staates liquiditätsmäßig an der Geldvermögensumschichtung zugunsten der Unternehmungen partizipieren, günstiger gestellt sind, weil dabei unterstellt werden kann, daß die Unternehmen einen Teil des Geldzuflusses zur Reduzierung der Kredite verwenden. Diese Beträge sind von der Mindestreserve nicht erfaßt.

E. Der Einfluß der Kreditschöpfung der Banken auf ihre Liquiditätslage

Wie wir bei den Liquiditätsbetrachtungen gesehen haben, existiert für eine Bank ein Liquiditätsproblem immer dann, wenn sie Zahlungen in Notenbankgeld leisten muß, also in einem Gelde, das sie selbst nicht schaffen kann.⁷³⁾ Das Ausmaß der Kreditschöpfungsmöglichkeit einer Bank ist daher für ihre Liquiditätssituation von wesentlicher Bedeutung. Alle Faktoren, die für die Kreditschöpfung förderlich sind, beeinflussen auch die Liquiditätslage einer Bank.

Welche Vorgänge sich nun im Bereich einer Bank im Zusammenhang mit der Kreditschöpfung abspielen und welchen Faktoren dabei wesentliche Bedeutung zukommt, wird im folgenden untersucht. Gegenstand der Betrachtungen können nun nicht die Problematik der Kreditschöpfungslehre und die Wirkungen einer Kreditschöpfung auf die volkswirtschaftlichen Kreislaufgrößen sein;⁷⁴⁾ im Mittelpunkt der Untersuchungen steht viel mehr die durch die Kreditschöpfung ermöglichte Liquiditätsersparnis bei den Banken.

I. Die Zusammenhänge zwischen Kreditschöpfung und Liquidität einer Bank

Die an eine Bank herantretenden Zahlungsverpflichtungen resultieren entweder aus einer neuen Kreditgewährung oder aus dem Abruf von Einlagen. Die Bank kommt ihren Zahlungsverpflichtungen nach, indem sie den Kunden Bargeld oder ihre eigenen Zahlungsmittel (Giralgeld) zur Verfügung stellt. Ein Liquiditätsproblem tritt für die

73) Vgl. S. 27

74) Vgl. hierzu Neuhauser, Gertrud, Versuch einer kreislauftheoretischen Analyse der bankmäßigen Geld- und "Kreditschöpfung", in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 91. Jg. 1955, Heft 2, S. 198 ff., und Wagner, Valentin Fritz, Geschichte der Kredittheorien, Wien 1937, S. 227 ff.

Bank im ersten Fall sofort auf; im zweiten Fall entsteht es nicht, solange der Zahlungsleistende und der Zahlungsempfänger Kunden der gleichen Bank sind und Buchung und Gegenbuchung auf Kundenkonten der gleichen Bank erfolgen. Ist dagegen eine Giralgeldzahlung von einem Kunden der Bank A an einen Zahlungsempfänger gerichtet, der sein Konto bei einer anderen Bank B führt, mit der die Bank A nicht in Kontenverbindung steht, dann kommt auf die Bank A ein Liquiditätsproblem in der Form zu, daß sie die von Bank zu Bank gehende Zahlung in Zentralbankgeld verrechnen muß. Stehen aber die beiden Banken miteinander in Kontenverbindung und kann der girale Zahlungsausgang bei der Bank A durch einen giralen Zahlungseingang von der Bank B kompensiert werden, dann führt dies weder bei der Bank A noch bei der Bank B zu einem Zentralbankgeldverlust. Der gegenseitige Austausch der giralen Zahlungsmittel vergrößert die Geltungsbreite des von beiden Banken emittierten Giralgeldes.

Die zentralbankgeldsparenden Verrechnungsmöglichkeiten zwischen den Banken sind besonders günstig, wenn die giralen Zahlungen der Kunden bei beiden Banken (und damit bis zu einem gewissen Grade auch die Kreditausdehnung der Banken) im Gleichschritt in zeitlicher Hinsicht erfolgen. Dehnt zum Beispiel die Bank A ihr Kreditvolumen im Vergleich zur Bank B übermäßig stark aus und stehen deshalb den Zahlungsausgängen bei der Bank A nicht genügend Zahlungseingänge von seiten der Bank B gegenüber, dann muß die Bank A den nicht kompensierbaren Spitzenbetrag in Zentralbankgeld ausgleichen. Das Vorpreschen der Bank A führt bei ihr zu einem Zentralbankgeldverlust.

Theoretisch ist demnach einer Bank die Ausdehnung des Kreditvolumens solange möglich, bis die in Stück- und Notenbankgeld zur Verfügung stehende Überschußreserve verbraucht ist. Da nicht jeder Kredit zum Abfluß von Notenbankgeld führt, kann die Bank eine Kre-

ditgewährung bis zum Vielfachen der Überschußreserve vornehmen.⁷⁵⁾

Macht eine Bank hiervon Gebrauch und gewährt sie Kredite in einer Höhe, die ein Mehrfaches der Überschußreserve betragen, so wird der die Bank durchfließende Geldstrom verbreitert. Die Bank ist damit nicht nur kreditvermittelnd (Wiederausleihung eines kreditär nutzbaren Zentralbankgeldzuflusses), sondern durch die Schaffung von zusätzlichen Zahlungsmitteln auch kreditschöpfend tätig. Kreditschöpfung⁷⁶⁾ einer Bank ist demnach "die aus der Kreditgewährung resultierende Geldschöpfung mit dem Effekt einer Verbreiterung des die Bank durchfließenden Geldstroms".⁷⁷⁾

75) Vgl. Mayer, Helmut, Die "multiple" Geldschöpfung der Banken, in: ZfdgKW, 6. Heft/1956, S. 185 ff.

Die obige Aussage steht im Gegensatz zu der These, daß nur das gesamte Bankensystem zu einer Geld- bzw. Kreditschöpfung fähig ist. Vgl. hierzu Schneider, Erich, Wirtschaftstheorie III, a. a. O., S. 41 ff., und Samuelson, Paul A., Volkswirtschaftslehre, 2. Auflage, Köln 1955, S. 290 ff.

Auf die Problematik dieser Darstellungen und die Inkonsequenz in bezug auf den Barabhebungssatz weisen u. a. hin: Stucken, Rudolf, Geld und Kredit, a. a. O., S. 66 ff., und Feifel, Hermann, Die Anwendbarkeit der modernen Kreditschöpfungslehre auf die besondere Art des Sparkassengeschäfts, Berlin 1959, S. 53 ff.

76) Der Begriff "Kreditschöpfung" bedeutet im ursprünglichen Sinn des Wortes die Schaffung neuer Kreditbeziehungen, also eine Ausdehnung sämtlicher Kreditbeziehungen in einer Volkswirtschaft. In Angleichung an den englischen Sprachgebrauch (creation of credit) wird auch in der deutschen Literatur unter Kreditschöpfung überwiegend die Schaffung zusätzlicher Zahlungsmittel und damit eine Geldschöpfung verstanden.

Der Begriff "Geldschöpfung" bezeichnet jedoch mehrere Sachverhalte und umfaßt sowohl die Geldschöpfung der Geschäftsbanken als auch die Geldschöpfung der Notenbank durch Notenemission und die Geldschöpfung von Nichtbanken durch Auflösen von Ersparnissen oder Horten. Der Begriff geht somit über den Bereich der Geldschöpfung der Geschäftsbanken hinaus. Der Sachverhalt der Geldschöpfung der Geschäftsbanken wird deshalb künftig immer als Kreditschöpfung bezeichnet. Vgl. Feifel, Hermann, a. a. O., S. 74 ff.

77) ebenda, S. 229.

Die Voraussetzungen für das Zustandekommen einer Kreditschöpfung sind auf seiten der einzelnen Bank:

- a) Ermöglichung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs,
- b) Verrechnung von eigenem Giralgeld mit dem Giralgeld anderer Banken,
- c) Verwendung der hieraus resultierenden Zentralbankgeldersparnis zur Ausdehnung des Kreditvolumens.⁷⁸⁾

Unterstellen wir, daß die Voraussetzung c) erfüllt wird, dann ist die Kreditschöpfungsfähigkeit einer einzelnen Bank schon gegeben, wenn eine Zahlungsaktion bargeldlos erfolgt und der Zahlungsleistende (Debitor) und der Zahlungsempfänger (Debitor oder Kreditor) Kunden der gleichen Bank sind. Die Kreditschöpfungsmöglichkeit der einzelnen Bank wird erhöht, wenn die Zahlungsausgänge mit den Zahlungseingängen von anderen Banken in Giralgeld der Geschäftsbanken verrechnet werden können. Günstige Verrechnungsmöglichkeiten ergeben sich insbesondere dann, wenn die Kreditausdehnung der Banken so erfolgt, daß jede einzelne Bank gleich viel Zahlungseingänge wie Zahlungsausgänge behält.⁷⁹⁾

Die Kreditschöpfungsmöglichkeit einer Bank bewirkt also immer eine Liquiditätsersparnis im Sinne eines Nichtabflusses von Zentralbankgeld. Für das Ausmaß der Liquiditätsersparnis ist von Bedeutung,

78) das maximale Ausmaß des Kreditbetrages, der von einer Bank auf Grund einer Überschußreserve gewährt werden kann, läßt sich mit Hilfe der Formel für den Kreditschöpfungskoeffizienten x berechnen:

$$x = \frac{1}{c+r - c \cdot r} \quad ^{+)}$$

c = Barabhebungssatz (einschließlich des giralen Zentralbankgeldentzugs),

r = Reservesatz.

⁺) Zur Herleitung der Formel vgl. Stucken, Rudolf, a. a. O., S. 57 f.

79) Zur Frage des Gleichschritts der Banken vgl. Stützel, Wolfgang, Volkswirtschaftliche Saldenmechanik, a. a. O., S. 49 (Fußnote).

ob die anderen Banken die Kreditausdehnung mitmachen und dadurch einen Verrechnungsausgleich zwischen den Banken in Giralgeld ermöglichen.

In den obigen Abhandlungen wurde die Kreditschöpfungsfähigkeit der Banken im Zusammenhang mit dem Liquiditätsproblem betrachtet, ohne eine Unterscheidung hinsichtlich der Banktypen zu machen und ohne die Faktoren näher zu untersuchen, denen in bezug auf die Verrechnungsmöglichkeiten zwischen den Banken aus technisch-organisatorischen Gründen Bedeutung zukommt. Im folgenden wollen wir noch untersuchen, ob und unter welchen Bedingungen sich die Kreditschöpfungslehre auch auf Banken anwenden läßt, die sich dem Typ nach von den Kreditbanken unterscheiden und die wir als Sparbanken bezeichnet haben. Auf die Zusammenhänge zwischen den technisch-organisatorischen Gegebenheiten und der Liquiditätslage der Banken wird später eingegangen.

II. Die Anwendbarkeit der Kreditschöpfungslehre auf die Geschäftstätigkeit der Sparbanken

Den Kreditbanken, die die Abwicklung des Zahlungsverkehrs übernehmen, Einlagen (Sicht- und Termingelder) entgegennehmen und Kredite gewähren, werden die Sparbanken gegenübergestellt. Wie der Name schon sagt, nehmen die Sparbanken Spareinlagen entgegen und stehen deshalb verstärkt mit den Haushalten in Geschäftsverbindung. Werden die Spareinlagen, wie im Modellfall angenommen wird, überwiegend in Stückgeld einbezahlt, dann entsteht bei den Sparbanken in Höhe der Einzahlungen eine Überschußreserve. Unterstellen wir zunächst, daß die Sparbanken sich nur auf das Spar- und Kreditgeschäft beschränken, also keine sonstigen Einlagen halten und auch keinen bargeldlosen Zahlungsverkehr ermöglichen. Gewährt dann die Sparbank in Höhe der Überschußreserve einen Kredit, so führt die

Kreditgewährung zum Verlust der ganzen Überschußreserve. Die Sparbank kann deshalb ihr Kreditvolumen jeweils nur in Höhe eines vorangegangenen Zentralbankgeldzuflusses ausdehnen. Das Aktivgeschäft ist abhängig von dem über das Passivgeschäft zufließenden und kreditär nutzbaren Zentralbankgeld. Der Fall der Kreditvermittlung ist damit gegeben. Eine Kreditschöpfung ist einer 'reinen' Sparbank also nicht möglich.

In Annäherung an die Wirklichkeit nehmen wir an, daß eine Sparbank neben der Kreditgewährung an Unternehmungen auch Sichteinlagen von Unternehmungen hält und einen bargeldlosen Zahlungsverkehr ermöglicht. Infolge der im Mischgeldsystem herrschenden Zahlungssitten ist es jetzt der Sparbank möglich, einen Teil der Zahlungen mit eigenem Giralgeld auszuführen, so daß die Kreditinanspruchnahmen nicht in voller Höhe zu einem Abfluß von Zentralbankgeld führen. Die Sparbank kann Kredite zur Verfügung stellen, die nicht nur mit Zentralbankgeld, sondern auch mit Zahlungsmitteln gewährt werden können, die bei der Kreditinanspruchnahme entstehen. Unter den obigen Voraussetzungen muß demnach auch einer Sparbank eine Kreditschöpfung möglich sein.⁸⁰⁾

80) Die Kreditschöpfungsmöglichkeit auf der Grundlage von Spareinlagen wird meist bestritten. Als Argument wird angeführt, daß eine Kreditschöpfung nur auf Grund von Sichteinlagen möglich ist. Über eine Kreditgewährung kommt zu diesen zirkulierenden Einlagen eine neue, Geld darstellende Sichteinlage dazu. Spareinlagen gelten demgegenüber als ruhende Depositen. "...Spareinlagen als solche können ... niemals als Unterlage einer zusätzlichen, die Geldmenge vergrößernden Kredit- und Giralgeldschöpfung dienen". Vgl. Floss, Eberhard, Kreditschöpfung und Sparkassen, in: Österreichisches Bank-Archiv, 6. Jg. 1958, Heft XII, S. 437.

Nun kann aber die Frage, ob die Geldmenge, die aus der im Anschluß an das Spargeschäft erfolgenden Kreditgewährung resultiert, größer oder kleiner ist als die, welche durch das Sparen ausgeschaltet wurde, nur beantwortet werden, wenn man bei der Wiederausleihung von Spareinlagen auch die Bedingungen für das Zustandekommen einer Kreditschöpfung berücksichtigt. Neben den dem Passivgeschäft zugrundelie-

Verfolgen wir aber noch die Vorgänge, die sich bei einer Bank aus dem Zusammenhang zwischen Spareinlagenzuwachs und Kreditausdehnung im einzelnen ergeben.

Die Bank soll einen bargeldlosen Zahlungsverkehr ermöglichen, Kredite an Unternehmungen geben und Einlagen von Unternehmungen halten. Ferner wird angenommen, daß eine Verpflichtung zur Mindestreservenhaltung besteht und der Mindestreservensatz für Girodepositen (r_g) höher ist als der für Spardepositen (r_s). Das Banksystem soll einstufig sein, also aus Notenbank und einer Modellbank bestehen.

Das Sparen auf Bankkonten kann auf zwei Wegen vor sich gehen: durch Umwandlung von Giro- in Spareinlagen und durch Einzahlung von Bargeld auf Sparkonten. Wie schon früher unterstellt, sollen die Umsätze zwischen den Unternehmen ausschließlich in Giralgeld getätigt werden. Die Einzahlungen auf den Sparkonten erfolgen dann in der Relation, in der Stückgeld und Giralgeld gemäß den Zahlensitten bei der Durchführung der Einkommenstransaktionen benutzt werden. Das Verhältnis von Stückgeldmenge zur Gesamtgeldmenge bei der Auszahlung und Verwendung der Einkommen (und bei gegebener Einkommensverteilung) nennen wir e . Die Relation, in der die Stückgeldeinzahlungen zum gesamten Sparen erfolgen, soll e_s sein. Es ist anzunehmen, daß dieses e_s größer (kleiner) als e ist, wenn die Ersparnisse mit Schwergewicht aus den unteren (oberen) Einkommenschichten kommen.⁸¹⁾

genden Vorgängen müssen auch die zahlungstechnischen Zusammenhänge berücksichtigt werden. Zwischen die Spareinlagenbildung und die Krediterteilung tritt die Kreditschöpfungsfähigkeit mit den für sie geltenden, von der Spartätigkeit unabhängigen Bestimmungsgründen. Vgl. Feifel, Hermann, a. a. O., S. 83 ff.

81) Vgl. Timm, Herbert, Ein vernachlässigtes Problem finanzpolitischer Sparförderung, Ein Beitrag zur notwendigen Koordinierung von Finanz- und Geldpolitik, in: FA n. F., Bd. 20 1959/60, S. 64.

Der Einfluß eines Mehrsparens (ΔS) auf die Kreditschöpfungskapazität der Bank läßt sich nun wie folgt ableiten:⁸²⁾

Die Überschußreserve ($\ddot{U}$) ergibt sich einmal aus dem Zufluß an Bargeld im Betrage von $e_s \cdot \Delta S$. In Höhe der Umwandlung von Giro- in Spareinlagen $(1-e_s) \cdot \Delta S$ wird der Betrag von $r_g(1-e_s) \cdot \Delta S$ der bisherigen Mindestreserve als weitere Überschußreserve frei. Andererseits ist auf Grund der neuen Spareinlagen in Höhe von ΔS beim Mindestreservenansatz r_s der Betrag von $r_s \cdot \Delta S$ als neue Mindestreservenforderung festgelegt. Die Überschußreserve beträgt demnach insgesamt:⁸³⁾

$$\ddot{U} = e_s \cdot \Delta S + r_g(1-e_s) \cdot \Delta S - r_s \cdot \Delta S \quad \text{oder}$$

$$\ddot{U} = \Delta S \cdot [e_s + r_g(1-e_s) - r_s]$$

Für das Kreditangebot der Bank auf Grund dieser Überschußreserve ist wieder das Verhältnis entscheidend, in dem bei einer Kreditgewährung in bar oder Giralgeld verfügt wird. Die Transaktionen zwischen den Unternehmungen brauchen wir, da sie in Giralgeld erfolgen, nicht zu berücksichtigen. Und das Verhältnis Stückgeld zu Giralgeld zur Durchführung der Einkommenstransaktionen beträgt wieder e .

Die Stückgeldanforderungen bei einer zusätzlichen Kreditgewährung (ΔK) betragen also $e \cdot \Delta K$. Die Überschußreserve muß ferner ausreichen, um der Mindestreservenhaltung für die Depositenerhöhung (ΔD), die infolge der Kreditgewährung entsteht, zu genügen. Es ergibt sich demnach:

$$\ddot{U} = e \cdot \Delta K + r_g(1-e) \cdot \Delta D$$

82) Vgl. Timm, Herbert, a. a. O., S. 65.f.

83) ebenda.

Anstelle von ΔD können wir auch ΔK setzen, weil sich $(1-e) \cdot \Delta D$ und $(1-e) \cdot \Delta K$ entsprechen müssen. Die Kreditschöpfungskapazität auf Grund des Mehrsparens ist dann:⁸⁴⁾

$$\Delta K = \frac{\Delta S \left[e_s + r_g(1-e_s) - r_s \right]}{e + r_g(1-e)}$$

Bei positivem S und der Annahme $r_s < r_g$ ist ΔK stets positiv.⁸⁵⁾ ΔK ist größer (kleiner), wenn $e_s > e$ ($e_s < e$) ist.

Die Kreditschöpfungskapazität der Bank erfährt also auch durch die Einzahlungen auf Sparkonten eine Steigerung. Inwieweit die Kreditschöpfungsmöglichkeit auf Grund der Spareinlagen von der Bank ausgenutzt wird, ist von ihrer Kreditpolitik abhängig.

Eine Kreditschöpfung kann damit nicht nur im Bereich der Kreditbanken, sondern auch bei den Sparbanken stattfinden, sofern diese einen bargeldlosen Zahlungsverkehr ermöglichen, Direktkredite an Nichtbanken geben und außer den Spareinlagen auch Sichtdepositen von Nichtbanken annehmen.

III. Die technisch-organisatorischen Faktoren

Wie wir gesehen haben, entsteht für eine Bank ein Liquiditätsproblem, wenn sie Zahlungen in Notenbankgeld ausführen muß. Solange die von der Bank emittierten Zahlungsmittel im (Kunden-)Bereich der gleichen Bank verbleiben, entsteht für sie kein Liquiditätsproblem. Auch im Interbankverkehr kommt das Liquiditätsproblem erst auf die Bank zu, wenn sie ihr eigenes Giralgeld nicht mehr mit dem anderer Banken aufrechnen kann. Für die Geltungsbreite des Giralgeldes einer Bank sind deshalb die Verrechnungsmöglichkeiten zwischen den Banken von wesentlicher Bedeutung. Welcher Einfluß von den

84) Vgl. Timm, Herbert, a. a. O., S. 66.

85) ebenda.

Verrechnungsmöglichkeiten auf die Liquiditätslage einer Bank ausgeht und wie sich die organisatorischen Zusammenschlüsse der Banken auf die Verrechnungsmöglichkeiten auswirken, zeigen uns nachstehende Überlegungen.

1. Die kredittheoretische Bedeutung des Zusammenschlusses von Banken zu einem Gironetz

Isoliert nebeneinanderstehende Banken müssen grundsätzlich jede Zahlung an eine andere Bank mit Zentralbankgeld ausführen. Da zwischen den Banken keine Verrechnungsmöglichkeiten bestehen, führt jede Zahlung, die den Bereich einer Bank verläßt, zu einem Zentralbankgeldverlust. In je stärkerem Ausmaße ein Bankensystem aufgegliedert ist und je mehr sich die einzelnen Banken auf bestimmte Wirtschaftszweige spezialisiert haben, um so weniger werden sich bei den einzelnen Banken die täglichen Zahlungsausgänge mit den Zahlungseingängen ausgleichen. Mit der Spezialisierung und der zunehmenden Anzahl (bzw. mit abnehmender Größe) der Bankeinheiten werden die Geldbewegungen zwischen den Banken zunehmen müssen. Infolge ihrer Isoliertheit sind die einzelnen Banken den arhythmischen Geldbewegungen ausgesetzt, die durch natürliche, technische oder konventionelle Faktoren des Wirtschaftslebens verursacht sein können. Dies und die mangelnde Markttransparenz der einzelnen Bank zwingen zu einer vorsichtigen Anlagepolitik und zu einer hohen Reservehaltung.⁸⁶⁾

Nehmen die Banken miteinander Verbindung auf und eröffnen sie gegenseitige Verrechnungskonten auf örtlicher Basis (lokale Skontraktion), dann können sie einen Teil der giralen Zahlungsausgänge mit giralen Zahlungseingängen von anderen Banken verrechnen. Weil jeweils nur der Spitzenbetrag in Zentralbankgeld ausgeglichen werden

86) Vgl. Feifel, Hermann, a. a. O., S. 136.

muß (wie zum Beispiel beim LZB-Abrechnungsverkehr), ergibt sich für alle beteiligten Banken eine Liquiditätssparnis.

Sind die Banken zu einem engeren Zusammengehen bereit und schließen sie sich zu einem Giroring zusammen, so steigt mit der Zahl der angegliederten Banken die Wahrscheinlichkeit, daß sich im gesamten Girokreis die täglichen Zahlungsausgänge mit den Zahlungseingängen etwa ausgleichen.⁸⁷⁾ Durch die Zusammenfassung der Kundenbereiche der einzelnen Banken wird das Einzugsgebiet (d. h. der Scheck- und Girokundenkreis) größer, wodurch eine bessere Strukturierung der Kundenkreise des Systems als Ganzes wahrscheinlich ist. Mit der universelleren Strukturierung des Publikums wachsen wiederum die Möglichkeiten zu einem internen Verrechnungsausgleich. Da die Zahlungen weitgehend im eigenen Einzugsgebiet verbleiben, können die Banken mehr Zahlungen in Geschäftsbankengeld leisten.⁸⁸⁾ Die einzelnen Banken erzielen hierdurch eine Liquiditätssparnis. Das Kreditpotential der Banken erfährt eine Erweiterung.

Wichtig ist, daß die durch das Gironetz gegebenen Möglichkeiten zu einem internen Verrechnungsausgleich voll wahrgenommen werden und ein umfassender Zahlungsausgleich im Girosystem angestrebt wird. Da den einzelnen Banken hierzu der nötige Gesamtüberblick fehlt, ist der Idealfall gegeben, wenn eine systemeigene Zentrale den internen Verrechnungsausgleich vollzieht und die Reserven der Mitgliedsbanken verwaltet. Die aus dem Zahlungsverkehr aktiv hervorgehenden Banken führen ihre Überschüsse an die Zentrale ab, während die passiv im Zahlungsverkehr stehenden Banken Kredite bei der Zentrale aufnehmen. Würden demgegenüber die Banken ihre Reserven weiterhin bei der Notenbank halten und die nicht ganz vermeidbaren passiven und aktiven Zahlungsverkehrssalden untereinander selbst aus-

87) Vgl. Gleske, Leonhard, a. a. O., S. 35.

88) Vgl. Feifel, Hermann, a. a. O., S. 141.

gleichen, dann würde ihnen im Zuge dieser Ausgleichsaktionen mindestens für die Dauer der Postlaufzeit Zentralbankgeld entzogen werden. Der Verlust tritt nicht ein, wenn die Reserven bei der Zentrale gehalten werden. Außerdem ist leicht einzusehen, daß die Zentrale zu den Ausgleichsaktionen weniger Zentralbankgeld benötigt, weil sie den Ausgleich zwischen den Mitgliedsbanken bis zu einem gewissen Grad mit Krediteinräumungen und Gutschriften in eigenem Giralgeld vornehmen kann.

Die Liquiditätssparnis der Banken auf Grund des Zusammenschlusses zu einem Giroring resultiert demnach aus den multilateralen Verrechnungsmöglichkeiten und aus der zentralen Reservehaltung.⁸⁹⁾ Beide Sachverhalte: Multilaterale Verrechnungsmöglichkeiten und zentrale Reservehaltung machen ein Girossystem erst voll funktionsfähig.⁹⁰⁾

89) Den Grund für die Zentralbankgeldersparnis der einem Girossystem angeschlossenen Banken sieht Gleske "im wesentlichen" in der Konzentration der Kassenreserven beim Spitzeninstitut. Vgl. Gleske, Leonhard, a. a. O., S. 36.

Feifel ist hier anderer Meinung. "Es ist ... keineswegs - wie Gleske meint - 'die Konzentration der Kassenreserven bei dem Spitzeninstitut, die zu einer Zentralbankgeldersparnis für die Gesamtheit der einem Girossystem angeschlossenen Banken führt'. Die Zentralbankgeldersparnis hat nicht das geringste mit der Reservehaltung der Mitgliedsbanken bei der Zentrale zu tun....

Ursache der aus dem Zusammenschluß resultierenden Zentralbankgeldersparnis sind einzig und allein die multilateralen Verrechnungsmöglichkeiten".

Vgl. Feifel, Hermann, a. a. O., S. 140 f.

90) Wertvolle Hinweise zu diesem Sachgebiet erhielt ich von Herrn Diplom-Kaufmann Elmar Mutscheller, Saarbrücken.

Inwieweit die genannten Voraussetzungen beim Spargiroverkehr der Sparkassen, beim genossenschaftlichen Ringverkehr und beim Giroverkehr der privaten Kreditbanken verwirklicht sind, kann ohne weiteres nicht gesagt werden.

Eine zentrale Reservehaltung haben die Sparkassen- und die Genossenschaftsorganisation. Zentrale Reserven halten auch die Großbanken bei

Der bargeldlose Zahlungsverkehr wickelt sich hauptsächlich über Schecks und Überweisungen ab. Welche Bedeutung den beiden Zahlungsmitteln in kredittheoretischer Sicht beizumessen ist und welcher Einfluß von ihnen auf die Organisation des Zahlungsverkehrs ausgeht, wird im folgenden betrachtet.

2. Der unterschiedliche Einfluß von Scheck und Überweisung auf die Organisation des Zahlungsverkehrs

Scheck und Überweisung sind Mittel zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs. Ihnen gemeinsam ist der Auftrag des Zahlungsverpflichteten

ihren zentralen Geldstellen. Nicht zentriert sind dagegen die Reservequoten der vielen Kreditbanken.

Rückschlüsse auf das Ausmaß der multilateralen Verrechnungsmöglichkeiten lassen sich nur auf Grund der Dichte und des Umfangs der einzelnen Gironetze ziehen.

Die Genossenschaften verfügen über 15800 Ringstellen, die Sparkassen über 12100 Girostellen.⁺

Die Kontendichte (Stück je 1000 Einwohner) betrug 1958 beim Spargiernetz 85,3⁺⁺. Da für die anderen Gironetze genaue Angaben fehlen, werden zum Vergleich die Zahlen des Postschecknetzes (jeweils in Klammern) herangezogen. Die Sparkassen unterhielten 1958 4550 000 Spargirokonten (Postscheckämter: 1 726 000). Auch beim Umsatzvergleich liegen die Sparkassen günstig. 1958 wickelten sie fast 952 Mio Buchungen mit einem Umsatz von 980 Mrd DM ab (Postscheckämter: 979 Mio Buchungen und 443 Mrd DM Umsatz)⁺⁺⁺. Die Größenwerte der anderen Gironetze liegen sicher unter den genannten Zahlen.

Hinsichtlich der Kontendichte und der Umsätze liegt die Sparkassenorganisation vorne. Daraus kann gefolgert werden, daß sie ein weiträumiges und umfassendes Einzugsgebiet hat. Wenn nun auch ihre Kundenstrukturierung universell ist, dann kann davon ausgegangen werden, daß in ihrem Bereich geschlossene Giralgeldkreisläufe am ehesten möglich sind.

⁺ Vgl. Monatsbericht der BB vom Februar 1963, S. 29.

⁺⁺ Vgl. Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V., Zahlen zum Spargiroverkehr, in: Sparkasse, Heft 1/1959, S. 55.

⁺⁺⁺ Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland für 1959, S. 325.

an seine Bank, die Leistung einer Zahlung zu Lasten seines Kontos zu bewirken. Verschieden ist der dabei beschrittene Weg. Bei der Überweisung wird der Auftrag unmittelbar der eigenen Kontostelle erteilt, beim Scheck mittelbar über den Zahlungsempfänger, wenn der Scheck am Ende des Verrechnungsweges der bezogenen Bank vorgelegt wird. Beim Scheck muß sich der Begünstigte um die Verfügungsmöglichkeit des Gegenwertes bemühen. Da erst die Bank des Ausstellers beurteilen kann, ob der Scheck gedeckt ist, entsteht zunächst ein Schwebezustand, weshalb der Scheck auch nur zahlungshalber angenommen wird. Bei der Gutschrift einer Überweisung weiß der Empfänger sofort, daß die Zahlung endgültig ist.

Scheck und Überweisung beeinflussen die Organisation des Zahlungsverkehrs deshalb verschieden. Der Scheck ist eine Holschuld, seiner Natur nach vagabundierend und nicht geeignet, das feste Bindeglied für eine straffe Zahlungsverkehrsorganisation zu sein.⁹¹⁾ Der Scheck wird vom Empfänger bei dessen Bankverbindung zur Gutschrift eingereicht. Der Empfänger entscheidet somit darüber, wann und bei welcher Bank der Scheck in das Zahlungsverkehrsnetz gelangt. Da der Scheck Liquidität bindet, versucht auf dem Einzugswege jede Zwischenstelle möglichst schnell in den Besitz des Gegenwertes zu kommen. Der Scheck sucht daher den kürzesten Weg und drängt zum Clearing.

Im Gegensatz zum Scheck ist die Überweisung eine Bringschuld. Sie geht vom Konto des Auftraggebers aus und bringt den Zahlungsbetrag über die Zwischenglieder zum Empfänger. Sie verbessert somit die Liquidität aller Empfänger. Jedes Geldinstitut, das auf dem Überweisungswege in den Besitz des Zahlungsbetrages kommt, ist deshalb bemüht, diesen solange wie nur möglich im eigenen Netz zu be-

91) Vgl. Mellerowicz, Konrad, Der Zahlungsverkehr, in: Die Bank, Wiesbaden 1952, Band II, S. 336.

halten. Je engmaschiger und vielgliedriger ein Gironetz ist, um so mehr hat dieses Streben Aussicht auf Erfolg.⁹²⁾

Verständlicherweise bevorzugen deshalb die Kreditinstitute, die keinem oder keinem stark ausgebauten Gironetz angehören, den Scheck, während die Institute, die straff gegliedert sind, die Überweisung propagieren. Dank ihrer vielen Girostellen sind sie in der Lage, jede Überweisung im eigenen Netz weiterleiten zu können. Sehr zustatten kommt dabei den straffen Girokreisen die Fakultativklausel,⁹³⁾ die es ermöglicht, daß bei der Bestimmung des Kontos, auf dem der Zahlungsbetrag gutgeschrieben wird, weder der Wille des Überweisenden noch der Wille des Zahlungsempfängers maßgebend ist, sondern der Wille der ausführenden Bank. Die Fakultativklausel wirkt deshalb immer zugunsten des dichterem und disziplinierteren Girokreises. Die weniger straff gegliederten Netze sind dadurch benachteiligt.⁹⁴⁾

In den obigen Abhandlungen wurde festgestellt, daß der Zusammenschluß zu einem Gironetz die Verrechnungsmöglichkeiten zwischen den Banken und damit deren Kreditschöpfungsmöglichkeit (im Sinne eines Nichtabflusses von Zentralbankgeld) erhöht. Ferner wurde gezeigt, daß von den beiden giralen Zahlungsmitteln Scheck und Überweisung sich besonders die Überweisung für die Bildung eines straff gegliederten Girosystems eignet.

Zentralbankgeldsparende Verrechnungsmöglichkeiten bestehen in einem Banksystem in der Regel nicht nur zwischen Geschäftsbanken, sondern auch zwischen Geschäfts- und Hypothekenbanken. Wie sich eine direkte Kontenverbindung zwischen einer Geschäftsbank und einer Hypothekenbank auswirkt, betrachten wir im nächsten Abschnitt.

92) ebenda S. 368.

93) Auf jedem Überweisungsträger ist in kleiner Schrift vermerkt: "oder auf ein anderes Konto des Nebengenannten".

94) Vgl. Mellerowicz, Konrad, a. a. O., S. 369.

3. Die liquiditätsfördernden Faktoren auf Grund des Gemischt-Banken-Systems

In den bankwirtschaftlichen Modellen wird üblicherweise von einem Banksystem ausgegangen, das die Notenbank und eine Universalbank umfaßt. Der weitere Schritt zur Wirklichkeit hin sieht außer der Notenbank Geschäftsbanken als Primärbanken und Hypothekenbanken als Sekundärbanken vor. Die Tätigkeit der letzteren wird nicht als kreditschöpfend, sondern als konsolidierend angesehen.

An Hand einer Modellbetrachtung wollen wir versuchen festzustellen, welche Vorteile ein Gemischt-Banken-System liquiditätsmäßig mit sich bringen kann.

Fall 1: Die Geschäftsbank und die Hypothekenbank stehen miteinander nicht in direkter Kontenverbindung. Alle Transaktionen, die beide Banken berühren, erfolgen über die Notenbank. Die Zahlungen werden ausschließlich in Giralgeld vorgenommen. Ausgangspunkt ist ein willkürlich gewählter Stand (a) bei der Geschäftsbank und bei der Notenbank.

(a)		Notenbank	
Aktiva			Passiva
		Geschäftsbank	1000
		Geschäftsbank	
Aktiva			Passiva
Notenbank	1000	Sichteinlagen	3000
Sonstige A.	2000		
		Hypothekenbank	
Aktiva			Passiva
-	-	-	-

(b) Die Geschäftsbank kauft von der Hypothekenbank Pfandbriefe über 1000 DM. Den Gegenwert überweist sie auf das Konto der Hypothekenbank bei der Notenbank. Als Gläubigerin des Notenbankguthabens in Höhe von 1000 DM erscheint jetzt die Hypothekenbank.

(b) Notenbank	
Aktiva	Passiva
	Hypoth. Bank 1000

Geschäftsbank	
Aktiva	Passiva
Pfandbriefe _{Hy} 1000	Sichteinlagen 3000
Sonstige A. 2000	

Hypothekenbank	
Aktiva	Passiva
Notenbank 1000	Pfandbriefe 1000

Wenn die Hypothekenbank nunmehr ein Darlehen an Private gewährt, geht das Notenbankguthaben auf die Privaten über.

Ergebnis: Alle Zahlungen zwischen der Geschäftsbank und der Hypothekenbank erfolgen in Notenbankgeld. Die Hypothekenbank stellt den Privaten ebenfalls nur Notenbankgeld zur Verfügung. Eine Verbreiterung des Geldstroms ohne Notenbankgeld ist deshalb nicht möglich.⁹⁵⁾

95) Die Kreditschöpfungsfähigkeit der Geschäftsbank zeigt sich erst wieder, wenn die Geschäftsbank im Anschluß an einen aus der Kreditgewährung der Hypothekenbank stammenden Notenbankgeldzufluß ihre Kredite ausdehnt.

Fall 2: Das Banksystem besteht aus Notenbank, Geschäftsbank und Hypothekenbank. Die letzteren stehen miteinander in Kontenverbindung.

(a) Notenbank

Aktiva		Passiva
	Geschäftsbank	1000

Geschäftsbank

Aktiva		Passiva	
Notenbank	1000	Sichteinlagen	3000
Sonstige A.	2000		

Hypothekenbank

Aktiva	Passiva
-	-

(b) Die Geschäftsbank kauft von der Hypothekbank Pfandbriefe über 1000 DM und schreibt dieser den Gegenwert auf einem Nostrokontto gut. Die Hypothekbank gewährt ein Darlehen an Private. Den Privaten wird das Guthaben der Hypothekbank bei der Geschäftsbank zur Verfügung gestellt. Die Privaten zahlen also mit Geschäftsbankengeld. Die Notenbank braucht nicht in Anspruch genommen zu werden.

(b) Notenbank	
Aktiva	Passiva
	Geschäftsbank 1000

Geschäftsbank	
Aktiva	Passiva
Notenbank 1000	Sichteinl. 3000
Pfandbriefe _{Hy} 1000	Hypothekenbank 1000
Sonstige A. 2000	

Hypothekenbank	
Aktiva	Passiva
Geschäftsbank 1000	Pfandbriefe 1000

Ergebnis: Für die interbankliche Verrechnung wird kein Notenbankgeld benötigt. Den Privaten stellt die Hypothekenbank Geschäftsbankengeld zur Verfügung. Die Möglichkeit zu einer Verbreiterung des Geldstroms auf seiten der Geschäftsbank ist unmittelbar im Zusammenhang mit der Kreditgewährung der Hypothekenbank gegeben.

Nun kann im Fall 2 eingewendet werden, daß anstelle der Hypothekenbank die Geschäftsbank den Zentralbankgeldentzug zu tragen hat. Dies ist richtig, aber der Zentralbankgeldentzug bei der Geschäftsbank ist bestimmt nicht so groß wie der bei der Hypothekenbank. Die Hypothekenbank verliert im Fall 1 das ganze Notenbankguthaben, während im Fall 2 davon ausgegangen werden kann, daß die Zahlungen aus der Kreditgewährung mindestens zum Teil mit Geschäftsbankengeld ausgeführt werden können. Entscheidend ist hier wieder die Geltungsbreite des von der Geschäftsbank emittierten Giralgeldes, die durch ein geschlossenes Gironetz noch wesentlich vergrößert werden kann.⁹⁶⁾

96) Hier zeigt sich ein weiterer Vorteil einer geschlossenen, aber doch mit Zentralstelle und angeschlossenen Instituten dezentral ge-

Die Möglichkeit zur Verbreiterung des Geldstroms ohne Zentralbankgeld und damit zu einer Kreditschöpfung ist in unserem Beispiel nicht auf Vorgänge im Bereich der Hypothekenbank zurückzuführen. Sie resultiert vielmehr aus der direkten Kontenverbindung zwischen der Hypothekenbank und der zur Kreditschöpfung fähigen Geschäftsbank.

IV. Die Problematik der empirischen Darstellung der Kreditschöpfung der Banken

Das Ausmaß der Liquiditätsersparnis der Banken auf Grund ihrer Kreditschöpfungsfähigkeit ließe sich bestimmen, wenn die Kreditschöpfung der Banken zahlenmäßig genau festgestellt werden könnte. Eine exakte Darstellung des Ausmaßes der Kreditschöpfung der einzelnen Banken ist bis jetzt jedoch noch nicht gelungen. Auch die Darstellung der effektiven Kreditschöpfung des gesamten Banksystems, wie sie von Lierow vorgenommen wurde,⁹⁷⁾ kann nicht voll befriedigen.

Als 'wirklichen' Geldschöpfungskoeffizienten bezeichnet Lierow das Verhältnis der zusätzlichen Geldschöpfung eines Zeitabschnittes

gliederten Bankenorganisation. Die Mitgliedsbanken können bis zu einem gewissen Grad das Aufkommen an langfristigen Mitteln beschleunigen, indem sie es durch Zeichnen und Ankauf der von der Zentrale ausgegebenen Pfandbriefe vorwegnehmen. Die Zentrale ihrerseits kann die Hypothekennittel zusagen. Bis alle Kreditmittel abgerufen sind, entstehen bei den Mitgliedsbanken bereits wieder neue Einlagen.

Die Bedeutung dieser Konstellation wird vor allem bei der Sparkassenorganisation ersichtlich. In den Wertpapierportefeuilles der Sparkassen und Girozentralen liegen Ende 1962 Bankobligationen in Höhe von rund 10 Mrd DM.⁺⁾ Die Emittenten dieser Papiere dürften überwiegend die Zentralinstitute der Sparkassenorganisation selbst sein.

⁺⁾ Vgl. S. 125.

⁹⁷⁾ Vgl. Lierow, Hans-Joachim, Der Geldschöpfungskoeffizient der Kreditbanken in der Bundesrepublik, Berlin 1957.

zu der Höhe des den Kreditinstituten von der Notenbank im gleichen Zeitabschnitt zugeflossenen Notenbankguthabens. Der Kreditschöpfungskoeffizient ist das Verhältnis der vermehrten Kreditgewährung zu der Höhe des den Kreditinstituten von der Notenbank zugeflossenen Notenbankguthabens.⁹⁸⁾

Der Zufluß von Zentralbankgeld wird also in Relation zu den neu entstandenen Sichteinlagen bzw. zu der zusätzlichen Kreditgewährung gesetzt. Es bleibt zu klären, welche Einlagen zur Geldmenge zu zählen sind. Schneider faßt bei der Berechnung der Barabhebungsätze neben dem Bargeldumlauf die Sichteinlagen von Nichtbanken bei Kreditinstituten sowie die Einlagen von Nichtbanken beim Zentralbanksystem als Geld auf.⁹⁹⁾ Stucken (desgleichen auch Lierow) ist der Auffassung, daß der Geldcharakter der Einlagen der Nichtbanken beim Zentralbanksystem problematisch ist und berücksichtigt diese Beträge nicht.¹⁰⁰⁾ Die Problematik des Begriffes 'Geld' zeigt sich auch schon darin, daß in der Bundesrepublik vier verschiedene Abgrenzungen des Begriffes 'Geldmenge' in Gebrauch sind: das "Geldvolumen Essen", das "aktive Geldvolumen BdL", das "aktive Geldvolumen München" und das "gesamte Geldvolumen BdL".¹⁰¹⁾

Was aber die tatsächlich "wirksame Geldmenge" ist, bleibt ungeklärt. Worauf es bei der Geld- und Kreditschöpfung ankommt, "ist nicht der formelle Gesichtspunkt der Möglichkeit der Verwendung für Zahlungszwecke, sondern der materielle Gesichtspunkt, ob Sichteinlagen tatsächlich zu Zahlungszwecken verwendet werden, ob sie also eine 'normale' Umlaufgeschwindigkeit aufweisen".¹⁰²⁾ Das

98) ebenda, S. 13.

99) Vgl. Schneider, Erich, Einführung in die Wirtschaftstheorie, III. Teil, a. a. O., S. 56 f.

100) Vgl. Stucken, Rudolf, a. a. O., S. 59.

101) Vgl. Köhler, H. J., Der Begriff "Geldmenge" und seine Problematik, Berlin 1960, S. 11.

102) Vgl. Feifel, Hermann, a. a. O., S. 40 f.

Gleiche muß auch für die anderen Einlagearten gelten. Wird die Umlaufgeschwindigkeit nicht berücksichtigt, dann bleibt die Betrachtung im Geldmengendenken (im Sinne einer Bestandsgröße) haften. Die Geld- und Kreditschöpfung läßt sich aber nur mit Hilfe von Bewegungsgrößen ermitteln.¹⁰³⁾ Ansatzpunkt in den Berechnungen müßten also nicht die Bestands-, sondern die Bewegungsgrößen (Umsatzwerte) sein. Genaue Angaben sind aber hierüber nicht bekannt. Die Kreditschöpfung der Banken kann deshalb nicht genau erfaßt werden. Auch die Koeffizienten von Lierow sagen nur etwas aus, wenn die in bezug auf die Umschlagshäufigkeit der Zahlungsmittel unterstellten Prämissen der tatsächlichen Situation entsprechen. Sie sind im besten Fall Durchschnittsgrößen auf Grund einer ex post-Betrachtung.

Zusammenfassung

Im vorliegenden ersten Teil der Arbeit wurde versucht, die Faktoren darzustellen, die über den Wirtschaftsablauf auf die Liquidität der Banken einwirken und die zu Liquiditätsverlagerungen zwischen den Banken führen.

Ausgangspunkt in den Betrachtungen sind die wirtschaftlichen Kreislaufzusammenhänge in quantitativ-buchhalterischem Sinne. Den Wirtschaftssektoren werden im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung eigene Bankensektoren zugeordnet. Infolge des Zirkulationsprozesses entstehen bei den verschiedenen Bankensektoren entgegengerichtete Zahlungsmittelsalden, die sich auf Grund der spezifischen Tätigkeit und Funktion der jeweiligen Wirtschaftssektoren ergeben und die Ausdruck der Verflechtung der Bankensektoren mit den Wirtschaftssektoren sind. Bereits hier zeigt es sich, daß die Sparbanken begünstigt sind, wenn die Haushalte sparen. Die rein

103) Vgl. Feifel, Hermann, a. a. O., S. 20.

quantitative Darstellung der Geldbewegungen kann aber im Hinblick auf die liquiditätsmäßigen Zusammenhänge nicht voll befriedigen, weil für die Liquidität der Banken auch die Bewegungsintensität des Geldumlaufs von Bedeutung ist.

Um den Begriff 'Liquidität' abzugrenzen und eine für die vorliegende Untersuchung geeignete Definition zu finden, wurden die verschiedenen Erscheinungsformen des Liquiditätsproblems und das Liquiditätsgefüge in einer Volkswirtschaft betrachtet. Es erwies sich dabei als zweckmäßig, unter der Liquidität einer Bank nur ihren Bestand an Zentralbankgeld aufzufassen. In den bankwirtschaftlichen Liquiditätsbetrachtungen wird unterschieden zwischen der Liquidität des gesamten Geschäftsbankensystems, die von den Zahlungssitten der Nichtbanken und von der Kreditgebarung der Notenbank (Notenbankdirektkredite an Nichtbanken) sowie der Kreditvergabe der Geschäftsbanken selbst beeinflusst wird, und der Liquidität der Einzelbank. Diese Unterscheidung wird gemacht, um über die Annahme einer gleichbleibenden Liquidität des gesamten Geschäftsbankensystems die Bestimmungsgründe für die Veränderungen der Liquidität der einzelnen Banken leichter und klarer darstellen zu können.

An Hand einer Modellbetrachtung wird sodann festgestellt, daß die Bestimmungsgründe für die interbanklichen Liquiditätsverlagerungen auf die strukturellen Verhältnisse bei den Banken zurückzuführen sind. Die Bankenstruktur wird bestimmt durch die Anteile der Wirtschaftssektoren (Unternehmungen, Haushalte, Staat und Ausland) am Bilanzvolumen der Banken, also durch die Verflechtung der Banken mit den Nichtbanken. Den mit den Unternehmungen arbeitenden Kreditbanken stehen dann die Sparbanken, die sich auf das Spargeschäft spezialisiert haben, gegenüber.

Läßt man zunächst die Kreditschöpfungsfähigkeit der Banken außer Betracht, dann folgt die Liquidität der Depositenverteilung. Diese ist

wieder von den strukturellen Verhältnissen bei den Banken abhängig und Folge der Geldvermögensumschichtungen zwischen den Wirtschaftssubjekten. Die Geldvermögensumschichtung zugunsten der Haushalte erweist sich dabei im Regelfall als die sektoral stärkste und führt, da die Einkommenszahlungen überwiegend in bar erfolgen, zu einer Liquiditätsverlagerung auf die Sparbanken hin. Es handelt sich dabei um Anpassungsvorgänge, die grundsätzlicher Natur sind. Eine Bilanzvolumenverlängerung im Banksystem entsteht, wenn die Eigenfinanzierung der Unternehmen zurückgeht und wenn gleichzeitig die Haushalte sparen. Ist die Kreditverflechtung so geartet, daß die Unternehmen verstärkt mit einer Bankengruppe und die Haushalte überwiegend mit einer anderen arbeiten, dann entsteht zugunsten der letzteren ein positiver interbanklicher Liquiditätssaldo. Bei den Sparbanken sammeln sich laufend die Überschüsse der Haushalte an, während die Kreditbanken die Ausgabenüberschüsse der Unternehmungen zu tragen haben. Treten nun die Sparbanken ihrerseits verstärkt in die Kreditfinanzierung der Unternehmungen ein, dann entstehen bei ihnen bis zu einem gewissen Grad geschlossene Geldkreisläufe.

Die Liquiditätslage einer Bank (im Sinne eines Nichtabflusses von Zentralbankgeld) ist ferner davon abhängig, inwieweit sie den an sie herantretenden Zahlungsverpflichtungen mit eigenem Giralgeld nachkommen kann, inwieweit sie also in der Lage ist, von ihrer Krediterschöpfungsmöglichkeit Gebrauch zu machen. Im Falle einer Kreditausdehnung benötigt eine Bank um so weniger Zentralbankgeld, je mehr sie Zahlungen mit Geschäftsbankengeld leisten kann. Die Möglichkeit, Zahlungen in eigenem Giralgeld vorzunehmen, ist für die Banken besonders günstig, wenn sie gegenseitige Verrechnungskonten eröffnen und Verrechnungsausgleiche in Giralgeld anstreben. Ein Ausgleich ohne Zentralbankgeld läßt sich dann erreichen, wenn die

Banken ihre Kredite so ausdehnen, daß die einzelne Bank gleich viel Zahlungseingänge wie Zahlungsausgänge behält.

Schließen sich mehrere Banken zu einem Gironetz zusammen, so wird das Einzugsgebiet größer und der Kundenkreis des Systems als Ganzes universeller. Die Zahlungen im systemeigenen Bereich können in stärkerem Umfange in Geschäftsbankengeld ausgeführt werden, und die Wahrscheinlichkeit, daß geschlossene Giralgeldkreisläufe entstehen, ist größer. Die Reservequoten können herabgesetzt werden. Das Kreditpotential der angeschlossenen Banken erfährt eine Steigerung. Für die Geschlossenheit eines Girosystems eignet sich dabei am besten die Überweisung, weil es bei ihr der ausführenden Bank überlassen bleibt, an welche Empfängerbank sie den Zahlungsbetrag weiterleitet.

Die strukturellen Faktoren auf seiten der Banken bewirken also die Liquiditätsverlagerungen zwischen den Banken. Sie sind ferner für die Geltungsbreite des von den Banken emittierten Giralgeldes von Bedeutung.

Zweiter Teil

Die Entwicklung der Bilanzvolumina, der Geschäftsstruktur und der Liquidität der Bankengruppen in der Bundesrepublik seit 1950

Gegenstand der theoretischen Ausführungen im ersten Teil sind die strukturellen Faktoren, die (außer den in der Wettbewerbsdiskussion hervorgehobenen Vorteilen) die Entwicklung der Bankengruppen beeinflussen. Im vorliegenden zweiten Teil wird versucht, an Hand von empirischen Untersuchungen festzustellen, ob sich auch in der konkreten Entwicklung der westdeutschen Bankwirtschaft Einflüsse geltend gemacht haben, die auf strukturelle Gegebenheiten bei den Banken zurückzuführen sind.

Da im westdeutschen Bankwesen Gruppenkonkurrenz vorherrscht¹⁰⁴⁾ und sich auch die zur Zeit laufende Wettbewerbsenquete mit der Ausgangsposition der verschiedenen Institutsgruppen befaßt, sind die folgenden Untersuchungen ebenfalls auf die nach Typ und Organisationszugehörigkeit zu Gruppen zusammengefaßten Geldinstitute abgestellt. Die Betrachtungen erstrecken sich dabei auf diejenigen Bankengruppen, die sich im allgemeinen Bankgeschäft mit Privaten betätigen. In der Terminologie der Bank deutscher Länder (BdL) bzw. der Deutschen Bundesbank (BB) sind dies:

- 1) Großbanken;
- 2) Kreditbanken (ohne Großbanken), also die Staats-, Regional- und Lokalbanken, die Privatbankiers, die Spezial-, Haus- und Branchenbanken;
- 3) Sparkassen und Girozentralen (Sparkassenbereich);
- 4) Genossenschaften und Zentralkassen (Genossenschaftssektor mit seinem gewerblichen und ländlichen Bereich);
- 5) Hypothekenbanken und öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten (Realkreditinstitute).

104) Vgl. Aust, Eberhard, a. a. O., S. 198ff.

Die Kreditinstitute mit Sonderaufgaben, soweit sie dem Sparkassen- und Genossenschaftsbereich nicht bereits zugezählt sind, die Postscheck- und Postsparkassenämter sowie die Teilzahlungskreditinstitute werden in den Untersuchungen nur insoweit berücksichtigt, als sie aus statistischen Gründen der Vollständigkeit halber mit aufgeführt werden müssen.

Im ersten Abschnitt wird zunächst mit Hilfe der Bilanzvolumina sowie einiger charakteristischer Bilanzpositionen die Stellung der einzelnen Bankengruppen im Rahmen des gesamten Banksystems aufgezeigt. Ein Vergleich der Bilanzvolumina vermittelt einen Überblick über die Größenverhältnisse und deren Veränderungen im Berichtszeitraum. Die Betrachtung der Bilanzvolumina wird ergänzt durch eine Darstellung der Schichtung der Größenklassen der Kreditinstitute.

Die bilanzmäßige Liquidität der Bankengruppen wird sodann an Hand der Notenbankgeldbestände sowie der Postscheck- und Bankguthaben festgestellt und verglichen.

Im zweiten Abschnitt werden die zusammengefaßten Bilanzen der Bankengruppen nach strukturellen Gesichtspunkten gegliedert und analysiert. Die Veränderungen der strukturellen Gegebenheiten werden daraufhin im Zusammenhang mit dem monetären Kreislaufgeschehen gesehen und interpretiert.

Die Gegenüberstellung der Liquiditätsentwicklung und Liquiditätspolitik mit den Veränderungen in der Geschäftsstruktur der Banken ermöglicht im dritten Abschnitt eine Betrachtung der Zusammenhänge zwischen Bankenstruktur und Bankenliquidität.

Der Untersuchung der Entwicklung der Bilanzvolumina und der Bilanzpositionen ist die Dekade von 1950 bis 1960 zugrunde gelegt.¹⁰⁵⁾ Die Veränderungen in der Geschäftsstruktur der Bankengruppen wer-

den ab 1950 in Abständen von je vier Jahren, also zum Stande von Ende 1950, 1954, 1958 und 1962 festgestellt. Um in der Entwicklung der Bankengruppen auch die relativen Veränderungen feststellen zu können, wird in den Darstellungen jeweils zuerst die Entwicklung aller Banken und dann die der einzelnen Bankengruppen aufgezeigt.

A. Die Veränderungen der Bilanzvolumina, der Größenklassen und der Liquidität der Bankengruppen

I. Die Dynamik der Bilanzvolumina

Die Bilanz- oder Geschäftsvolumina der Bankengruppen sind die um das gesamte Wechselgeschäft erweiterten Bilanzsummen. Die Bilanzvolumina umfassen demnach die Positionen: Bilanzsumme, den Kreditnehmern abgerechnete eigene Ziehungen im Umlauf, Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln und aus dem Wechselbestand vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel. Die Analyse erfolgt an Hand einer Spezialuntersuchung der Deutschen Bundesbank.¹⁰⁶⁾

105) Der Darstellung der Entwicklung der Bilanzpositionen und Bilanzvolumina liegt eine Untersuchung der Deutschen Bundesbank zugrunde, die die Jahre 1950 bis 1960 umfaßt. Da eine Fortführung dieser Statistik wegen der speziellen Gliederung der Banken nicht möglich ist, geht die obige Untersuchung zum Teil nur bis zum Jahr 1960.

106) Vgl. Deutsche Bundesbank, Die Stellung der einzelnen Institutsgruppen im deutschen Banksystem, in: Monatsbericht der BB vom März 1961, S. 28 ff.

Tabelle 1

Entwicklung der Bilanzvolumina der Bankengruppen Ende 1950 und
Ende 1960 in Mrd DM

Bankengruppe	1950	1960
Alle Banken	40	237
darunter		
Großbanken	8	29
Kreditbanken (ohne Großbanken)	7	34
Sparkassenbereich	12	85
Genossenschaftsbereich	5	26
Realkreditinstitute	2	30

Quelle: Monatsbericht der BB vom März 1961, S. 30

Das Bilanzvolumen aller Banken steigt von 1950 bis 1960 um das 6fache von 40 Mrd DM auf 237 Mrd DM. Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate liegt bis 1954 bei über 20%. Danach ergeben sich abnehmende Zuwachsraten in Höhe von 12% - 19%.¹⁰⁷⁾ Um diese Wachstumswerte als Durchschnittswerte aller Banken gruppieren sich die Zunahmeziffern der einzelnen Bankengruppen mit unterschiedlicher Streuung. Die größte Zunahme verzeichnen die Realkreditinstitute. Ihnen folgen die Sparkassen mit Steigerungsraten, die meist über dem Durchschnitt liegen. Während die Genossenschaften in den ersten Jahren unterdurchschnittlich wachsen, holen sie ab 1957 wieder auf. Die Groß- und die Kreditbanken liegen nach 1954 unter den Durchschnittswerten.

In der Betrachtung der Entwicklung der relativen Anteile ergibt sich folgendes Bild:

107) Vgl. Anhang, Tabelle 1, S. 167.

Tabelle 2

Entwicklung der Bilanzvolumina der Bankengruppen - Ende 1950 und Ende 1960 in vH der Bilanzvolumina aller Banken -

Bankengruppe	1950	1960	Zu- oder Abnahme
Alle Banken	100, 0	100, 0	
darunter			
Großbanken	19, 1	12, 0	- 7, 1
Kreditbanken (ohne Großbanken)	17, 3	14, 5	- 2, 8
Sparkassenbereich	30, 8	36, 0	+ 5, 2
Genossenschaftsbereich	12, 4	10, 7	- 1, 7
Realkreditinstitute	5, 9	12, 8	+ 6, 9

Quelle: Monatsbericht der BB vom März 1961, S. 30

Die Groß- und die Kreditbanken verzeichnen eine relative Abnahme von - 7, 1% und - 2, 8%. Auch die Genossenschaften weisen einen Rückgang um - 1, 7% auf. Anders ist die Entwicklung bei den Sparkassen. Ihr Anteil steigt um + 5, 2%. Die größte Steigerungsrate erzielen die Realkreditinstitute mit + 6, 9%.

Die Entwicklung der Bilanzvolumina zeigt den starken Wachstumstrend, den das gesamte Geschäftsbankensystem im Berichtszeitraum zu verzeichnen hat.

II. Die Veränderungen in den Größenklassen der Kreditinstitute

In den obigen Vergleichen wurden die Bankengruppen als selbständige Einheiten betrachtet, ohne die Zahl der angeschlossenen Einzelbanken zu berücksichtigen. Im folgenden soll das Geschäftsbankensystem der Bundesrepublik im Hinblick auf die Größe und die Anzahl der Institute beleuchtet werden. Auf Grund der Tabelle III B 2 (Zahl der Kreditinstitute und Gliederung der monatlich berichtenden Kredit-

institute nach Größenklassen) der Bundesbankberichte können Rückschlüsse gezogen werden, in welchen Größenklassen und - der Tendenz nach - in welchen Bankengruppen Verschiebungen erfolgen.

Die Fülle des Zahlenmaterials läßt sich mit Hilfe einer graphischen Darstellung besser überblicken. Die größenmäßige Schichtung der Banken und die Veränderungen sollen darum mit Hilfe der Lorenz- und Durand-Maße gezeigt werden.

In der Lorenz-Darstellung (siehe nächste Seite) ergibt sich für alle Jahre eine starke Ungleichheit des westdeutschen Kreditapparates.¹⁰⁸⁾ Gegenüber 1954 geht die Ungleichheit 1960 in allen Bereichen leicht zurück.¹⁰⁹⁾ 1954 herrschte demnach eine stärkere Bilanzvolumendifferenzierung.¹¹⁰⁾ Insgesamt gesehen, weist der Bankenapparat aber nach wie vor eine starke Ungleichheit auf.

108) Wenn alle Institute das gleiche Bilanzvolumen hätten, würde die Verteilung der Bilanzvolumina der Gleichheitslinie $x=y$ entsprechen.

109) Da die Zahlen für 1950 nicht bekannt sind und die Gliederung für 1962 nach anderen Gesichtspunkten zusammengestellt ist, werden zum Vergleich die Zahlen von 1954 und 1960 herangezogen.

110) Kleinere Abweichungen von der Gesamttendenz sind in den obigen Bereichen nicht ersichtlich, weil beim Lorenz-Maß die Ungleichheit der unteren und mittleren Bereiche in die oberen Bereiche mit hineingetragen wird.

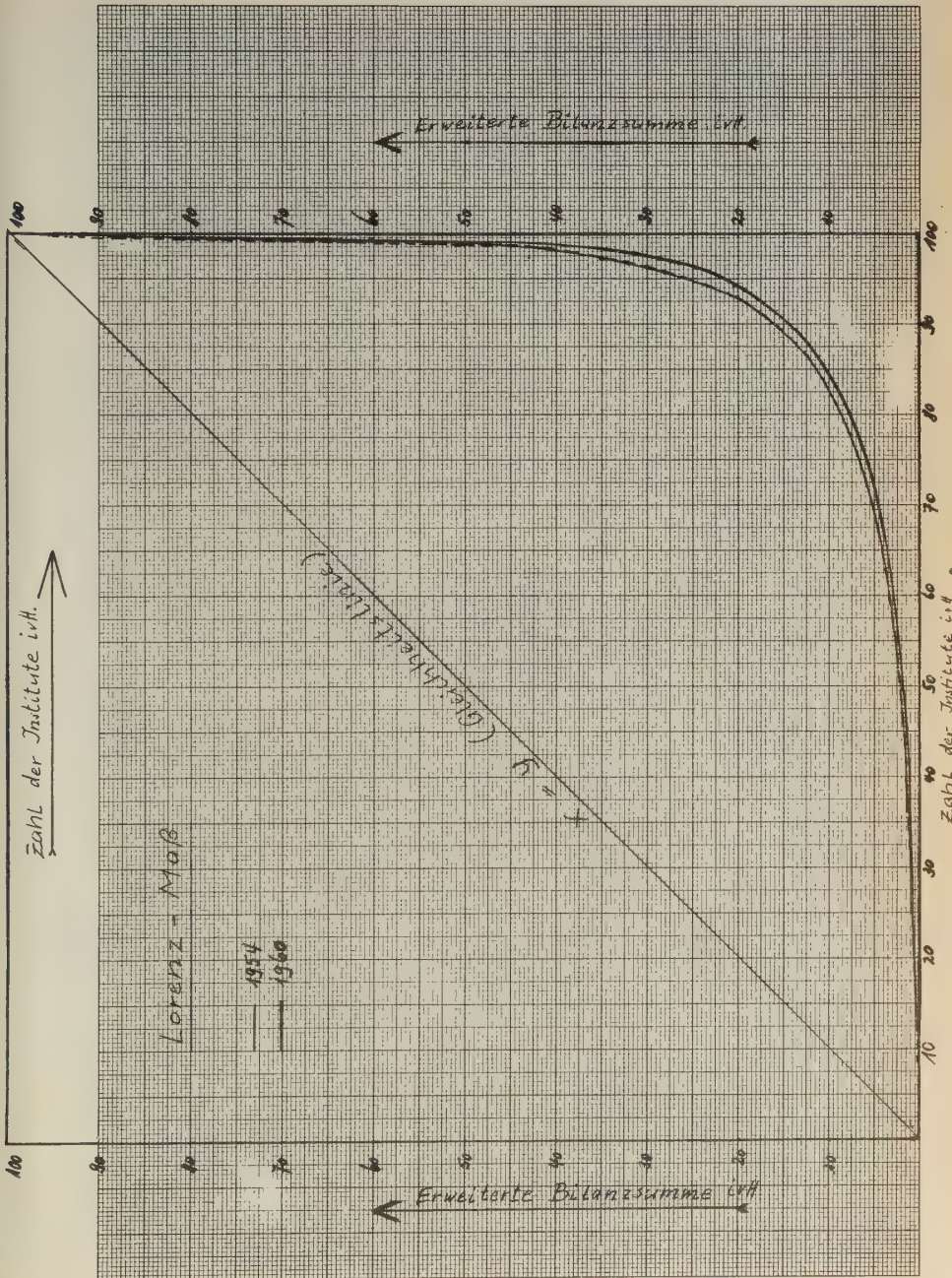


Tabelle 3

Zahl und Gliederung der Institute nach Größenklassen (Lorenz-Maß)

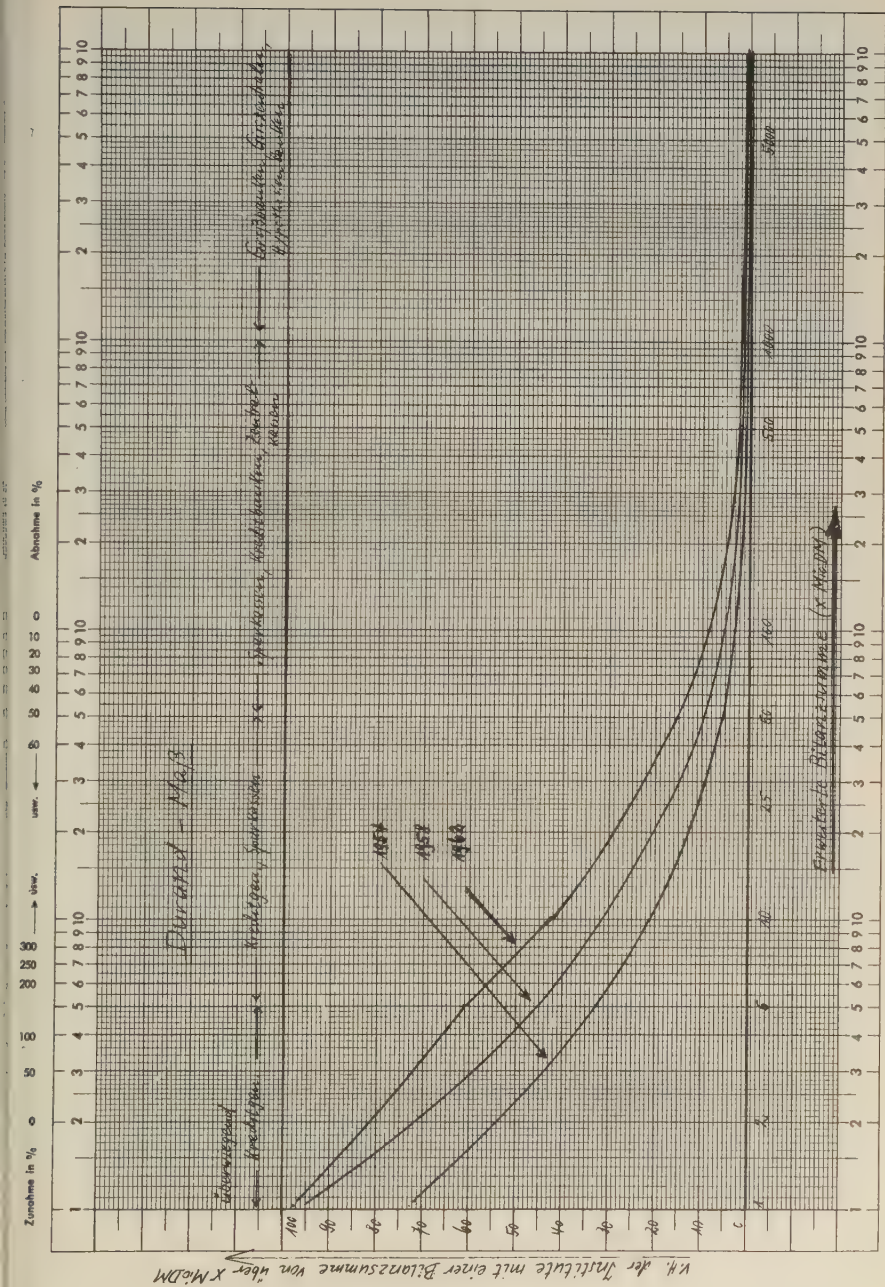
Größenklassen ^{o)} in Mio DM	Zahl	i vH	Erweiterte Bilanz- summe in Mio DM	i vH
<u>Ende 1954⁺</u>				
unter 0,5	239	6,4	88,8	0,1
0,5 - 1	1019	27,2	664,0	0,7
1 - 5	2528	67,6	4064,6	4,2
5 - 10	2938	78,6	6904,1	7,2
10 - 25	3351	89,6	13497,5	14,2
25 - 50	3525	94,3	19387,1	20,4
50 - 100	3617	96,7	26159,0	27,5
100 - 500	3698	98,9	44125,3	46,4
500 - 1000	3717	99,4	57079,5	60,1
1000 und mehr	3737	100,0	95002,8	100,0
<u>Ende 1960⁺⁺</u>				
unter 0,5	60	1,6	16,9	0,01
0,5 - 1	114	3,0	58,9	0,02
1 - 5	1783	47,2	4663,4	2,0
5 - 10	2379	62,9	8816,1	3,9
10 - 25	2940	77,8	17616,5	7,6
25 - 50	3268	86,5	28974,2	12,5
50 - 100	3520	93,2	46488,7	20,2
100 - 500	3692	97,7	80861,3	35,1
500 - 1000	3737	98,9	112058,0	48,6
1000 und mehr	3777	100,0	230181,8	100,0

^{o)} beziehen sich auf die erweiterten Bilanzsummen.

⁺ Quelle: lt. Angaben der BB,

⁺⁺ Quelle: Monatsbericht der BB vom Dezember 1961, S. 64, Tab. III B 2.

Die Darstellung nach Durand (siehe nächste Seite) läßt neben der Ungleichheit die Verschiebungen in der Bilanzvolumenstruktur erkennen. Je steiler eine Kurve gegenüber der vorhergehenden verläuft, desto mehr Institute weisen das gleiche Bilanzvolumen aus wie vorher. Bei den Instituten mit einem Bilanzvolumen bis 5 Mio DM ergibt



sich 1962 im Vergleich zu 1958 eine Wiederherstellung der Differenzierung, während bei den Instituten mit einem Bilanzvolumen von 5 Mio DM bis 10 Mio DM eine Nivellierung vorliegt. In den oberen Bereichen zeigt sich eine immer schwächer werdende Nivellierung.¹¹¹⁾

Tabelle 4

Zahl und Gliederung der Institute nach Größenklassen (Durand-Maß)

Größenklassen ^{o)} in Mio DM	1954 ⁺⁾		1958 ⁺⁺⁾		1962 ⁺⁺⁾	
	Zahl	ivH	Zahl	ivH	Zahl	ivH
unter 0,5	3737	100	3649	100	3790	100
0,5 - 1	3498	93,6	3591	98,4	3746	98,8
1 - 5	2718	72,7	3480	95,4	3692	97,4
5 - 10	1209	32,4	1646	45,1	2331	61,5
10 - 25	799	21,4	1147	31,4	1593	42,3
25 - 50	386	10,3	646	17,7	964	25,4
50 - 100	212	5,7	360	9,9	597	15,8
100 - 500	120	3,2	196	5,4	339	8,9
500 - 1000	39	1,0	63	1,7	97	2,6
1000 und mehr	20	0,5	34	0,9	54	1,4

^{o)} beziehen sich auf die erweiterten Bilanzsummen,

⁺⁾ Quelle: lt. Angaben der BB,

⁺⁺⁾ Quellen: Monatsberichte der BB vom November 1959, S. 52, und Dezember 1963, S. 64, Tab. III B 2.

Im wesentlichen werden durch die Darstellungen die Ergebnisse der Untersuchungen hinsichtlich der Veränderungen der Bilanzvolumina bestätigt. Veränderungen erfolgen in den Größenklassen von 5 Mio DM bis 500 Mio DM. Dies sind eben die Bereiche, in denen in den Berichtsjahren die Sparkassen und die Realkreditinstitute dominieren. Beide Bankengruppen können ihre Anteile am Bilanzvolumen des gesamten Bankensektors steigern.

¹¹¹⁾ Die Aussagekraft der Ergebnisse des Durand-Maßes ist eingeschränkt. Infolge des starken Wachstums werden die Abszissenwerte trotz der logarithmischen Wertskala stark nach rechts verlagert.

III. Die Entwicklung der bilanzmäßigen Liquidität der Bankengruppen

Nachdem uns die Betrachtung der Bilanzvolumina und der Größenklassen der Kreditinstitute einen Einblick in die Gesamtentwicklung des Banksystems vermittelt hat, wollen wir sehen, wie sich im Rahmen der Gesamtentwicklung die bilanzmäßige Liquidität der Bankengruppen verändert hat.

Tabelle 5 zeigt die für die bilanzmäßige Liquidität relevanten Positionen:

Barreserve (Kasse und Notenbankguthaben), Postscheck- und Guthaben bei Kreditinstituten, Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen.

Die obigen Positionen stellen den effektiven und potentiellen Bestand an Zentralbankgeld dar. Die Barreserve ist der effektive Bestand an Notenbankgeld, wobei wir die Frage, inwieweit die Mindestreserven auch als langfristige Liquidität anzusehen sind, außer Betracht lassen. Kurzfristig sind sie Liquidität, denn das Mindestreserven-Ist wird auf Grund des Monatsdurchschnitts an Notenbankguthaben berechnet. Die Postscheck- und Bankguthaben können in Notenbankgeld abverlangt werden und sind deshalb für die einzelnen Banken potentielles Zentralbankgeld. Die Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen sind dem potentiellen Notenbankgeld zuzurechnen, weil sie nach der derzeitigen notenbankpolitischen Handhabung kurzfristig in Zentralbankgeld umgetauscht werden können. Nicht einbezogen sind die Wechselbestände der Banken. Einmal ist der Umfang der rediskontfähigen Papiere statistisch nicht genau erfaßbar, da über die Qualität und den Ankauf der Papiere nur die Notenbank entscheiden kann. Zum anderen ist der liquide Charakter der Wechselbestände durch die Einführung von Rediskontkontingenten eingeschränkt und dadurch mindestens teilweise in Frage gestellt worden.

Tabelle 5

Barreserve, Postscheck- und Bankguthaben,
Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzan-
weisungen (in Mrd DM)

ivH der Bestän-
de aller Banken

Bankengruppe	1950	1960	Zu- oder Abnahme	1950	1960	Zu- o. Abnahme
Alle Banken	5,2	41,4	+36,2	100%	100%	
darunter						
Großbanken ^{†)}	1,2	5,8	+ 4,6	23%	14%	- 9%
Kreditbanken	1,0	6,5	+ 5,5	19%	16%	- 3%
Sparkassenbereich	1,7	18,1	+16,4	33%	44%	+11%
Genossenschaftsb.	0,5	5,8	+ 5,3	10%	14%	+ 4%
Realkreditinstitute	0,2	1,9	+ 1,7	4%	5%	+ 1%
ivH des jeweiligen Bilanzvolumens						
Alle Banken	13,0	17,4	+ 4,4			
darunter						
Großbanken ^{†)}	15,6	20,2	+ 4,6			
Kreditbanken	14,6	19,0	+ 4,4			
Sparkassenbereich	14,0	21,1	+ 7,1			
Genossenschaftsb.	10,1	22,9	+12,8			
Realkreditinstitute	8,8	6,3	- 2,5			

Quelle: Monatsbericht der BB vom März 1961, S. 37 ff.

†) Die Feststellung der Bestände der Großbanken für das Jahr 1960, die in der obigen Tabelle nicht gesondert ausgewiesen sind, erfolgt auf Grund der Tab. III B 1 der Monatsberichte der BB.

Die Gegenüberstellung der Zahlen läßt deutlich ein starkes Anwachsen der liquiden Bestände bei allen Bankengruppen erkennen, wobei der Sparkassenbereich den größten Anteil auf sich vereinen kann. In der Liquiditätshaltung (ivH des jeweiligen Bilanzvolumens) steht je-

doch der Genossenschaftsbereich an erster Stelle.¹¹²⁾

Wesentliche Merkmale in der Entwicklung des westdeutschen Banksystems in den Jahren von 1950 bis 1960 sind ein starkes Anwachsen der Bilanzvolumina und eine starke Zunahme (absolut und relativ) der bilanzmäßigen Liquidität.¹¹³⁾ Die Gruppen, die hinsichtlich der Anteile am Bilanzvolumen die größten Zuwachsraten aufweisen, sind die Sparkassen und Realkreditinstitute. In bezug auf die liquiden Bestände verzeichnen wiederum die Sparkassen und ferner die Genossenschaften die stärkste relative Zunahme.

Es erhebt sich nun die Frage, ob Anteilsquoten und Bilanzzahlen als alleinige Indizien für die Kennzeichnung einer unterschiedlichen Entwicklung im Bankwesen ausreichend sind. In den vorangegangenen Ausführungen haben wir festgestellt, daß Bilanzzahlen nur etwas über die aktuelle Liquidität aussagen können. Die tatsächliche Liquidität und Liquiditätsentwicklung wird aber auch von der Umschlaghäufigkeit der Anlagen und dem Bewegungsrhythmus des Geldes im Kreislaufgeschehen beeinflusst. Und was die Entwicklung der Bilanzvolumina betrifft, ist zu beachten, daß in die Zeit von 1950 bis 1960 das starke Wachstum der deutschen Wirtschaft fällt.¹¹⁴⁾ In der gleichen Dekade erfolgt auch der Wiederaufbau. Bilanzvolumina sind zusammengefaßte Bilanzzahlen, die die Höhe sich umschlagender Bestände messen. Die Umschlagdauer der einen Bestände ist kurz (kurzfristi-

112) Mit der von den einzelnen Bankengruppen verfolgten Liquiditätspolitik befassen wir uns noch später.

113) Weitere Vergleiche hinsichtlich der anderen Bilanzpositionen werden im Anhang vorgenommen. Siehe Anhang S. 168f. Vgl. hierzu auch Stein, Hans-Hermann, Strukturwandlungen in der Anlagepolitik der Kreditbanken in der Bundesrepublik Deutschland von 1950 - 1960, Berlin 1964.

114) Vgl. Rittershausen, Heinrich, Strukturwandlungen im Bankwesen, in: König, Heinz (Hrsg.), Wandlungen der Wirtschaftsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F., Bd. 26, Berlin 1962, S. 525.

ge Kredite usw.), die der anderen extrem lang (Darlehen, Pfandbriefe). Der Zeitraum, der verstreichen muß, bis alle Bestände wieder Friedensniveau erreicht haben, ist demnach unterschiedlich lang. Im kurzfristigen Bankgeschäft ist die Auffüllungsphase bereits abgeschlossen, während sie im langfristigen Geschäft noch andauert. Anteilsquoten und Bilanzzahlen sind deshalb für die Kennzeichnung einer unterschiedlichen Entwicklung im Bankwesen als alleinige Indizien nicht ausreichend.¹¹⁵⁾

Wir versuchen deshalb, die Entwicklung der Bankengruppen auf Grund ihrer Verflechtung mit den Wirtschaftssektoren zu interpretieren. Diese Verflechtung wird daher im folgenden herausgearbeitet. Gleichzeitig wird versucht, auf Grund der Art der Verflechtung Rückschlüsse auf die Stellung der Bankengruppen im Geldkreislauf zu ziehen.

B. Die Entwicklung der Geschäftsstruktur der Bankengruppen

Als Geschäftsstruktur der Banken haben wir im ersten Teil die Art der Verflechtung der Banken mit den Nichtbankensektoren bezeichnet. Die Anteile der Wirtschaftssektoren am Bilanzvolumen der Banken bestimmen somit die Geschäftsstruktur.

Erinnern wir uns in diesem Zusammenhang an das Kreislaufschema auf Seite 9 und an das dem Modell zugrunde liegende Kreislaufgeschehen. Sektorale Verflechtungen der Banken bestehen mit den Unternehmungen, den Haushalten, dem Staat und dem Ausland. Der Zirkulationsprozeß bewirkt über die Verflechtungen bei den Bankensektoren den Zu- oder Abfluß von Geld. Der den Haushalten nahestehende Bankensektor hat im Normalfall im Kreislaufgeschehen einen Überschuß, der verstärkt mit den Unternehmungen arbeitende Ban-

¹¹⁵⁾ Vgl. Stützel, Wolfgang, Bankpolitik, a. a. O., S. 59 f.

kensektor ein Defizit zu verzeichnen. Die Verflechtung mit der öffentlichen Hand kann zu einem Zu- oder Abfluß von Geld führen. Es kommt in diesem Fall auf die jeweilige Änderung der Geldvermögensbildung des Staates bei den Bankensektoren an. Über die Verbindung mit dem Ausland hat im Fall eines Exportüberschusses der den Unternehmungen nahestehende Bankensektor einen Geldzugang zu verzeichnen. Wenn die Notenbank die Devisen ankauft, erhöht sich gleichzeitig die Geldmenge, und die Exporterlöse fallen in voller Höhe in Zentralbankgeld an.

Die einzelnen Banken stehen nicht nur mit den Wirtschaftssubjekten, sondern auch miteinander in Geschäftsverbindung. Sie legen die Mittel, für die sie bei den Nichtbanken keine geeignete Anlage finden, bei anderen Banken an. Diese gegenseitige Verflechtung nennen wir Interbankverflechtung.

Es würde nun zu weit führen, wenn wir die Gründe und Ursachen für die Verflechtungen im einzelnen aufzählen wollten.¹¹⁶⁾ Da wir es mit Bankengruppen zu tun haben, genügen für die Untersuchungen die Erklärungen und Ergebnisse, die wir aus dem Kreislaufmodell und aus der Gegenüberstellung der Wirtschafts- und der Bankensektoren gewonnen haben. Dies schließt aber nicht aus, den Ursachen und Folgen der Verflechtungen im einzelnen dann nachzugehen, wenn eine spezifizierte Betrachtung erforderlich wird.

In der Bildung der Wirtschaftssektoren müssen wir uns nach den statistischen Veröffentlichungen der Bank deutscher Länder bzw. der Deutschen Bundesbank richten. In den bankenstatistischen Erhebungen sind die Unternehmen und die Haushalte zum privaten Sektor zusammengefaßt. Dies erschwert die Untersuchung insofern, als der

116) Vgl. hierzu Bröker, Günther, Die Kreditverflechtungen der Bankengruppen in der Bundesrepublik Deutschland nach Sektoren Ende 1953, 1954, 1955, Dissertation, Kiel 1959, S. 12 ff.

private Sektor somit die Größen von zwei Wirtschaftssektoren umfaßt, die im Regelfall entgegengesetzte Zahlungsverkehrssalden aufweisen. In der Verflechtung einer Bankengruppe mit dem privaten Sektor kommt es nun darauf an, wie sich im Rahmen dieser Verflechtung der private Sektor aus Unternehmen und Haushalten zusammensetzt. Überwiegen die Unternehmen, dann werden auch die Ausgaben der Unternehmen an die Haushalte, den Staat und das Ausland sowie für Investitionen überwiegen und die Einnahmen der Unternehmen übersteigen. Der private Sektor (d. h. die Unternehmen) nimmt in diesem Fall dem betreffenden Bankensektor gegenüber eine Schuldnerstellung ein. Überwiegen dagegen die Haushalte, dann ist der private Sektor Gläubiger des Bankensektors, denn es kann unterstellt werden, daß die Haushalte den Banken gegenüber im Normalfall eine Nettogläubigerposition ausweisen.

Dem Bereich des privaten Sektors sind auch die von den Unternehmen ausgegebenen Wertpapiere zuzuzählen. Da eine geeignete Statistik fehlt und die Wertpapiere nicht exakt nach Schuldner- und Gläubigergruppe aufgeschlüsselt und den Wirtschaftssektoren zugeordnet werden können, muß eine zusätzliche Unterteilung getroffen und der Sektor 'Wertpapiere' eingeführt werden.

1. Die geldwirtschaftlichen Verflechtungen des gesamten Bankensystems

An Hand der von der Bank deutscher Länder bzw. von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten, zusammengefaßten statistischen Bilanzen werden die Verflechtungen aller Banken mit den Wirtschaftssektoren untersucht.

Grundlage für die Analyse sind die Geschäfts- oder Bilanzvolumina, das sind die um das Wechselgeschäft erweiterten Bilanzsummen

der Banken. Die einzelnen Bilanzpositionen werden nach ihrer Zugehörigkeit zu den Wirtschaftssektoren und nach ihrer Fristigkeit gegliedert und zu dem jeweiligen Bilanzvolumen aller Banken in Beziehung gebracht. Daraus ergeben sich die charakteristischen Bilder sowohl für die aktivischen als auch passivischen Kreditverflechtungen der Banken mit den Wirtschaftssektoren.¹¹⁷⁾ Die Deutsche Bundesbank ist in die Betrachtung nicht mit eingeschlossen.

117) Die in der Gesamtzusammenstellung erscheinenden prozentualen Werte sind den vorangestellten zusammengefaßten Bilanzen entnommen. In der Gesamtzusammenstellung stehen sich die nach Sektoren gegliederten Jahreswerte (i vH des jeweiligen Bilanzvolumens) wie folgt gegenüber:

<u>kurzfr. Aktiva</u> / <u>kurzfr. Passiva</u>	+	Nettosaldo
<u>langfr. Aktiva</u> / <u>langfr. Passiva</u>	-	

zum Beispiel: 1950

privater Sektor	<u>38 / 36</u>	- 16
	14 / -	

Der (Netto-)Saldo bringt zum Ausdruck, ob und wie hoch der linksstehende Wirtschaftssektor bei den Banken verschuldet (-) ist. Hält der Wirtschaftssektor bei den Banken mehr Einlagen, als er Kredite aufgenommen hat, dann ist der Saldowert positiv (+).

Zusammengefaßte Bilanzen aller Banken⁺⁾

Aktiva in Mio DM

	1950	%	1954	%	1958	%	1962	%
Kurzfr. Forderungen gegenüber:								
1. Notenbank ⁺⁾	2172	6	4682	5	9806	5	14869	5
2. Geschäftsbk.	4425	11	11929	12	20555	11	34933	11
3. privater S.	14676	38	30146	30	38966	21	67660	22
4. öffentl. S.	1069	3	1900	2	7841	4	7513	3
5. Ausland	.	-	367	-	1918	1	4062	1
6. Summe der kurzfr. Ford.	22342	58	49024	49	79086	42	129037	41
Langfr. Forderungen gegenüber:								
7. Geschäftsbk.	2245	6	7298	7	13602	8	22057	7
8. privater S.	5519	14	22459	23	47416	27	84918	28
9. öffentl. S.	6870	17	13127	13	20981	12	33730	11
10. Wertpapiere	579	2	4882	5	13253	8	23940	8
11. Ausland	.	-	.	-	.	-	4325	1
12. Summe der langfr. Ford.	15213	39	47766	48	95252	55	168970	55
13. Sonstige Aktiva	1554	3	3301	3	5312	3	9482	3
14. Bilanzvolumen	39109	100	100091	100	179650	100	307489	100

Quelle: Monatsbericht der BB vom Februar 1963, Tab. III A 1 und B 1

⁺⁾ Zur Frage der Gliederung der Positionen und Abgrenzung der Sektoren vgl. Anhang, Statistische Erläuterungen, S. 170 ff.

Zusammengefaßte Bilanzen aller Banken⁺⁾

Passiva in Mio DM

	1950	%	1954	%	1958	%	1962	%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber:								
1. Notenbank ⁺⁾	5058	12	3372	3	1127	1	2405	1
2. Geschäftsbk.	5646	14	10971	11	20382	11	34002	11
3. privater S.	14708	36	35201	35	66282	37	111440	36
4. öffentl. S.	3696	9	8481	9	11995	7	21165	7
5. Ausland	.	-	1633	2	3469	2	6217	2
6. Summe der kurzfr. Verbindl.	29108	71	59658	60	103255	58	175229	57
Langfr. Verbindl. gegenüber:								
7. Geschäftsbk.	2830	7	7651	8	13406	8	22987	7
8. privater S.	154	-	2231	2	2521	1	3482	1
9. öffentl. S.	3243	8	13732	14	25073	14	37198	12
10. Wertpapiere	1810	4	8698	8	19984	11	42154	14
11. Ausland	.	-	.	-	.	-	462	-
12. Summe der langfr. Verbindl.	8037	19	32312	32	60984	34	106283	34
13. Sonstige Passiva	3915	10	8422	8	15600	8	26736	9
14. Bilanzvolumen	41060	100	100392	100	179839	100	308248	100
Differenzen: ⁺⁺⁾	-1951		-301		-189		-759	

Quelle: Monatsbericht der BB vom Februar 1963, Tab. III A 1 und B 1

⁺⁾ Zur Frage der Gliederung der Positionen und Abgrenzung der Sektoren vgl. Anhang, Statistische Erläuterungen, S. 170 ff.

⁺⁺⁾ Zur Frage der Differenzen vgl. S. 95

Die Gesamtentwicklung

In der zusammengefaßten Bilanz aller Banken sind die Positionen sämtlicher Bankengruppen enthalten. Um die Verflechtungen des gesamten Geschäftsbankensystems mit den übrigen Sektoren zu erhalten, bringen wir die Positionen der in der folgenden Tabelle aufgeführten Sektoren in Beziehung zu dem Bilanzvolumen aller Banken. Wir erhalten dann folgende Verflechtungen:

Jeweils i vH des Bilanzvolumens

	1950		1954		1958		1962	
1. Notenbank	6/12	+ 6	5/ 3	- 2	5/ 1	- 4	5/ 1	- 4
2. Interbankverfl.	$\frac{11/14}{6/ 7}$	+ 4	$\frac{12/11}{7/ 8}$	-	$\frac{11/11}{8/ 8}$	-	$\frac{11/11}{7/ 7}$	-
3. privater S.	$\frac{38/36}{14/ -}$	-16	$\frac{30/35}{23/ 2}$	-16	$\frac{21/37}{27/ 1}$	-10	$\frac{22/36}{28/ 1}$	-13
4. öffentl. S.	$\frac{3/ 9}{17/ 8}$	- 3	$\frac{2/ 9}{13/14}$	+ 8	$\frac{4/ 7}{12/14}$	+ 5	$\frac{3/ 7}{11/12}$	+ 5
5. Wertpapiere	2/ 4	+ 2	5/ 8	+ 3	8/11	+ 3	8/14	+ 6
6. Ausland	$\frac{-/ -}{-/ -}$	-	$\frac{-/ 2}{-/ -}$	+ 2	$\frac{1/ 2}{-/ -}$	+ 1	$\frac{1/ 2}{1/ -}$	-
sonstige Aktiva								
7. und sonstige Passiva	3/10	+ 7	3/ 8	+ 5	3/ 8	+ 5	3/ 9	+ 6

Der private Sektor nimmt gegenüber dem Bankensektor eine Schuldnerstellung ein, die in ihrem Ausmaß im Vergleich zu den Anfangsjahren zurückgeht und 1962 -13% beträgt. Gläubiger des Bankensektors sind dafür der öffentliche Sektor (1962: +5%) und der Wertpapiersektor (1962: +6%). Ferner stellen die Banken ihre eigenen Mittel (Differenz zwischen sonstigen Aktiva und sonstigen Passiva; 1962: +6%) zur Verfügung. Der verbleibende Betrag von -4% ist bei der Notenbank festgelegt.

Während die Geschäftsbanken 1950 die Refinanzierung bei der Notenbank noch stark in Anspruch nehmen, sind in den Jahren ab 1954 die Refinanzierungskredite bei der Notenbank weitgehend abgebaut. Auf Grund der hohen Barreserven, die zum größten Teil auf Mindestreserven entfallen, weist die Notenbank den Geschäftsbanken gegenüber eine Nettoschuldnerstellung aus.

Die Interbankverflechtung bezieht sich auf die gegenseitige Verflechtung der Geschäftsbanken. Die Forderungen und Verpflichtungen innerhalb des gesamten Geschäftsbankensektors müßten sich, da die Positionen aller Banken erfaßt sind, gegenseitig ausgleichen. Die Abweichungen und Differenzen entstehen auf Grund von statistischen Ungenauigkeiten, die immer dann gegeben sind, wenn mit den verlängerten Bilanzsummen operiert wird. Hinsichtlich der Indossamentsverbindlichkeiten ergeben sich dabei leicht Doppelerfassungen. Ferner entstehen kleine Fehler durch das Auf- und Abrunden.¹¹⁸⁾

In der aktivischen Verflechtung der Banken mit dem privaten Sektor zeichnet sich eine Verlagerung von den kurzfristigen Positionen auf die langfristigen ab. Beachtenswert ist ferner, daß trotz interner struktureller Umschichtungen sich die aktivischen und passivischen Anteile des privaten Sektors seit 1950 nur geringfügig geändert haben. Der aktivische Anteil macht etwa die Hälfte des Bilanzvolumens aus; auch der passivische bleibt mit 36% bis 38% im wesentlichen gleich. Alle Mittel, die über die letztere Relation hinaus gebildet werden, fließen

118) Ein vollständiger Ausgleich im Interbankverkehr ist auch deshalb nicht gegeben, weil infolge der starken Verbreitung des Überweisungsverkehrs ein ständiger Überhang an Interbankpassiva vorliegt. Daraus resultiert ein permanenter unauflöslicher Saldo in der inländischen Interbankverflechtung. Der Saldo entsteht durch die zeitlichen Verbuchungsdifferenzen. Ende 1961 macht zum Beispiel der Passivüberhang im Interbankverkehr fast 2 Mrd DM aus. Vgl. hierzu Monatsberichte der BB vom November 1959, S. 10 f., und Dezember 1961, S. 5.

nicht mehr dem Bankensektor als Einlagen zu, sondern werden von den Nichtbanken anderen Anlageformen zugeführt.

Die folgende Darstellung zeigt nochmals die gesamten Anteile der verschiedenen Sektoren am Bilanzvolumen des Bankensektors.

Jeweils i vH des Bilanzvolumens

Aktiva

Passiva

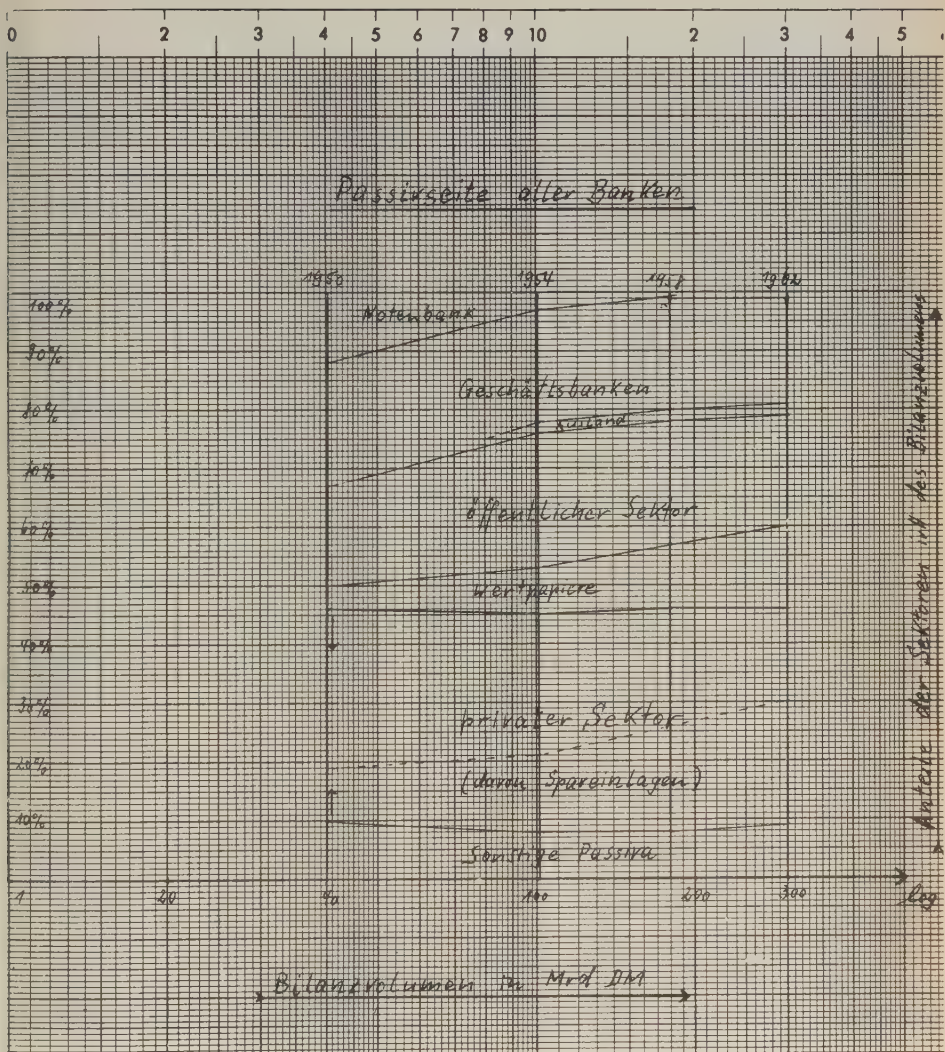
	1950	1954	1958	1962	1950	1954	1958	1962
1. Notenbank	6	5	5	5	12	3	1	1
2. Interbankverfl.	17	19	19	18	21	19	19	18
3. privater S.	52	53	48	50	36	37	38	37
4. öffentl. S.	20	15	16	14	17	23	21	19
5. Wertpapiere	2	5	8	8	4	8	11	14
6. Ausland	-	-	1	2	-	2	2	2
7. sonstige Aktiva und sonstige Passiva	3	3	3	3	10	8	8	9

Eine graphische Darstellung der Passivseite läßt die Entwicklung der Mittelaufbringung noch besser überblicken.

Der Anteil des privaten Sektors bleibt im wesentlichen gleich. Dies ist vornehmlich auf die starke Spareinlagenbildung der Privaten bei den Banken zurückzuführen.

Der Anteil des Wertpapiersektors steigt am stärksten. Die Auslands- und die Interbankverflechtungen erfahren nur kleine Veränderungen.

Der Anteil des öffentlichen Sektors nimmt zuerst zu, geht dann aber wieder zurück. Die größte Veränderung weist die Verbindung mit der Notenbank auf. Die ursprünglich hohe Refinanzierungsquote geht bis auf den unbedeutenden Anteil von 1% zurück.



Theoretisch ist nun die Frage von Interesse, ob sich die Schuldnerstellung des privaten Sektors gegenüber allen Banken weiter vermindern kann. Dabei sind zwei Fälle denkbar:

- a) Die Unternehmer finanzieren ihre Vorhaben in stärkerem Maße über Wertpapiere oder Direktkredite von Privaten. Die Aktivseite der Bankbilanzen verringert sich. Der Saldo in der Verflechtung neigt zum Ausgleich.
- b) Die Nichtbanken legen ihre Überschüsse ausschließlich beim Bankensektor an. Dadurch erhöht sich die Passivseite. Der Saldo kommt ebenfalls zum Ausgleich.

In beiden Fällen handelt es sich um eine grundsätzliche Änderung in der Finanzierungsform und in der Anlagenmethode.¹¹⁹⁾

Nachdem wir nun die Gesamtentwicklung der geldwirtschaftlichen Verflechtungen des Geschäftsbankensektors mit den Wirtschaftssektoren kennen, können wir mit der Untersuchung der Verflechtungen der einzelnen Bankengruppen beginnen. Die Besonderheiten dieser Verflechtungen erlauben uns, Rückschlüsse auf die Stellung der einzelnen Bankengruppen im Geldkreislauf zu ziehen.

119) Von einer weiteren Behandlung dieses Problems wird abgesehen, da dies über das vorliegende Thema hinausführen würde.

Zusammengefaßte Bilanzen der Großbanken⁺)

Aktiva in Mio DM

	1950	%	1954	%	1958	%	1962	%
Kurzfr. Forderungen gegenüber:								
1. Notenbank ⁺)	657	9	1243	8	2315	10	3386	10
2. Geschäftsbk.	640	9	1311	9	2234	10	3908	11
3. privater S.	4906	66	9137	60	10883	47	17762	51
4. öffentl. S.	17	-	62	-	1468	6	1500	4
5. Ausland	.	-	136	1	835	4	1519	4
6. Summe der kurzfr. Ford.	6220	84	11889	78	17735	77	28075	80
Langfr. Forderungen gegenüber:								
7. Geschäftsbk.	2	-	60	-	60	-	44	-
8. privater S.	181	2	1122	7	1071	5	1129	3
9. öffentl. S.	805	11	808	6	928	4	1222	3
10. Wertpapiere	41	1	922	6	2543	11	3040	9
11. Ausland	.	-	.	-	.	-	649	2
12. Summe der langfr. Ford.	1029	14	2912	19	4589	20	6084	17
13. Sonstige Aktiva	156	2	460	3	794	3	971	3
14. Bilanzvolumen	7405	100	15261	100	23118	100	35130	100

Quellen: Statistisches Handbuch der BdL 1948-1954, Tab. III B 1 und C 1, Monatsbericht der BB vom Februar 1963, Tab. III A 1 und B 1.

⁺) Vgl. Fußnote S. 92

Zusammengefaßte Bilanzen der Großbanken⁺⁾

Passiva in Mio DM

	1950	%	1954	%	1958	%	1962	%
Kurzfrist. Verbindlichkeiten gegenüber:								
1. Notenbank ⁺⁾	1376	17	1299	9	339	2	1003	3
2. Geschäftsbk.	1389	18	2575	17	2203	10	3888	11
3. privater S.	3960	50	7644	50	13609	59	19644	56
4. öffentl. S.	332	4	831	6	2098	9	3612	10
5. Ausland	.	-	682	4	1492	6	2074	6
6. Summe der kurzfr. Verbindl.	7057	89	13031	86	19741	86	30221	86
Langfr. Verbindl. gegenüber:								
7. Geschäftsbk.	244	3	810	6	904	4	1093	4
8. privater S.	3	-	45	-	76	-	177	-
9. öffentl. S.	11	-	55	-	78	-	106	-
10. Wertpapiere	-	-	-	-	-	-	-	-
11. Ausland	.	-	.	-	.	-	14	-
12. Summe der langfr. Verbindl.	258	3	910	6	1058	4	1390	4
13. Sonstige Passiva	621	8	1252	8	2350	10	3385	10
14. Bilanzvolumen	7936	100	15193	100	23149	100	34996	100
Differenzen ⁺⁾	-531		+ 68		- 31		+134	

Quellen: Statistisches Handbuch der BdL 1948-1954, Tab. III B 1 und C 1, Monatsbericht der BB vom Februar 1963, Tab. III A 1 und B 1.

⁺⁾ Vgl. Fußnoten auf S. 93

II. Die geldwirtschaftlichen Verflechtungen der einzelnen Bankengruppen

1. Die Geschäftsstruktur der Großbanken

a) Umfang und Art der Kreditverflechtung.

Die drei Großbanken (Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG und Commerzbank AG sowie deren Berliner Tochterinstitute) werden in der Bankenstatistik zur Gruppe der Kreditbanken gezählt. Sie sind im deutschen Banksystem die größten Geschäftsbanken.¹²⁰⁾ Da auf sie allein vom gesamten Geschäftsvolumen der Kreditbankengruppe etwa die Hälfte entfällt und der Kreis der übrigen Kreditbanken sehr heterogen ist, halten wir es für sinnvoll, die Großbanken aus der Gruppe der Kreditbanken auszugliedern und gesondert zu betrachten.

Auf Grund der Gliederung der zusammengefaßten Bilanzen ergeben sich bei den Großbanken folgende Verflechtungen:

Jeweils i vH des Bilanzvolumens

	1950		1954		1958		1962	
1. Notenbank	9/17	+ 8	8/ 9	+ 1	10/ 2	- 8	10/ 3	- 7
2. Geschäftsbk.	$\frac{9/18}{- / 3}$	+12	$\frac{9/17}{- / 6}$	+14	$\frac{10/10}{- / 4}$	+ 4	$\frac{11/11}{- / 4}$	+ 4
3. privater S.	$\frac{66/50}{2 / -}$	-18	$\frac{60/50}{7 / -}$	-17	$\frac{47/59}{5 / -}$	+ 7	$\frac{51/56}{3 / -}$	+ 2
4. öffentl. S.	$\frac{- / 4}{11 / -}$	- 7	$\frac{- / 6}{6 / -}$	-	$\frac{6 / 9}{4 / -}$	- 1	$\frac{4/10}{3 / -}$	+ 3
5. Wertpapiere	1/ -	- 1	6/ -	- 6	11/ -	-11	9/ -	- 9
6. Ausland	$\frac{- / -}{- / -}$	-	$\frac{1 / 4}{- / -}$	+ 3	$\frac{4 / 6}{- / -}$	+ 2	$\frac{4 / 6}{2 / -}$	-
7. eigene Mittel	2/ 8	+ 6	3/ 8	+ 5	3/10	+ 7	3/10	+ 7

120) Die Bilanzsummen⁺⁾ der Großbanken betragen Ende 1962

in Mio DM

Deutsche Bank AG

13 196

Dresdner Bank AG

9 960

Commerzbank AG

8 661

⁺⁾ Vgl. Geschäftsberichte der genannten Banken für das Jahr 1962.

Der größte Anteil in der Verflechtung entfällt sowohl aktivisch als auch passivisch auf den privaten Sektor, wobei das Schwergewicht auf den kurzfristigen Positionen liegt. An zweiter Stelle folgen die Interbankpositionen. Die Verbindung mit dem öffentlichen Sektor ist nicht bedeutend. Der Anteil der aktivischen Wertpapierverflechtung nimmt zu, desgleichen auch der Anteil der Auslandspositionen. Die eigenen Mittel (sonstige Passiva minus sonstige Aktiva) bleiben im wesentlichen gleich.

Die Kreditüberhänge gegenüber dem privaten, dem öffentlichen und dem Wertpapiersektor werden 1950 und 1954 mit Mitteln finanziert, die im Rahmen der Interbankverflechtung aufgenommen sind, aus dem Auslandsverkehr und als Eigenkapital zur Verfügung stehen. Ab 1958 ändern sich die Relationen. Der private und später auch der öffentliche Sektor nehmen eine Gläubigerposition ein, während die Notenbank und der Wertpapiersektor eine Schuldnerstellung ausweisen. Dank der Zunahme der privaten und der öffentlichen Einlagen können die Großbanken die Schuldnerstellung gegenüber der Notenbank weitgehend abbauen.¹²¹⁾

b) Die Kreditverflechtung der Großbanken mit dem privaten Sektor.

Auf den privaten Sektor entfällt der größte Teil des Bilanzvolumens. Dabei ist als typisches Merkmal ein Überwiegen der kurzfristigen Positionen festzustellen. Die Verbindung mit den Haushalten fällt zahlenmäßig nicht stark ins Gewicht.¹²²⁾ Dagegen muß die Verflechtung mit den Unternehmen sehr eng sein. So zeigen die Geschäftsberichte der

121) Die Kreditverlängerungsfunktion haben die Großbanken nur über den Wertpapiersektor ausgeübt. Den langfristigen Ausleihungen an den privaten Sektor stehen nämlich äquivalente Einlagen im Interbankverkehr zur Verfügung.

122) Die privaten Spareinlagen machen 1958 nur 13% der Bilanzsumme aus, während auf private Sicht- und Termineinlagen 49% entfallen. Vgl. Monatsberichte der BB, Tab. III A 7.

Großbanken, in denen die Aufsichts- und Beiräte, die Emissionen, Kapitalerhöhungen und Börseneinführungen aufgeführt sind, daß gerade die Großbanken alle Möglichkeiten ausschöpfen, mit den großen Industrieunternehmungen engen Kontakt zu halten. Auch die Debitorenaufschlüsselung bestätigt diese Feststellung. Vom jeweiligen Kreditvolumen entfallen Ende 1960 bei der Dresdner Bank 83% und bei der Commerzbank 87% auf Einzelkredite von über DM 100 000.--.¹²³⁾ Kredite in dieser Höhe dürften im Normalfalle nur von Unternehmungen aufgenommen sein.

Die Ursachen für die enge Verbindung mit der Industrie sind mannigfaltig und im wesentlichen historisch zu erklären.¹²⁴⁾ Im Vordergrund steht der hohe Kapitalbedarf der aufkommenden Industrie Mitte und Ende des 19. Jahrhunderts und das dadurch bedingte Erfordernis einer funktionsfähigen Kreditvermittlung seitens der Banken. Den Wertpapieren kam dabei eine wichtige Funktion zu. Die außerdem benötigten Fremdgelder konnten in größerem Umfange nur bei größeren Banken oder im Ausland beschafft werden. Nun war es aber wieder das Bestreben der einheimischen Banken, die eigene Industrie von den ausländischen Kapitalmärkten, insbesondere vom Londoner Kapitalmarkt, abzuhalten, so daß damals auch von seiten der deutschen Banken ein starker Impuls ausging. Industrie- und Bankenwirtschaft wurden in Deutschland in wechselseitiger Einflußnahme miteinander und durch einander groß. In den folgenden Jahrzehnten war die enge Verbindung der Großbanken mit der Industrie infolge der Größenordnung der Kredite zwangsläufig gegeben. Bis in die 20er Jahre stiegen die benötigten Einzelkredite in so hohe Summen, daß die Gewährung praktisch

123) Vgl. Geschäftsbericht der Dresdner Bank für das Jahr 1960, S. 25, und Geschäftsbericht der Commerzbank für das Jahr 1960, S. 26. Die Deutsche Bank gibt eine ähnliche Aufstellung nicht bekannt.

124) Vgl. Schmidt, E.W., Industrie und Banken, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Frankfurt/M. 1957, S. 842 f.

nur den Großbanken möglich war. In den 30er Jahren trat in der Finanzierung der Privatwirtschaft der Staat in Zusammenarbeit mit der Notenbank in den Vordergrund. Die Großbanken unterstützten diese Politik. Nach 1948, als wieder ein großer Kapitalbedarf vorhanden war, begünstigten die Bestimmungen des § 12 KWG (alt) die Großbanken rein formal. Großkredite, die 10% (jetzt 15%) des haftenden Eigenkapitals der kreditgebenden Bank übersteigen, müssen der Bankenaufsicht gemeldet werden. Wenn die Industriefirmen Großkredite aufnehmen wollen, müssen sie sich daher zwangsläufig an größere Banken wenden, es sei denn, sie nehmen die zeitraubenden Verhandlungen mit mehreren mittleren Banken in Kauf, um Metakredite zu bekommen.

Nicht zuletzt schaffen auch die aktienrechtlichen Vorschriften die Voraussetzungen für eine enge Verbindung zwischen den industriellen und bankwirtschaftlichen Kapitalgesellschaften. Über die Aufsichtsratsmandate bei den industriellen Aktiengesellschaften gewinnen die Banken Einfluß auf die Unternehmungen; umgekehrt können sich die Industriefirmen über die Aufsichtsratsposten bei den Großbanken gute Beziehungen zu ihren Kreditgebern verschaffen.

Aus der engen Verbindung mit den industriellen Großunternehmungen erklärt sich bis zu einem gewissen Grad auch der Wandel in der Stellung des privaten Sektors vom Schuldner zum Gläubiger. Einmal führen die Großfirmen der Maschinen-, Elektro- und der chemischen Industrie¹²⁵⁾ über große Exportüberschüsse der einheimischen Wirtschaft (und dabei zuerst den Großbanken) laufend liquide Mittel zu. Zum anderen sind es wieder die Großunternehmen, die ihre kurzfristigen Kredite über Wertpapierauflegungen ablösen und damit die kreditgebenden Banken liquiditätsmäßig entlasten können.

¹²⁵⁾ Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland für 1962, S. 316.

c) Die Kreditverflechtung der Großbanken mit dem öffentlichen Sektor

Die Verbindung mit dem öffentlichen Sektor spielt bei den Großbanken eine untergeordnete Rolle. Bei den kurzfristigen Aktiva taucht erst 1958 der stärker ins Gewicht fallende Betrag von 5% auf, der auf die Geldanlage in Form von Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen zurückzuführen ist. Bei den längerfristigen Aktiva spielen 1950 die Ausgleichsforderungen eine bedeutende Rolle. Sie machen zu diesem Zeitpunkt 11% des Bilanzvolumens aus. 1962 entfällt auf sie nur noch ein Anteil in Höhe von 3%.

Auf der Passivseite stehen öffentliche Einlagen zuerst in Höhe von 4% und 1962 in Höhe von 10% kurzfristig zur Verfügung. Davon stammen Ende Oktober 1953 44% von den Sozialversicherungsträgern und der Arbeitslosenversicherung und 19% von den Gemeinden und den Gemeindeverbänden.¹²⁶⁾ Insgesamt hat der öffentliche Sektor 1962 den Großbanken mehr Mittel zur Verfügung gestellt, als er von dieser Bankengruppe in Kreditform wieder aufgenommen hat.

d) Die Wertpapierverflechtung der Großbanken

Die Aufgliederung der Wertpapierbestände und eine Zuordnung der Wertpapiere auf die einzelnen Wirtschaftssektoren ist nicht möglich. Die Wertpapierbestände lassen sich wohl mit Hilfe der Angaben in den Monatsberichten der Bundesbank nach Sektoren gliedern, es müssen dabei aber Fehlerquellen in Kauf genommen werden. So kann die Position Dividendenpapiere nur dem privaten Sektor zugerechnet werden, obgleich darin sicher auch Papiere von Banken enthalten sind.

Wenn sich die aktivischen Wertpapierverflechtungen trotzdem noch annähernd aufgliedern lassen, so gibt es für die passivischen gar keinen Schlüssel. Die ausgegebenen Schuldverschreibungen können nur in einem Posten 'Wertpapiere' insgesamt ausgewiesen werden.

¹²⁶⁾ Vgl. Statistisches Handbuch der BdL 1948 - 1954, Tab. III B 9 b, S. 125.

Wertpapierbestand Ende 1962 (in Mio DM)

	mittel- u. langfristig	Dividenden- papiere u. Investmentz.	Konsortial- beteiligun- gen	Summe
privater Sektor	148	1133	368	1649
öffentl. Sektor ⁺)	426			426
Ausland	195		13	208
Banken	966			966
			zusammen	3249

Quelle: Monatsbericht der BB vom Dezember 1963, Tab. III A 2

⁺) Die Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen sowie die Kassenobligationen in Höhe von zusammen Mio DM 1422 sind, da sie kurzfristige Laufzeiten haben, in der obigen Aufstellung nicht enthalten. Sie sind den kurzfristigen Forderungen gegenüber dem öffentlichen Sektor zugezählt.

Wie aus den zusammengefaßten Bilanzen ersichtlich ist, haben die Großbanken den Wertpapiermarkt über Schuldverschreibungen nicht in Anspruch genommen. Von den ausgegebenen Dividendenpapieren, die unter den sonstigen Passiva (Eigenkapital) erfaßt sind, wird abgesehen.

Der Wertpapierbestand der Großbanken ist dafür sehr hoch. Er steigt von 1% auf 11% des Bilanzvolumens. Die Großbanken nehmen deshalb dem Wertpapiersektor gegenüber eine starke Gläubigerstellung ein. Sehr eng ist die Verflechtung mit dem privaten Sektor über die Dividendenpapiere, auf die rund 35% des gesamten Wertpapierbestandes entfallen.

e) Die Interbankverflechtung der Großbanken

ea) Die Stellung gegenüber der Notenbank ändert sich im Berichtszeitraum. Aus der anfänglichen Schuldnerstellung wird eine Gläubigerposition. Die aktivische Verflechtung bleibt mit 8%-10% gleich, wäh-

rend die passivische von 17% im Jahr 1950 auf 3% im Jahr 1962 zurückgeht. Das bedeutet, daß die Forderungen gegenüber der Notenbank (im wesentlichen sind es die Mindestreserven) relativ geringfügig zunehmen, die Refinanzierung bei der Zentralbank jedoch stark zurückgeht. Ganz können die Großbanken aber nicht auf die Refinanzierung verzichten.

eb) Die Stellung gegenüber den anderen Geschäftsbanken ist durch eine Schuldnerposition gekennzeichnet. Diese geht von 12% im Jahr 1950 auf 4% im Jahr 1962 zurück. Bestimmend dafür ist die Abnahme des kurzfristigen Einlagenüberhanges der anderen Banken bei den Großbanken. Die langfristige Mittelaufnahme der Großbanken bei anderen Banken beträgt 1962 noch 4%.

Ein Grund für die hohen geschäftsbankmäßigen Verflechtungen ist auch in der rein technischen Sphäre des Giro- und Scheckverkehrs zu suchen. Das Filialnetz der Großbanken ist weit weniger geschlossen als etwa das der Sparkassen, so daß sich im Giro- und Scheckverkehr mit den anderen Banken zwangsläufig Verrechnungsspitzen ergeben müssen. Ferner spielen bei den Großbanken die Beteiligungen an anderen Banken eine nicht unwesentliche Rolle. Mit diesen Banken werden sich naturgemäß auch starke Verrechnungssalden und Kreditbeziehungen ergeben.¹²⁷⁾

f) Die Kreditverflechtung der Großbanken mit dem Ausland

Die Kreditverflechtung der Großbanken mit dem Ausland beträgt ab 1954 4% - 6% des Bilanzvolumens. In den Jahren 1954 und 1958 bestehen kurzfristige Einlagenüberhänge in Höhe von 3% und 2%; 1962 ist der Saldo im wesentlichen ausgeglichen.

127) Vgl. Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank, Wegweiser durch deutsche Aktiengesellschaften, München 1961. Wie hieraus zu ersehen ist, haben die Großbanken Kapitalbeteiligungen (teilweise mit 100%) bei mindestens 33 anderen Geschäfts- oder Hypothekenbanken.

Von den gesamten kurzfristigen Forderungen gegenüber dem Ausland entfallen Ende Juni 1963 36% auf die Großbanken, von den langfristigen Forderungen 11%.¹²⁸⁾ Die kurzfristigen Forderungen sind im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß ein großer Teil des laufenden Auslandsverkehrs der deutschen Wirtschaft über die Großbanken abgewickelt wird.¹²⁹⁾ Täglich fällige Gelder bei ausländischen Banken und kurzfristige Kredite an Ausländer stehen dabei im Vordergrund. Zu den langfristigen Auslandsforderungen zählen die Gewährung von Krediten und Darlehen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr, alle Anlagen in festverzinslichen Wertpapieren und Aktien und die sonstigen Beteiligungen. Im Vergleich zum gesamten Bilanzvolumen ist der Anteil dieser längerfristigen Auslandsaktiva mit 2% unbedeutend.

Bei den Auslandspassiva überwiegen die kurzfristigen Positionen. Der größte Teil entfällt dabei auf Einlagen von Ausländern. Von allen ausländischen Einlagen können die Großbanken Ende Juni 1963 51% auf sich vereinen. Mit 6% des Bilanzvolumens entsprechen die ausländischen Passiva etwa dem seit 1954 feststellbaren Rückgang der beim Zentralbanksystem aufgenommenen Kredite.

128) Vgl. Monatsbericht der BB vom August 1963, S. 11.

129) Vgl. Monatsbericht der BB vom August 1963, S. 10 ff.

Zusammengefaßte Bilanzen der Kreditbanken (ohne Großbanken)⁺⁾

Zusammengefaßte Bilanzen der Kreditbanken (ohne Großbanken)⁺⁾

Aktiva in Mio DM

	1950	%	1954	%	1958	%	1962	%
Kurzfr. Forderungen gegenüber:								
1. Notenbank ⁺⁾	520	8	974	7	1980	8	3057	7
2. Geschäftsbk.	619	9	1616	11	3266	13	5716	13
3. privater S.	3860	60	7231	50	10569	41	19146	43
4. öffentl. S.	89	1	176	1	399	1	262	1
5. Ausland	.	-	180	1	800	3	1671	4
6. Summe der kurzfr. Ford.	5088	78	9977	70	17014	66	29852	68
Langfr. Forderungen gegenüber:								
7. Geschäftsbk.	10	-	26	-	100	-	211	-
8. privater S.	408	6	1988	14	4228	16	6950	15
9. öffentl. S.	629	10	882	6	1534	6	1861	4
10. Wertpapiere	108	2	859	6	1997	8	3215	8
11. Ausland	.	-	.	-	.	-	459	1
12. Summe der langfr. Ford.	1155	18	3755	26	7859	30	12696	28
13. Sönstige Aktiva	269	4	659	4	998	4	1646	4
14. Bilanzvolumen	6512	100	14391	100	25871	100	44194	100

Quellen: Statistisches Handbuch der BdL 1948 - 1954, Tab. III B 1 und C 1, Monatsbericht der BB vom Februar 1963, Tab. III A 1 und B 1,

⁺⁾ Vgl. Fußnote auf S. 92

Zusammengefaßte Bilanzen der Kreditbanken (ohne Großbanken)⁺⁾

Passiva in Mio DM

	1950	σ ₀	1954	σ ₀	1958	σ ₀	1962	σ ₀
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber:								
1. Notenbank ⁺⁾	1592	22	1023	7	559	2	1069	2
2. Geschäftsbk.	1349	19	2518	17	3585	14	7215	17
3. privater S.	2478	34	4838	33	9606	37	13948	32
4. öffentl. S.	607	8	1371	9	2388	9	3726	8
5. Ausland	.	-	802	5	1658	7	3560	8
6. Summe der kurzfr. Verbindl.	6026	83	10552	71	17796	69	29518	67
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber:								
7. Geschäftsbk.	268	4	913	6	1574	6	3143	7
8. privater S.	37	-	224	2	542	2	711	2
9. öffentl. S.	83	1	387	3	991	4	1711	4
10. Wertpapiere	204	3	1055	7	2217	9	4377	10
11. Ausland	.	-	.	-	.	-	194	-
12. Summe der langfr. Verbindl.	592	8	2579	18	5324	21	10136	23
13. Sonstige Passiva	610	9	1512	11	2658	10	4487	10
14. Bilanzvolumen	7228	100	14643	100	25778	100	44141	100
Differenzen: ⁺⁾	-716	-	-252		+ 93		+ 53	

Quellen: Statistisches Handbuch der BdL 1948 - 1954, Tab. III B 1 und C 1, Monatsbericht der BB vom Februar 1963, Tab. III A 1 und B 1.

⁺⁾ Vgl. Fußnoten auf S. 93

2. Die Geschäftsstruktur der Kreditbanken (ohne Großbanken)

a) Umfang und Art der Kreditverflechtung

Die Kreditbanken umfassen 1962

- 96 Staats-, Regional- und Lokalbanken,
- 204 Privatbanken,
- 37 Spezial-, Haus- und Branchebanken.¹³⁰⁾

Auf die erste Gruppe entfallen über 80% der gesamten Bilanzsumme. Davon nehmen die vier größten Banken wieder rund 50% für sich allein in Anspruch.¹³¹⁾

Die gegliederten Bilanzen zeigen folgende Verflechtungen:

Jeweils i vH des Bilanzvolumens

	1950	1954	1958	1962
1. Notenbank	8/22 +14	7/7 -	8/2 - 6	7/2 - 5
2. Geschäftsbk.	$\frac{9/19}{-/4} +14$	$\frac{11/17}{-/6} +12$	$\frac{13/14}{-/6} + 7$	$\frac{13/17}{-/7} +11$
3. privater S.	$\frac{60/34}{6/-} -32$	$\frac{50/33}{14/2} -29$	$\frac{41/37}{16/2} -18$	$\frac{43/32}{15/2} -24$
4. öffentl. S.	$\frac{1/8}{10/1} - 2$	$\frac{1/9}{6/3} + 5$	$\frac{1/9}{6/4} + 6$	$\frac{1/8}{4/4} + 7$
5. Wertpapiere	2/3 + 1	6/7 + 1	8/9 + 1	8/10 + 2
6. Ausland	$\frac{-/-}{-/-} -$	$\frac{1/5}{-/-} + 4$	$\frac{3/7}{-/-} + 4$	$\frac{4/8}{1/-} + 3$
7. eigene Mittel	4/9 + 5	4/11 + 7	4/10 + 6	4/10 + 6

130) Vgl. Monatsbericht der BB, Tab. III B 1.

131) Die bedeutendsten Staats- und Regionalbanken⁺⁾ sind:

Bilanzsumme in Mio DM 1962

Byerische Hypotheken- und Wechsel-Bank München	6074
Bayerische Vereinsbank, München	3874
Bank für Gemeinwirtschaft AG, Frankfurt/M.	3193
Bayerische Staatsbank, München	2666

⁺⁾ Vgl. Geschäftsberichte der genannten Banken für das Jahr 1962.

Mit dem privaten Sektor besteht während des ganzen Berichtszeitraums ein Kreditüberhang. Die Kreditbanken sind also immer Gläubiger dieses Sektors. Der Schuldsaldo geht allerdings von -32% auf -24% (im Jahre 1962) zurück. Der öffentliche Sektor weist einen Einlagenüberschuß aus. Die Wertpapierverflechtungen steigen anteilmäßig; im großen und ganzen gleichen sie sich aber bis auf einen Schuldsaldo von 1% - 2% aus. Dagegen ergibt sich im Interbankverkehr eine starke Verschuldung, die 14% im Jahre 1950 und 11% im Jahre 1962 beträgt. Der Kreditüberhang aus der Verbindung mit dem privaten Sektor wird demnach zum großen Teil mit Interbankpassiva finanziert. Die Notenbankkredite werden weitgehend abgebaut. Aus der anfänglichen Schuldnerstellung gegenüber der Notenbank wird 1958 und 1962 eine Gläubigerposition.¹³²⁾

b) Die Kreditverflechtung der Kreditbanken mit dem privaten Sektor

Der Grund für die starke Verflechtung der Kreditbanken mit dem privaten Sektor ist wieder historisch zu sehen.¹³³⁾ Unter den Kreditbanken befinden sich Institute, die bereits an Großbankenformat heranreichen und für die auch die früher angeführten Erklärungen zutreffen: Schwergewicht auf der Verbindung mit den Industrieunternehmungen, Großkredite und besondere Pflege des Wertpapiergeschäfts.

Die drei bayerischen Institute (siehe Fußnote auf S.) sind 'gemischte' Banken. Sie betreiben neben den üblichen Bankgeschäften auch das langfristige Realkreditgeschäft. Dadurch ergibt sich mit dem privaten Sektor auch eine stärkere aktivische Verflechtung im langfristigen Bereich. Gleichzeitig entsteht durch die ausgegebenen Schuld-

132) Die Kreditverlängerungsfunktion wurde von den Kreditbanken in kleinerem Ausmaße über die Gewährung von langfristigen Krediten ausgeübt, denen nicht immer auch langfristige Einlagen in voller Höhe gegenüberstehen.

133) Vgl. Schmidt, E.W., Industrie und Banken, a.a.O., S. 842 f.

verschreibungen auch eine Verschuldung gegenüber dem Wertpapiersektor.

Da der Spareinlagenbestand im Verhältnis zu den übrigen Passiva gering ist, muß auch bei den Kreditbanken das Schwergewicht auf der Verbindung mit den Unternehmungen liegen. Die dauernde Verschuldung des privaten Sektors zeigt, daß die Auszahlungen der Unternehmen an andere Sektoren überwiegen.

c) Die Kreditverflechtung der Kreditbanken mit dem öffentlichen Sektor

Auch bei den Kreditbanken ist die Verbindung mit dem öffentlichen Sektor unbedeutend. Im kurzfristigen Bereich besteht 1962 ein Einlagenüberschuß von 7%. Hierfür sind vor allem die Einlagen der Sozialversicherungsträger und der Arbeitslosenversicherung sowie der Länder und der Gemeinden verantwortlich, die Ende 1954 mit zusammen Mio DM 1010 90% der gesamten öffentlichen Einlagen bei diesem Bankensektor ausmachen.¹³⁴⁾ Im langfristigen Bereich besteht 1950 ein aktivischer Überhang, 1962 ist diese Verflechtung ausgeglichen. Der Grund für die langfristige Verflechtung der Kreditbanken mit dem öffentlichen Sektor ist einmal darin zu sehen, daß auf der Aktivseite die Ausgleichsforderungen erfaßt sind und daß ferner auf der Passivseite Kreditmittel ausgewiesen werden, die der öffentliche Sektor den Kreditbanken zur Weiterausleihung an die Privaten gibt.

d) Die Interbankverflechtung der Kreditbanken

da) Die Stellung gegenüber der Notenbank:

Aus der 1950 und 1954 ausgewiesenen Schuldnerposition wird 1958 und 1962 eine Gläubigerstellung. Die Forderungen gegenüber der Notenbank liegen dabei zwischen 7% und 8%. Die bei der Notenbank auf-

¹³⁴⁾ Vgl. Statistisches Handbuch der BdL 1948 - 1954, Tab. III B 9, S. 125.

genommenen Kredite gehen dagegen stark zurück. Im Jahre 1950 entfallen auf sie 22%, 1958 und 1962 sind es nur noch 2%. Die Kreditbanken können demnach die Kredite bei der Notenbank weitgehend abbauen, auf die Refinanzierung bei der Zentralbank jedoch nicht ganz verzichten.

db) Die Stellung gegenüber den anderen Banken:

Während des ganzen Berichtszeitraums ergibt sich gegenüber den anderen Geschäftsbanken eine starke Schuldnerposition. Dominierend ist der kurzfristige Bereich. Der kurzfristige Einlagenüberhang der anderen Banken bei den Kreditbanken nimmt bis 1958 ab, er steigt aber im Jahr 1962 bereits wieder auf 4% an. Im langfristigen Bereich besteht ein Passivüberhang von 4% - 7%.

Ein großer Teil der interbanklichen Verflechtungen resultiert auch bei den Kreditbanken aus der Abwicklung des Giro- und Scheckverkehrs sowie aus der engen Verbindung mit anderen Banken auf Grund von Kapitalbeteiligungen.¹³⁵⁾

e) Die Wertpapierverflechtung der Kreditbanken

Bei der aktivischen Wertpapierverflechtung entfallen die größten Anteile auf die Papiere des privaten Sektors und des Bankensektors. Die Verflechtung mit dem öffentlichen Sektor tritt zurück. Allerdings ist zu beachten, daß die Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen sowie die Kassenobligationen von zusammen Mio DM 319 in der Aufstellung nicht enthalten sind.¹³⁶⁾ Eine wesentliche Änderung würde sich jedoch dadurch auch nicht ergeben.

135) Vgl. Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank, a. a. O. Die Beteiligungen der größeren Kreditbanken sind im 'Wegweiser durch deutsche Aktiengesellschaften' nach den Bilanzen aufgeführt.

136) Vgl. Monatsberichte der BB vom Dezember 1963, Tab. III A 2.

Wertpapierbestand Ende 1962 (in Mio DM)

	mittel- u. langfristig	Dividenden- papiere u. Investmentz.	Konsor- tialbetei- ligungen	Summe
privater Sektor	316	916	166	1398
öffentl. Sektor ⁺⁾	532			532
Ausland	90		9	99
Banken	1244			1244
			zusammen	3273

Quelle: Monatsbericht der BB vom Dezember 1963, Tab. III A 2

⁺⁾ ohne Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie Kassenobligationen.

Über die ausgegebenen Schuldverschreibungen verzeichnen die Kreditbanken dem Wertpapiersektor gegenüber eine Verschuldung in Höhe von Mio DM 4377.¹³⁷⁾

f) Die Kreditverflechtung der Kreditbanken mit dem Ausland

Mit 5% - 8% reicht der Anteil der Auslandspositionen am gesamten Bilanzvolumen größtmäßig beinahe an die Verflechtung mit dem öffentlichen Sektor heran. Der Saldo gegenüber dem Ausland zeigt ab 1954 eine ständige Verschuldung der Kreditbanken in Höhe von 3% - 4%. Auf beiden Bilanzseiten überwiegen dabei die kurzfristigen Positionen.

Von den gesamten kurzfristigen Forderungen an das Ausland entfallen auf die Kreditbanken Ende Juni 1963 46%.¹³⁸⁾ Diese Position findet u. a. ihre Erklärung in der Zugehörigkeit der inländischen Niederlassungen ausländischer Banken zur Gruppe der Kreditbanken. Diese 'foreign banks' haben ihre kurzfristigen Auslandsaktiva erhöht, wobei

137) Vgl. Monatsberichte der BB vom Dezember 1963, Tab. III B 1.

138) Vgl. Monatsberichte der BB vom August 1963, S. 10 ff.

es sich hauptsächlich um Forderungen an Muttergesellschaften und an deren Niederlassungen in dritten Ländern handelt.

Der Anteil der Kreditbanken an den gesamten Auslandsverbindlichkeiten beträgt rund 55%. Für die gegenüber den Vorjahren zu verzeichnende Zunahme der kurzfristigen Auslandsverschuldung hat die vermehrte Inanspruchnahme von Auslandskrediten durch die 'foreign banks' den Ausschlag gegeben. Die Ende Juni 1963 im Ausland aufgenommenen Kredite haben mit Mio DM 1665 die Einlagen von Ausländern in Höhe von Mio DM 1624 überflügelt.¹³⁹⁾

139) Vgl. Monatsbericht der BB vom August 1963, S. 11.

Zusammengefaßte Bilanzen der Sparkassen und Girozentralen⁺⁾

Aktiva in Mio DM

	1950	%	1954	%	1958	%	1962	%
Kurzfr. Forderungen gegenüber:								
1. Notenbank ⁺⁾	735	6	1493	5	3426	5	5554	5
2. Geschäftsbk.	1717	14	4375	13	9303	15	13958	13
3. privater S.	3318	27	6978	22	8617	14	14069	13
4. öffentl. S.	271	2	1089	3	2491	4	2469	2
5. Ausland	.	-	40	-	252	-	413	-
6. Summe der kurzfr. Ford.	6041	49	13975	43	24089	38	36463	33
Langfr. Forderungen gegenüber:								
7. Geschäftsbk.	280	2	906	3	1876	3	3602	3
8. privater S.	1820	15	8299	25	19216	30	38987	36
9. öffentl. S.	3212	27	6479	20	10838	17	15794	14
10. Wertpapiere	182	1	1725	6	5693	9	11981	11
11. Ausland	.	-	.	-	.	-	445	-
12. Summe der langfr. Ford.	5494	35	17409	54	37623	59	70809	63
13. Sonstige Aktiva	637	6	1061	3	1816	3	3042	3
14. Bilanzvolumen	12172	100	32445	100	63528	100	110314	100

Quellen: Statistisches Handbuch der BdL 1948 - 1954, Tab. III B 1 und C 1, Monatsbericht der BB vom Februar 1963, Tab. III A 1 und B 1.

⁺⁾ Vgl. Fußnote auf S. 92

Zusammengefaßte Bilanzen der Sparkassen und Girozentralen⁺⁾

Passiva in Mio DM

	1950	%	1954	%	1958	%	1962	%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber:								
1. Notenbank ⁺⁾	761	6	234	1	63	-	38	-
2. Geschäftsbk.	1611	13	3080	9	6678	10	10338	10
3. privater S.	4986	40	14124	43	29927	47	53849	48
4. öffentl. S.	2396	19	5387	17	6641	10	12291	11
5. Ausland	.	-	98	-	170	-	322	-
6. Summe der kurzfr. Verbindl.	9756	78	22923	70	43479	67	76838	69
Langfr. Verbindl. gegenüber:								
7. Geschäftsbk.	1011	8	3220	10	6243	10	9303	8
8. privater S.	55	-	233	1	620	1	982	1
9. öffentl. S.	567	4	2472	7	5423	9	7920	7
10. Wertpapiere	265	2	1867	6	4283	7	9942	9
11. Ausland	.	-	.	-	.	-	46	-
12. Summe der langfr. Verbindl.	1898	14	7792	23	16569	27	28193	25
13. Sonstige Passiva	936	8	2011	6	3937	6	6783	6
14. Bilanzvolumen	12590	100	32726	100	63985	100	111814	100
Differenzen: ⁺⁾	-418		-281		-457		-1500	

Quellen: Statistisches Handbuch der BdL 1948 - 1954, Tab. III B 1 und C 1, Monatsbericht der BB vom Februar 1963, Tab. III A 1 und B 1.

^{+) Vgl. Fußnoten auf S. 93}

3. Die Geschäftsstruktur der Sparkassen und Girozentralen

a) Umfang und Art der Kreditverflechtung

Der Sparkassenbereich umfaßt die Sparkassen und Girozentralen. Ausgeklammert ist in der Bankenstatistik die Deutsche Girozentrale, die den Kreditinstituten mit Sonderaufgaben zugeordnet ist. Ende 1962 sind 12 Girozentralen und 867 Sparkassen erfaßt.¹⁴⁰⁾

Die gegliederten Bilanzen zeigen folgende Verflechtungen:

Jeweils i vH des Bilanzvolumens

	1950	1954	1958	1962
1. Notenbank	6/ 6 -	5/ 1 - 4	5/ - - 5	5/ - - 5
2. Geschäftsbk.	$\frac{14/13}{2/ 8} + 5$	$\frac{13/ 9}{3/10} + 3$	$\frac{15/10}{3/10} + 2$	$\frac{13/10}{3/ 8} + 2$
3. privater S.	$\frac{27/40}{15/ -} - 2$	$\frac{22/43}{25/ 1} - 3$	$\frac{14/47}{30/ 1} + 4$	$\frac{13/48}{36/ 1} -$
4. öffentl. S.	$\frac{2/19}{27/ 4} - 6$	$\frac{3/17}{20/ 7} + 1$	$\frac{4/10}{17/ 9} - 2$	$\frac{2/11}{14/ 7} + 2$
5. Wertpapiere	1/ 2 + 1	6/ 6 -	9/ 7 - 2	11/ 9 - 2
6. Ausland	-/ - -	-/ - -	-/ - -	-/ - -
7. eigene Mittel	6/ 8 + 2	3/ 6 + 3	3/ 6 + 3	3/ 6 + 3

Größenmäßig steht der private Sektor an erster Stelle, gefolgt von dem öffentlichen Sektor. Den dritten Platz nehmen die Interbankverflechtungen ein. Die Wertpapierverflechtung kommt zuletzt, und die Auslandsverbindung schlägt sich prozentual überhaupt nicht zu Buch.

Wie die Gegenüberstellung der prozentualen Werte zeigt, halten fast alle Nichtbankenbereiche beim Sparkassensektor ebensoviel Gut-

140) Vgl. Monatsbericht der BB vom Dezember 1963, Tab. III B 1.

haben, wie sie Kredite in Anspruch nehmen. Während des ganzen Zeitraumes treten größere Überhänge nicht auf. Der Tendenz nach liegt hier eine sektoral ausgeglichene Finanzierung vor.

Innerhalb der einzelnen Verflechtungen ergeben sich jedoch hinsichtlich der Fristigkeiten der Aktiv- und Passivpositionen keine Übereinstimmungen. Beim privaten Sektor ist ein starker Überhang an kurzfristigen Einlagen festzustellen, der langfristig transformiert und wieder an den gleichen Sektor ausgelegt wird. Ermöglicht wird die Kreditverlängerung hauptsächlich durch den hohen Bestand an Spareinlagen, über die auch längerfristig disponiert werden kann, obgleich sie formal-juristisch kurzfristig sind.

Auch in der Verflechtung mit dem öffentlichen Sektor ergibt sich ein kurzfristiger Einlagenüberhang, während gleichzeitig die langfristigen Ausleihungen die langfristigen Mittel übersteigen. Dagegen sind im Interbankverkehr die längerfristigen Einlagen größer als die langfristigen Ausleihungen.

Bemerkenswert sind die niedrigen eigenen Mittel, die im Vergleich zu den Eigenmitteln der Kreditbanken um rund 3% - 4% geringer sind.

b) Die Kreditverflechtung der Sparkassen und Girozentralen mit dem privaten Sektor

Die Sparkassen wurden als die 'Banken des kleinen Mannes' ins Leben gerufen mit der Aufgabe, den Sparsinn zu fördern und die Spargroschen der breiten Bevölkerungsschichten zu verwahren und zu verwalten.¹⁴¹⁾

Die Verbindung mit den Haushalten ist daher in den Satzungen der Sparkassen schon seit ihrer Gründung verankert. Dies wirkt sich auch

141) Vgl. Eisfeld, Curt, Sparkassen, in: HdSW, S. 665 ff.

sehr stark in den Bilanzen aus. So entfallen rund zwei Drittel aller Spareinlagen auf den Sparkassensektor.

	Spareinlagen insgesamt (in Mrd DM)	davon beim Spar- kassensektor (in Mrd DM)	i vH aller Spar- einlagen	davon wieder von Privatper- sonen i vH
1954	15,7	10,6	67%	87%
1958 ⁺)	32,5	22,0	68%	90%
1962	69,9	44,6	64%	++)

Quellen: Statistisches Handbuch der BdL 1948 - 1954, Tab. III B 9, S. 125, Monatsbericht der BB vom Januar 1959 (Die Ergebnisse der Sondererhebung über Spar- und Termineinlagen zum 31. Oktober 1958), S. 62, Monatsberichte der BB, Tab. III A 9.

⁺) Die Angaben beziehen sich auf Ende Oktober 1958

⁺⁺) nicht bekannt.

Auch die Verbindung mit dem Unternehmungssektor steht im Zeichen der Sparkassensatzungen, die vorschreiben, daß die bei einer Sparkasse angesammelten Mittel wieder in deren Bereich auszuleihen sind. Ferner ist meist eine Höchstkreditgrenze vorgeschrieben. Die Kredite verteilen sich daher zum großen Teil auf kleine und mittlere Unternehmen.

Wenn ausreichende Ausleihmöglichkeiten fehlen, sind die Sparkassen gehalten, die überschüssigen Mittel bei ihrer Girozentrale anzulegen, bei der auch die Pflichtreserven gehalten werden. Die Girozentralen wiederum betätigen sich auf Landesebene und sind in der Lage, Großkredite zu geben. Die überschüssigen Mittel legen sie bei der Deutschen Girozentrale an.

c) Die Kreditverflechtung der Sparkassen und Girozentralen mit dem öffentlichen Sektor

Auch die Geschäftstätigkeit mit dem öffentlichen Sektor, vornehmlich mit den eigenen Gewährsträgern (Gemeinden, Gemeindeverbände und Länder), ist in den Satzungen der Sparkassen und Girozentralen festgelegt. Die Verflechtung mit dem öffentlichen Sektor ist daher sehr eng und prägt sich stark in den Bilanzen aus. Der Anteil des öffentlichen Sektors am Bilanzvolumen beträgt aktivisch 29% - 16% und passivisch 24% - 18%. Der Anteil des öffentlichen Sektors nimmt also während des Berichtszeitraums relativ ab. Dabei ist zu beachten, daß ab 1957 laut Bundesbankgesetz der Bund, die Länder und die Sonderfonds ihre Guthaben beim Zentralbanksystem halten müssen.¹⁴²⁾ Aus diesem Grund ist bei fast allen Bankengruppen ein relativer Rückgang des Anteils der öffentlichen Hand auf der Einlagenseite zu verzeichnen. Nach diesem Zeitpunkt wurde von der Bundesbank keine Sondererhebung über die Einlagen der öffentlichen Stellen gemacht, so daß genaue und neuere Zahlenangaben hierüber nicht möglich sind. Der Einlagenrückgang muß sich aber bei den Girozentralen besonders stark

Die Einlagen der öffentlichen Hand beim Sparkassensektor zeigen nachstehende Tabellen:

	Einlagen von öffentl. Stellen bei allen Geschäftsbanken (Mio DM)	davon beim Sparkassensektor (Mio DM)	ivH aller öffentlichen Einlagen
1953 ⁺)	6182	4020	65%
1955 ⁺⁺⁾	8264	5260	64%
1958	11995	6641	55%
1962	21165	12291	58%

¹⁴²⁾ Vgl. v. Spindler-Becker-Starke; Die Deutsche Bundesbank, Grundzüge des Notenbankwesens und Kommentar zum Gesetz über die Deutsche Bundesbank, Stuttgart 1957, S. 70 und 166 ff.

Die öffentlichen Einlagen stammen Ende Oktober 1953 von folgenden Stellen:

	Guthaben bei Geschäftsbanken insgesamt (Mio DM)	davon bei (ivH) Girozentr. (Mio DM)	bei Spar- kassen (ivH)
Länder	1170	593 (51%)	163 (14%)
Gemeinden und Gemeindeverb.	1803	68 (4%)	1418 (79%)
Sozialversiche- rungsträger u. Arbeitslosenvers.	2263	593 (26%)	656 (29%)
sonstige	946	158	371
Summe	6182	1412	2608

Quellen: Statistisches Handbuch der BdL 1948 - 1954, Tab. III B 7, S. 123, Monatsberichte der BB, Tab. III A 9.

⁺) Stand Ende Oktober 1953,

⁺⁺) Die Zahlen vor 1955 können nicht genau erfaßt werden, da (die obige Sondererhebung ausgenommen) die Spareinlagen noch nicht getrennt als private und öffentliche ausgewiesen sind.

ausgewirkt haben, denn bei ihnen standen Ende Oktober 1953 51% aller Länderguthaben in Höhe von zusammen Mio DM 1170.¹⁴³⁾

Der Anteil des öffentlichen Sektors auf der Einlagenseite der Sparkassenorganisation ist damit sehr hoch. Es ist aber dabei zu beachten, daß der Sparkassenbereich der öffentlichen Hand wieder beinahe den gleichen Betrag in Kreditform zur Verfügung stellt.

d) Die Interbankverflechtung der Sparkassen und Girozentralen

da) Die Stellung gegenüber der Notenbank:

Im Gegensatz zu den Groß- und Kreditbanken weisen die Sparkassen

¹⁴³⁾ Vgl. Statistisches Handbuch der BdL, Tab. III B 7, S. 123.

bereits 1950 der Notenbank gegenüber eine ausgeglichene Position aus. Ab 1954 besteht immer eine Gläubigerstellung. Die Forderungen gegenüber der Notenbank betragen gleichbleibend 5% - 6%. Die Kredite bei der Notenbank werden nahezu ganz abgebaut, so daß sich 1962 in einer Nettobetrachtung lediglich noch die Guthaben bei der Notenbank prozentual zu Buch schlagen. Die Refinanzierung bei der Zentralbank spielt demnach eine untergeordnete Rolle.

db) Die Stellung gegenüber den anderen Banken:

Den anderen Banken gegenüber besteht eine kleine Schuldnerstellung. In der Bankenstatistik sind aber die bankmäßigen Forderungen und Verpflichtungen der Deutschen Girozentrale in der vorliegenden Gruppe nicht enthalten. Berücksichtigt man auch diese Beträge, dann ergibt sich gegenüber dem Geschäftsbankensektor eine ausgeglichene Position oder gar eine Gläubigerstellung. Seit 1959 ist nämlich der Sparkassensektor insgesamt am Geldmarkt ein starker Gläubiger. Mit Mio DM 1670 entfällt auf ihn Mitte 1959 (Durchschnittswerte der Monate Juni, Juli und August 1959) der größte Gläubigeranteil von rund 34%.¹⁴⁴⁾

e) Die Wertpapierverflechtung der Sparkassen und Girozentralen

In der aktivischen Wertpapierverflechtung entfallen auf Bankschuldverschreibungen rund 84%. Dann folgt der Bestand an öffentlichen Papieren mit 13%. Alle anderen Positionen sind relativ unbedeutend. Die passivische Wertpapierverflechtung in Höhe von Mio DM 9942 beruht auf Schuldverschreibungen der Girozentralen.¹⁴⁵⁾

144) Vgl. Monatsbericht der BB für November 1959, S. 7.

145) Vgl. Monatsbericht der BB für Dezember 1963, Tab. III B 1.

Wertpapierbestand Ende 1962 (in Mio DM)

	mittel- u. langfristig	Dividenden- papiere u. Investmentz.	Konsor- tialbetei- ligungen	Summe
privater Sektor	205	139	9	353
öffentl. Sektor ⁺⁾	1535			1535
Ausland	5			5
Banken	10022			10022
			zusammen	11915
=====				

Quelle: Monatsbericht der BB vom Dezember 1963, Tab. III A 2.

⁺⁾ Ohne Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie Kassenobligationen in Höhe von zusammen Mio DM 2288.

f) Die Kreditverflechtung der Sparkassen und Girozentralen mit dem Ausland

Die Auslandsforderungen und Auslandsverpflichtungen sind unbedeutend. Der Anteil des Sparkassensektors an den Auslandsaktiva beläuft sich Ende Juni auf 11%; das ist nicht ganz die Hälfte des Anteils der Großbanken.¹⁴⁶⁾ Der Anteil an den ausländischen Passiva beträgt 6%, also etwa ein Fünftel des Anteils der Großbanken. Der Hauptteil entfällt dabei auf die Girozentralen.

Saldiert man die ausländischen Aktiv- und Passivpositionen, dann ergibt sich dem Ausland gegenüber eine Gläubigerstellung. Der Sparkassensektor ist also Geldanleger im Ausland. Die Nettoforderung beträgt rund eine halbe Milliarde DM. Dieser Betrag schlägt aber infolge des hohen Bilanzvolumens prozentual nicht zu Buch, so daß in der Gegenüberstellung der prozentualen Werte die Gläubigerposition der Sparkassen und Girozentralen nicht ersichtlich wird.

146) Vgl. Monatsbericht der BB vom August 1963, S. 11.

Zusammengefaßte Bilanzen der Genossenschaften und der Zentralkassen⁺

Aktiva in Mio DM

	1950	%	1954	%	1958	%	1962	%
Kurzfr. Forderungen gegenüber:								
1. Notenbank ⁺)	201	5	491	6	1107	8	1682	7
2. Geschäftsbk.	783	21	1246	16	2797	19	4729	18
3. privater S.	1629	43	3575	45	5187	36	8849	35
4. öffentl. S.	9	-	11	-	73	1	210	1
5. Ausland	.	-	11	-	31	-	88	-
6. Summe der kurzfr. Ford.	2622	69	5334	67	9195	64	15558	61
Langfr. Forderungen gegenüber:								
7. Geschäftsbk.	51	-	213	3	674	5	1416	5
8. privater S.	119	3	739	9	1890	13	4743	19
9. öffentl. S.	780	21	1017	13	1001	7	1113	4
10. Wertpapiere	20	1	131	2	712	5	1647	6
11. Ausland	.	-	.	-	.	-	.	-
12. Summe der langfr. Ford.	970	25	2100	27	4277	30	8919	34
13. Sonstige Aktiva	255	6	497	6	814	6	1290	5
14. Bilanzvolumen	3847	100	7931	100	14286	100	25767	100

Quellen: Statistisches Handbuch der BdL 1948 - 1954, Tab. III B 1 und C 1, Monatsbericht der BB vom Februar 1963, Tab. III A 1 und B 1.

⁺) Vgl. Fußnote auf S. 92

Zusammengefaßte Bilanzen der Genossenschaften und Zentralkassen⁺⁾

Passiva in Mio DM

	1950	%	1954	%	1958	%	1962	%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber:								
1. Notenbank ⁺⁾	816	21	662	9	95	1	142	-
2. Geschäftsbk.	1000	20	1435	17	2452	18	4244	16
3. privater S.	1682	43	4108	52	8152	59	15032	58
4. öffentl. S.	71	2	224	3	433	3	933	4
5. Ausland	.	-	26	-	58	-	78	-
6. Summe der kurzfr. Verbindlichkeiten	3569	86	6455	81	11190	81	20429	78
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber:								
7. Geschäftsbanken	99	3	595	7	1216	9	2669	10
8. privater S.	9	-	110	1	74	-	206	1
9. öffentl. S.	22	1	38	1	63	-	226	1
10. Wertpapiere	1	-	10	-	.	-	.	-
11. Ausland	.	-	.	-	.	-	.	-
12. Summe der langfr. Verbindlichkeiten	131	4	753	9	1353	9	3101	12
13. Sonstige Passiva	376	10	798	10	1359	10	2264	10
14. Bilanzvolumen	4076	100	8006	100	13902	100	25794	100
Differenzen: ⁺⁾	-229		- 75		+384		- 27	

Quellen: Statistisches Handbuch der BdL 1948 - 1954, Tab. III B 1 und C 1, Monatsbericht der BB vom Februar 1963, Tab. III A 1 und B 1.

⁺⁾ Vgl. Fußnoten auf S. 93

4. Die Geschäftsstruktur der Kreditgenossenschaften und der Zentralkassen

a) Umfang und Art der Kreditverflechtung

Ende 1962 sind 758 gewerbliche und 1449 ländliche Kreditgenossenschaften sowie 5 gewerbliche und 13 ländliche Zentralkassen erfaßt. ¹⁴⁷⁾

Auf Grund der gegliederten Bilanzen ergeben sich folgende Verflechtungen:

Jeweils i v H des Bilanzvolumens

	1950	1954	1958	1962
1. Notenbank	5/21 + 16	6/ 9 + 3	8/ 1 - 7	7/ - - 7
2. Geschäftsbk.	$\frac{21/20}{-/ 3} + 2$	$\frac{16/17}{3/ 7} + 5$	$\frac{19/18}{5/ 9} + 3$	$\frac{18/16}{5/10} + 3$
3. privater S.	$\frac{43/43}{3/ -} - 3$	$\frac{45/52}{9/ 1} - 1$	$\frac{36/59}{13/ -} + 10$	$\frac{35/58}{19/ 1} + 5$
4. öffentl. S.	$\frac{-/ 2}{21/1} - 18$	$\frac{-/ 3}{13/ 1} - 9$	$\frac{1/ 3}{7/ -} - 5$	$\frac{1/ 4}{4/ 1} -$
5. Wertpapiere	1/ - - 1	2/ - - 2	5/ - - 5	6/ - - 6
6. Ausland	-/ - -	-/ - -	-/ - -	-/ - -
7. eigene Mittel	6/10 + 4	6/10 + 4	6/10 + 4	5/10 + 5

In den Jahren 1950 und 1954 werden die negativen Salden aus der Verflechtung mit dem privaten, öffentlichen und Wertpapiersektor mit Mitteln finanziert, die im Interbankverkehr, bei der Notenbank oder als eigene zur Verfügung stehen.

¹⁴⁷⁾ Vgl. Monatsbericht der BB vom Dezember 1963, Tab. III B 1. Während bis einschließlich Dezember 1954 diejenigen ländlichen Kreditgenossenschaften berichtspflichtig waren, die zum 31.3.1948 eine Bilanzsumme von 2 Mio RM und mehr hatten, sind ab Januar 1955 die Institute erfaßt, deren Bilanzsumme am 31.12.1953 500 Tsd DM und mehr betrug.

Die Zunahme der privaten und öffentlichen Einlagen versetzt die Genossenschaften in die Lage, von einer Refinanzierung bei der Notenbank Abstand zu nehmen. Den anderen Geschäftsbanken gegenüber besteht nach wie vor eine Schuldnerposition. Dem Wertpapiersektor werden Mittel zur Verfügung gestellt. Die Eigenkapitalbasis bleibt im wesentlichen gleich. Sie macht rund 4% - 5% des Bilanzvolumens aus.

b) Die Kreditverflechtung der Kreditgenossenschaften mit dem privaten Sektor

Die Kreditgenossenschaften wurden im Zuge der Genossenschaftsbewegung als Selbsthilfeeinrichtungen geschaffen.¹⁴⁸⁾ Im ländlichen Bereich gelten sie als die Banken des Dorfes, im gewerblichen sind sie vornehmlich die Banken des städtischen Mittelstandes. Dies sagt schon das Wesentliche über ihren Kundenkreis aus. Das Hauptgewicht liegt auf der Verbindung mit dem privaten Sektor. Insbesondere sticht der kurzfristige Einlagenüberhang hervor. Bei Gesamteinlagen von Nichtbanken in Höhe von 8,6 Mrd DM im Jahr 1958 entfallen rund 60% (5,1 Mrd DM) allein auf Spareinlagen.¹⁴⁹⁾ Die Verbindung mit den Haushalten ist demnach sehr eng. Allerdings sind darin in nicht geringem Maße Spareinlagen von Kleinbetrieben und Handwerkern sowie von Landwirten enthalten. Gerade in diesem Bereich wird die Trennung zwischen Haushalt und Unternehmen sehr schwierig. Der Einleger

148) Vgl. Bading, A., Ländliche Kreditgenossenschaften, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, a. a. O., S. 1097 ff., und Lang, J., Gewerbliche Kreditgenossenschaften, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, a. a. O., S. 721 ff.

149) Vgl. Monatsbericht der BB vom März 1963, Tab. III A 7. Ende Oktober 1958 betragen die Spareinlagen 4,9 Mrd DM. Davon entfallen 4,7 Mrd DM auf Privatpersonen. Das sind rund 95% aller Spareinlagen. Vgl. Monatsbericht der BB vom Januar 1959 (Sondererhebung über Spar- und Termineinlagen zum 31. Oktober 1958), S. 57 ff.

dürfte oft selbst nicht wissen, ob er die Einlage seinem Betriebe oder seinem Haushalt zuordnen soll.

Auf der Aktivseite betragen die kurz- und mittelfristigen Kredite ein Mehrfaches der längerfristigen. Dies ist bei den Kreditgenossenschaften erstaunlich, weil sie auf Grund ihres Kundenstammes mit einem stetigen Zuwachs von Spareinlagen rechnen können und deshalb vermehrt auch längerfristige Kredite geben könnten.

c) Die Kreditverflechtung der Kreditgenossenschaften und Zentralkassen mit dem öffentlichen Sektor

Auf der Aktivseite steht die langfristige Verflechtung in Form der Ausgleichsforderungen. Sonstige längerfristige Kredite an den öffentlichen Sektor bestehen in nennenswertem Umfange nicht. Der Anteil der Ausgleichsforderungen nimmt daher mit Vergrößerung des Bilanzvolumens von 21% auf 4% ab. Von den kleineren Kreditgenossenschaften hat außerdem die Bundesbank einen Teil der Ausgleichsforderungen übernommen.

Die Einlagen der öffentlichen Hand machen rund 4% des Bilanzvolumens aus. Davon entfallen 1958 bei Gesamteinlagen von Mio DM 433 41% auf Termingelder, ¹⁵⁰⁾ die vornehmlich von den Gemeinden und Gemeindeverbänden stammen dürften. Eine entsprechende Erhebung der Bundesbank fehlt.

d) Die Interbankverflechtung der Kreditgenossenschaften und Zentralkassen

da) Die Stellung gegenüber der Notenbank:

Während zu Beginn des Berichtszeitraums bei der Notenbank hohe Re-

150) Vgl. Monatsbericht der BB vom März 1961, Tab. III A 7.

finanzierungskredite in Anspruch genommen werden, brauchen die Genossenschaften 1962 auf eine Refinanzierung bei der Zentralbank nicht mehr zurückgreifen. Der 1962 ausgewiesene Nettosaldo gegenüber der Notenbank ist mit 7% relativ hoch (Sparkassen 5%). Dies läßt auf eine hohe Reservenhaltung der Genossenschaften schließen.

db) Die Stellung gegenüber den anderen Banken:

Im Interbankverkehr weisen die Kreditgenossenschaften eine Schuldnerstellung aus. Allerdings ist dabei zu beachten, daß nicht alle Kreditgenossenschaften in der Bankenstatistik erfaßt sind und daß die Deutsche Genossenschaftskasse den Kreditinstituten mit Sonderaufgaben zugeordnet ist. In einer Gesamtbetrachtung gehört der Genossenschaftssektor im Interbankverkehr zu den Geldgebern. Der Gläubigersaldo macht Mitte 1959 321 Mio DM aus.¹⁵¹⁾

e) Die Wertpapierverflechtung der Kreditgenossenschaften und Zentralkassen

Die Aufgliederung des Wertpapierbestandes der Kreditgenossenschaften ist nicht möglich, weil in den Bundesbankberichten eine entsprechende Aufschlüsselung fehlt. Der Wertpapierbestand (einschließlich Konsortialbeteiligungen) beträgt Ende 1962 1647 Mio DM.¹⁵²⁾ Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie Kassenobligationen sind in größerem Umfange nicht angekauft (Kassenobligationen nur in Höhe von 155 Mio DM) worden.

Schuldverschreibungen der Kreditgenossenschaften und Zentralkassen sind Ende 1962 nicht im Umlauf.¹⁵³⁾

151) Vgl. Monatsbericht der BB vom November 1959, S. 7.

152) Vgl. Monatsbericht vom Dezember 1963, Tab. III B 1.

153) ebenda

f) Die Kreditverflechtung der Kreditgenossenschaften und Zentralkassen mit dem Ausland

Die Verbindung der Genossenschaften mit dem Ausland ist unbedeutend. In der Gegenüberstellung der prozentualen Werte kommt sie gar nicht zum Ausdruck.

Der auf den Genossenschaftssektor entfallende Anteil an allen Auslandsaktiva beträgt Ende Juni 1963 1,5%, der Anteil an den Auslandspassiva 1,2%¹⁵⁴⁾. Insgesamt ergibt sich eine kleine Gläubigerstellung gegenüber dem Ausland.

154) Vgl. Monatsbericht der BB vom August 1963, S. 11.

Zusammengefaßte Bilanzen der Hypothekenbanken
und öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten⁺⁾

Aktiva in Mio DM

	1950	%	1954	%	1958	%	1962	%
Kurzfr. Forderungen gegenüber:								
1. Notenbank ⁺⁾	8	-	35	-	30	-	36	-
2. Geschäftsbk.	200	9	1674	16	1213	5	2271	6
3. privater S.	30	1	146	1	185	1	332	1
4. öffentl. S.	17	1	42	-	51	-	86	-
5. Ausland	-	-	-	-	-	-	-	-
6. Summe der kurzfr. Ford.	255	11	1897	17	1479	6	2725	7
Langfr. Forderungen gegenüber:								
7. Geschäftsbk.	52	2	72	1	227	1	399	1
8. privater S.	1443	62	6775	61	15810	70	29100	73
9. öffentl. S.	497	21	1560	15	3860	17	5410	14
10. Wertpapiere	34	1	435	4	749	4	1268	3
11. Ausland	.	-	.	-	.	-	44	-
12. Summe der langfr. Ford.	2026	86	8842	81	20646	92	36221	91
13. Sonstige Aktiva	67	3	264	2	459	2	953	2
14. Bilanzvolumen	2348	100	11003	100	22584	100	39899	100

Quellen: Statistisches Handbuch der BdL 1948 - 1954, Tab. III B 1 und C 1, Monatsbericht der BB vom Februar 1963, Tab. III A 1 und B 1.

⁺⁾ Vgl. Fußnote auf S. 92.

Zusammengefaßte Bilanzen der Hypothekenbanken
und öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten⁺⁾

Passiva in Mio DM

	1950	%	1954	%	1958	%	1962	%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber:								
1. Notenbank ⁺⁾	97	4	38	-	3	-	4	-
2. Geschäftsbk.	81	3	264	3	68	-	135	-
3. privater S.	4	-	79	1	240 ^{ts)}	1	226	1
4. öffentl. S.	7	-	30	-	30 ^{ts)}	-	11 ^{ts)}	-
5. Ausland	-	-	-	-	-	-	-	-
6. Summe der kurzfr. Verbindlichk.	189	7	374	4	341	1	376	1
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber:								
7. Geschäftsbk.	330	13	799	7	1804	8	3590	9
8. privater S.	19	1	992	8	858	4	791	2
9. öffentl. S.	510	22	3026	27	6292	28	9244	23
10. Wertpapiere	847	34	4605	41	11248	50	22456	56
11. Ausland	.	-	.	-	.	-	18	-
12. Summe der langfr. Verbindlichk.	1706	70	9422	83	20202	90	36089	90
13. Sonstige Passiva	572	23	1447	13	2221	9	3584	9
14. Bilanzvolumen	2467	100	11243	100	22764	100	40049	100

Differenzen:⁺⁾ -119 -240 -180 -150

Quellen: Statistisches Handbuch der BdL 1948 - 1954, Tab. III B 1
und C 1, Monatsbericht der BB vom Februar 1963, Tab.
III A 1 und B 1.

⁺⁾ Vgl. Fußnoten auf S. 93

ts) geschätzt.

5. Die Geschäftsstruktur der Hypothekenbanken und öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten

a) Umfang und Art der Kreditverflechtung

Ende 1962 sind 30 private Hypothekenbanken und 18 öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten erfaßt.¹⁵⁵⁾ Satzungsgemäß betätigen sich diese Institute auf dem Gebiete des langfristigen Kreditgeschäfts gegen grundpfandrechtliche und kommunale Sicherheiten.¹⁵⁶⁾

Die gegliederten Bilanzen zeigen folgende Verflechtungen:

155) Vgl. Monatsbericht der BB vom Dezember 1963, Tab. III B 1.

156) Vgl. Barlet, Kurt, Hypothekenbanken, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, a. a. O., S. 813 ff.

Die bedeutendsten privaten Hypothekenbanken sind:

	Bilanzsumme 1962 ^{+) (Mio DM)}	Großaktionäre ⁺⁺⁾
Frankfurter Hypothekenbank	2122	
Deutsche Centralbodenkredit-AG	1801	Deutsche Bank (25%)
Württembergische Hypothekenbank	1353	Bay. Hyp. -u. Wechselbank (über 50%)
Deutsche Hypothekenbank	1094	Deutsche Bank (25%)
		Dresdner Bank (25%)
		Commerzbank (üb. 25%)
Rheinische Hypothekenbank	1084	Commerzbank (üb. 25%)
Rheinisch-Westfälische Boden-Credit-Bank	1042	
Pfälzische Hypothekenbank	830	Deutsche Bank (27%)
		Dresdner Bank (25%)
		Bay. Hyp. -u. Wechselbank (üb. 25%)

Die größten öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten sind:

Bayerische Landesbodenkreditanstalt	4818
Deutsche Pfandbriefanstalt	3125
Württembergische Landeskreditanstalt	2742

^{+) Vgl. Bilanzveröffentlichungen in: "Der Volkswirt" und Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen.}

^{++) Vgl. Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank, a. a. O.}

Jeweils i vH des Bilanzvolumens

	1950	1954	1958	1962
1. Notenbank	- / 4 + 4	- / - -	- / - -	- / - -
2. Geschäftsbk.	$\frac{9/3}{2/13} + 5$	$\frac{16/3}{1/7} - 7$	$\frac{5/-}{1/8} + 2$	$\frac{6/-}{1/9} + 2$
3. privater S.	$\frac{1/-}{62/1} - 62$	$\frac{1/1}{61/8} - 53$	$\frac{1/1}{70/4} - 66$	$\frac{1/1}{73/2} - 71$
4. öffentl. S.	$\frac{1/-}{21/22} -$	$\frac{-/-}{15/27} + 12$	$\frac{-/-}{17/28} + 11$	$\frac{-/-}{14/23} + 9$
5. Wertpapiere	1/34 +33	4/41 +37	4/50 +46	3/56 +53
6. Ausland	- / - -	- / - -	- / - -	- / - -
7. eigene Mittel	3/23 +20	2/13 +11	2/9 + 7	2/9 + 7

In der Verbindung mit dem privaten Sektor und in der Verflechtung mit der öffentlichen Hand überwiegen die langfristigen Positionen. Der private Sektor, auf den rund zwei Drittel des Bilanzvolumens entfallen, nimmt eine starke Schuldnerposition ein. An zweiter Stelle kommt der Wertpapiersektor, der den Realkreditinstituten gegenüber eine Gläubigerstellung ausweist. Auch der öffentliche Sektor stellt Mittel zur Verfügung. In der Interbankverflechtung ergibt sich 1954 eine Schuldnerstellung der anderen Banken, während diese sonst eine Gläubigerposition ausweisen.

Die Realkreditinstitute finanzieren demnach den Gläubigersaldo gegenüber dem privaten Sektor mit Mitteln, die vom Wertpapiersektor und von der öffentlichen Hand stammen. Der relative Rückgang der eigenen Mittel von 20% auf 7% ist auf die starke Zunahme der Bilanzvolumina zurückzuführen.

b) Die Kreditverflechtung der Realkreditinstitute mit dem privaten Sektor

Die langfristige Kreditgewährung entspricht der Zweckbestimmung der Realkreditinstitute. Deshalb beherrschen auch die langfristigen Ausleihungen das Bilanzbild, wobei insbesondere die Kredite an den privaten Sektor im Vordergrund stehen. Alle Banken zusammen haben an den privaten Sektor 1962 langfristige Kredite in Höhe von insgesamt 88,9 Mrd DM gegeben. Mit 29,1 Mrd DM entfallen davon allein auf die Realkreditinstitute 33%.¹⁵⁷⁾

c) Die Kreditverflechtung der Realkreditinstitute mit dem öffentlichen Sektor

Die bedeutendste Position in dieser Verflechtung sind die längerfristigen Verbindlichkeiten gegenüber dem öffentlichen Sektor. Sie machen den Anteil von 22% - 28% des Bilanzvolumens aus. Die Realkreditinstitute weisen diese Mittel als bei öffentlichen Stellen aufgenommene Fremdgelder aus. Größtenteils sind sie an den privaten Sektor wieder ausgelegt und für den Wohnungsbau bestimmt.

Die langfristigen Forderungen gegenüber dem öffentlichen Sektor betragen 1958 17% und 1962 14%. Nach Abzug der Ausgleichs- und Deckungsforderungen verbleiben noch 14% bzw. 12%, die echte langfristige Kredite an den öffentlichen Sektor darstellen. Sie dürften vornehmlich an Gemeinden, Gemeindeverbände, Städte und Kreise gegeben sein.

d) Die Interbankverflechtung der Realkreditinstitute.

Die größte aktivische Position sind die kurzfristigen Forderungen gegenüber den anderen Geschäftsbanken. Die Guthaben bei der Noten-

¹⁵⁷⁾ Vgl. Monatsbericht der BB vom Dezember 1963, Tab. III A 1.

bank fallen kaum ins Gewicht, weil die Realkreditinstitute keine oder nur wenig mindestreservepflichtige Einlagen haben. Die meisten Guthaben entfallen vielmehr auf Guthaben der Realkreditinstitute bei Geschäftsbanken. Diese Guthaben resultieren zum Teil aus den Beträgen, die sich durch die Auszahlung von Hypotheken an Private ergeben, zum Teil auch aus den zurückfließenden Zins- und Tilgungsleistungen. Nicht zuletzt spielen auch die Verkäufe von Pfandbriefen und Schuldverschreibungen an die Geschäftsbanken eine Rolle.

Ferner halten die Realkreditinstitute aus Liquiditätsgründen kurz- und mittelfristige Einlagen beim Geschäftsbankensektor. Diese Guthaben stehen bei den Banken, zu denen eine besonders enge Verbindung besteht, meist sogar über eine Beteiligung. Die privaten Hypothekenbanken werden deshalb mehr mit den Groß- und Kreditbanken, die öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten mehr mit dem Sparkassensektor arbeiten.

Von den 1958 im Interbankverkehr längerfristig aufgenommenen Fremdgelder in Höhe von 1,2 Mrd DM stammt beinahe die Hälfte von der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Berliner Industriebank AG.¹⁵⁸⁾ Der Anteil dieser Mittel weist in den späteren Jahren eine rückläufige Tendenz auf. Es sind größtenteils zweckgebundene Gelder, die auf der Aktivseite in den langfristigen Ausleihungen an den privaten und öffentlichen Sektor enthalten sind.

e) Die Wertpapierverflechtung der Realkreditinstitute

Die aktivische Verflechtung macht den geringen Anteil bis zu 4% aus. Von dem gesamten Wertpapierbestand entfallen 1958 und 1962 über 70% auf Papiere der öffentlichen Hand.¹⁵⁹⁾

158) Vgl. Monatsbericht der BB vom Dezember 1961, Tab. III B 1.

159) Vgl. Monatsberichte der BB vom November 1959, Tab. III A 3, und Dezember 1963, Tab. III A 2.

Die passivische Verflechtung ist dagegen besonders hoch. Auf sie entfällt 1962 mehr als die Hälfte des gesamten Bilanzvolumens.

f) Die Kreditverflechtung der Realkreditinstitute mit dem Ausland

Die auf das Ausland entfallenden Positionen sind unbedeutend. Von den gesamten Auslandsaktiva und Auslandspassiva stehen bei den Realkreditinstituten jeweils nur Beträge in Höhe von 0,4%.¹⁶⁰⁾

III. Die Geschäftsstruktur und die Stellung der Bankengruppen im Geldkreislauf

In den vorangehenden Betrachtungen haben wir an Hand der zusammengefaßten und sektoral gegliederten Bilanzen die strukturellen Verhältnisse bei den Bankengruppen festgestellt. Der Einblick in die strukturellen Gegebenheiten macht es uns nun möglich, die Stellung der einzelnen Bankengruppen im Geldkreislauf auf Grund ihrer Geschäftsstruktur zu deuten.

Ausgangspunkt in den folgenden Betrachtungen sind die charakteristischen Kreditverflechtungen der Bankengruppen.

1. Großbanken:

Kennzeichnend ist eine enge Verbindung mit dem privaten Sektor, wobei das Schwergewicht auf der Verbindung mit den Unternehmen der Industrie liegt.

Alle Auszahlungen der mit den Großbanken arbeitenden Unternehmen und alle Einzahlungen für diese Unternehmen sind meist auch Ein- und Auszahlungen für die Großbanken. Sparen die Haushalte und halten

160) Vgl. Monatsbericht der BB vom August 1963, S. 11.

die Unternehmen ihre Investitionen aufrecht, dann werden dem Geldkreislauf zwischen den Unternehmen und den Haushalten ständig Mittel entzogen. Bei den Unternehmen entstehen Ausgabenüberschüsse. Die Ausgabenüberschüsse der Unternehmen werden zu Auszahlungsüberschüssen der Großbanken, wenn die Haushalte die dem Geldkreislauf entzogenen Sparbeträge bei anderen Banken einzahlen. Die Auszahlungen der Unternehmen, die auf Grund der Lohn- und Gehaltszahlungen erfolgen, kehren nicht mehr voll, sondern gekürzt um die Sparbeträge zu den Unternehmungen bzw. Großbanken zurück. Die Großbanken weisen im Zahlungsverkehr mit dem privaten Sektor einen negativen Zahlungsverkehrssaldo aus. Bei steigendem Volkseinkommen und steigenden Umsätzen wird im Normalfall ohnedies ein Teil der Beträge außerhalb des Banksektors verbleiben und zur Erhöhung der Kassenbestände der Nichtbanken dienen.

Nach dem bis 1954 ausgewiesenen Schuldnersaldo des privaten Sektors zu schließen, ist im Geldkreislauf zwischen den Großbanken und dem privaten Sektor ein ständiger Mittelentzug gegeben. Nach 1958 wird aus der Schuldnerposition des privaten Sektors eine Gläubigerstellung. Hierfür ist aber nicht ein positiver Zahlungsverkehrssaldo aus der Verbindung mit dem privaten Sektor ausschlaggebend. Der Wechsel vom Schuldner zum Gläubiger wird vornehmlich durch einen Abbau der Kredite an die Unternehmungen erreicht. Ein Teil der Kredite wird langfristig umgeschuldet und durch Wertpapieremissionen abgelöst.¹⁶¹⁾ Die Großbanken haben diese Papiere vielfach selbst in ihr Portefeuille übernommen. Berücksichtigt man in einer Nettobetrachtung auch die Wertpapiere, dann bleibt die Gläubigerstellung der Großbanken gegenüber dem privaten Sektor erhalten.

161) Zur Entwicklung der Wertpapieremissionen und Aktienauflegung der industriellen Unternehmen vgl. Tab. V 1 der neueren Bundesbankberichte.

Ein anderer Mittelentzug im Geldkreislauf zwischen dem privaten Sektor und den Banken entsteht durch die Abzweigung von Geldbeträgen für Steuerzahlungen und andere öffentliche Abgaben. Könnte unterstellt werden, daß die anderen Bankengruppen in der Verflechtung mit dem öffentlichen Sektor gleich viel Zahlungsausgänge wie Zahlungseingänge zu verzeichnen hätten, so wäre auch bei den Großbanken der Mittelentzug durch die öffentliche Hand gleich hoch wie der Mittelzugang, denn die Verflechtung mit dem öffentlichen Sektor selbst ist im großen und ganzen ausgeglichen. 1962 besteht sogar ein kleiner Einlagenüberhang. Die Mittelvergabe an den öffentlichen Sektor wird also durch öffentliche Einlagen kompensiert.

Den negativen Saldo im Zahlungsverkehr mit dem privaten Sektor finanzieren die Großbanken durch eine Kreditaufnahme im Interbankverkehr und bei der Notenbank. Mit dem Rückgang der Schuldnerstellung des privaten Sektors benötigen die Großbanken deshalb auch weniger Kredite bei der Notenbank. Die Schuldnerstellung der Großbanken gegenüber den anderen Geschäftsbanken bleibt jedoch nach wie vor bestehen.

2. Kreditbanken (ohne Großbanken):

Auch hier ist eine enge Verbindung mit dem privaten Sektor gegeben. Der private Sektor weist den Kreditbanken gegenüber eine starke Schuldnerposition aus. Ursache hierfür ist wieder die Zusammensetzung des Kundenkreises der Kreditbanken, der überwiegend aus Unternehmungen besteht. Im Geldkreislauf kehren die von den Haushalten aus deren Lohn- und Gehaltseinkommen abgezweigten Spargelder nicht mehr voll zu den Kreditbanken zurück. Sie sammeln sich bei den Bankengruppen an, die verstärkt mit den Haushalten arbeiten.

Dem öffentlichen, dem Wertpapiersektor und dem Ausland gegenüber

nehmen die Kreditbanken eine Schuldnerstellung ein. Der Gläubigersaldo aus der Verbindung mit dem privaten Sektor wird folglich mit Geldern finanziert, die vom öffentlichen Sektor und Wertpapiersektor sowie vom Ausland stammen oder im Interbankverkehr aufgenommen sind. Auch bei der Notenbank werden Kredite in Anspruch genommen.

3. Sparkassenbereich:

Zum privaten Sektor besteht eine enge Beziehung. Auf der Einlagen-
seite dominieren die Spareinlagen. Demnach ist eine starke Verflechtung mit den Haushalten gegeben.

Im Geldkreislauf mit dem privaten Sektor können die Sparkassen deshalb damit rechnen, daß von den für Lohn- und Gehaltszahlungen an die Unternehmungen gegebenen Kredite der größte Teil wieder in ihren Bereich zurückfließt. Die Spargelder, die von anderen Bankengruppen über Kredite für Lohn- und Gehaltszahlungen finanziert sind und zu den kreditgebenden Banken nicht zurückkehren, bewirken bei den Sparkassen einen vermehrten Geldzufluß.

Die Verbindung mit dem öffentlichen Sektor ist im wesentlichen ausgeglichen. Dies wird hauptsächlich durch die Ausleihung von kurzfristigen Mitteln auf langfristiger Basis erreicht. Von den öffentlichen Einlagen entfällt der größte Teil auf Einlagen, die von den Gemeinden und den Gemeindeverbänden stammen. Von dem Mittelentzug in Form von kommunalen Steuern und Abgaben aus dem Geldkreislauf zwischen den anderen Bankengruppen und dem privaten Sektor verzeichnen die Sparkassen demnach einen verstärkten Mittelzufluß.

Den anderen Bankengruppen gegenüber sind die Sparkassen Gläubiger. Auch dem Wertpapiersektor gegenüber nehmen sie eine Gläubigerposition ein.

4. Genossenschaftsbereich:

Die Verbindung mit dem privaten Sektor dominiert. Die starken Zugänge von Spareinlagen lassen eine enge Verflechtung mit den Haushalten erkennen.

Die Genossenschaften sind hinsichtlich ihrer Stellung im Geldkreislauf mit den Sparkassen zu vergleichen. Auf Grund ihrer Verbindung mit den Haushalten können sie mit einem relativ großen Spareinlagenzufluß rechnen.

Dem öffentlichen Sektor gegenüber besteht eine Gläubigerposition. Da 'echte' Ausleihungen an den öffentlichen Sektor nur in geringer Höhe bestehen, resultiert die Gläubigerstellung der Genossenschaften zum großen Teil aus den Deckungs- und Ausgleichsforderungen. Einen Mittelzugang in Form von Einlagen der Kommunen weisen die Genossenschaften jedoch in dem Maße, wie ihn die Sparkassen verzeichnen können, nicht aus.

Im Interbankverkehr sind die Genossenschaften (in einer Gesamtbetrachtung) Geldgeber. Auch dem Wertpapiersektor gegenüber besteht eine Gläubigerposition.

5. Realkreditinstitute:

Die Realkreditinstitute sind Banken des langfristigen Kreditgeschäfts. Die Mittel hierfür werden über den Wertpapiersektor durch Auflegung von Pfandbriefen und Schuldverschreibungen beschafft. Dem Wertpapiersektor gegenüber ergibt sich dadurch eine starke Verschuldung. Außerdem stammt ein Teil der ausgelegten Mittel vom öffentlichen Sektor, dem gegenüber eine Schuldnerstellung besteht. In der Interbankverflechtung sind die Realkreditinstitute Gläubiger.

Im Geldkreislauf stehen die Realkreditinstitute zuerst als aufneh-

mender Sektor, der Mittel vom privaten und öffentlichen Sektor anzieht und diese dann wieder an die gleichen Sektoren abgibt.

Bekannt sind uns bis jetzt die Entwicklung der bilanzmäßigen Liquidität und die Verflechtungen der Bankengruppen mit den Wirtschaftssektoren. Im Zuge der Untersuchungen der Geschäftsstruktur der Bankengruppen wurde bereits - der Tendenz nach - die Entwicklung der Liquidität des Geschäftsbankensystems insgesamt und die der einzelnen Bankengruppen ersichtlich. Gleichzeitig konnten auch Aussagen über die Liquiditätssalden zwischen den Bankengruppen gemacht werden. Die Ergebnisse sind jedoch noch zu allgemein. Wir untersuchen deshalb im folgenden die Liquiditätsentwicklung des gesamten Geschäftsbankensystems und die im Rahmen dieser Gesamtentwicklung auftretenden Liquiditätssalden zwischen den Bankengruppen im einzelnen.

C. Die Liquiditätsentwicklung und die Liquiditätspolitik der Bankengruppen

An Hand der Veränderungen der Bilanzpositionen wurde zu Beginn des II. Teils eine absolute und relative Zunahme der bilanzmäßigen Liquidität der Bankengruppen festgestellt.

Da die Liquiditätslage einer Bank von der des gesamten Banksystems abhängig ist und beeinflußt wird und bei einem Vergleich der Liquiditätssituation der Einzelbanken die jeweilige Liquiditätslage des gesamten Geschäftsbankensystems zu berücksichtigen ist, werden die Bestimmungsgründe für die Entwicklung der Liquidität des gesamten Geschäftsbankensystems untersucht. Danach wird festgestellt, ob im Rahmen der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung die Voraussetzungen gegeben sind, die ein Zustandekommen von Liquiditätssalden zwischen den einzelnen Bankengruppen bewirken. Sind die wirtschaftlichen Vor-

aussetzungen hierfür erfüllt und treten zwischen den Bankengruppen effektive Liquiditätssalden auf, dann können auf Grund dieser Liquiditätssalden und der von den Bankengruppen betriebenen Kreditpolitik im Sinne einer mehr oder weniger expansiven Kreditvergabe Rückschlüsse auf die Zusammenhänge zwischen Bankenstruktur und Bankenliquidität gezogen werden.

Zuerst betrachten wir die für die Geldversorgung durch die Notenbank relevanten Faktoren.

I. Die Entwicklung der Versorgung des Banksystems mit Zentralbankgeld

Als originäre und hoheitliche Liquiditätsquelle fungiert die Notenbank. Wie wir im Rahmen der theoretischen Abhandlungen des I. Teils gesehen haben, wird im Banksystem der Bestand an Notenbankgeld (bei gleichbleibenden Zahlungssitten der Nichtbanken) erhöht durch

- a) Die Refinanzierung der Banken bei der Zentralbank,
- b) Notenbankdirektkredite an Nichtbanken,
- c) den Ankauf von Gold und Devisen.

Notenbankdirektkredite an Nichtbanken treten in Form einer Kreditvergabe der Zentralbank an den Staat auf und führen der Wirtschaft und damit auch den Banken zusätzliches Zentralbankgeld zu. Auch über den Verkauf von Gold und Devisen an die Notenbank erhalten die Banken Zentralbankgeld. Das erste ist die staatliche, das zweite die außenwirtschaftliche Komponente in der Geldversorgung.¹⁶²⁾ Je mehr Geld über die staatliche oder außenwirtschaftliche Komponente in die Wirtschaft fließt, um so geringere Bedeutung kommt der Refinanzierung der Kreditinstitute bei der Notenbank zu. Die Refinanzierung wird zur Ausgleichskomponente.

162) Vgl. Ehrlicher, Werner, Geldtheorie, in: HdSW, S. 254.

Unter Berücksichtigung dieser Zusammenhänge untersuchen wir nun im folgenden die Entwicklung in der Liquiditätsversorgung des gesamten Banksystems.

1. Die Refinanzierung bei der Notenbank:

Unmittelbar nach der Währungsreform war die Refinanzierung der Banken beim Zentralbanksystem in der Liquiditätsversorgung der bedeutendste Faktor. Im Jahr 1950 macht ihr Anteil am gesamten Bilanzvolumen der Banken 12% aus.¹⁶³⁾ Der Rückgriff auf die Notenbank erfolgte dabei überwiegend über die Rediskontierung von Handelswechseln. Der Refinanzierungsbedarf ging dann bis 1954 stark zurück und erreicht 1958 und in den folgenden Jahren nur noch den minimalen Anteil von 1%.

2. Die außenwirtschaftliche Komponente:

Ab 1951 beeinflußt die außenwirtschaftliche Komponente die Geldmenge entscheidend.¹⁶⁴⁾ Das Anschwellen der Devisenreserven bei der Notenbank führte zu einem starken Zustrom von Zentralbankgeld. Der Wirtschaft sind von 1950 bis 1962 aus den Überschüssen der Leistungs- und Kapitalbilanz über 25 Mrd DM zugeflossen.

Saldo der Leistungs- und Kapitalbilanz (Mrd DM)

1950	-0,2	1957	+3,4
1951	+2,4	1958	+3,6
1952	+2,5	1959	-2,2
1953	+3,8	1960	+6,2
1954	+3,2	1961	-2,2
1955	+1,7	1962	-0,9
1956	+4,5	Summe	+25,8

Quelle: Monatsbericht der BB vom März 1963, S. 14 f.

¹⁶³⁾ Vgl. S. 96

¹⁶⁴⁾ Vgl. Köhler, Claus, a.a.O., S. 30 ff.

Die Banken konnten dadurch nicht nur den durch den Aufschwung erhöhten inländischen Geldbedarf decken und die parallel laufende Auffüllung der Kassenbestände und Notenbankguthaben vornehmen, sondern auch die Schulden bei der Notenbank weitgehend abbauen.

3. Die staatliche Komponente:

Durch die Verschuldung von Bund und Ländern bei der Notenbank wurden der Wirtschaft nach der Währungsreform zunächst liquide Mittel zur Verfügung gestellt. Aber bereits nach 1950 konnten die überregionalen staatlichen Stellen an dem allgemeinen Aufschwung partizipieren und erhöhte Steuereinnahmen erzielen. Diese befähigten sie, mit dem Abbau der kurzfristigen Schulden bei der Notenbank zu beginnen. Die Kassenlage des Fiskus blieb günstig. Durch die anhaltenden Überschüsse der staatlichen Stellen im Zahlungsverkehr mit der Notenbank wurden Milliardenbeträge neutralisiert. Trotzdem konnte auch dadurch der über die außenwirtschaftliche Komponente erfolgende Zustrom von neuem Notenbankgeld nicht voll abgeschöpft werden. Ab 1957 wirkte dann die staatliche Komponente über die Mittelverausgabung der früher als Einlagen bei der Notenbank stillgelegten Beträge nicht mehr kontraktiv, sondern eher expansiv. Im wesentlichen handelte es sich dabei um Zahlungen für Verteidigungslasten und um Zahlungen für Entwicklungshilfe.

Der Anstieg der Liquidität im Banksystem wurde demnach durch die starken Überschüsse in der Leistungs- und Kapitalbilanz sowie durch den Abbau und die Verausgabung der öffentlichen Guthaben bei der Notenbank hervorgerufen.

Für die Banken war und ist ferner von Bedeutung, daß die Notenbank für einen Teil der staatlichen Schuldenpapiere (Schatzwechsel) eine Refinanzierungszusage gegeben hat. Über diese Papiere können die Banken die Verschuldung des Staates bei der Notenbank beeinflussen. Sie

können die in ihrem Besitz befindlichen Papiere an die Notenbank zurückgeben und sich auf diesem Wege zusätzliches Notenbankgeld beschaffen.

Die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Liquidität verlief also im Berichtszeitraum äußerst günstig. Die Liquiditätssalden zwischen den Bankengruppen können deshalb nicht allzu groß sein. Treten nämlich bei den einzelnen Bankengruppen liquiditätsmäßige Anspannungen auf, so brauchen diese nur kurzfristig ausgeglichen zu werden. Eine zurückhaltende Kreditvergabe bei steigender gesamtwirtschaftlicher Liquidität wird die Anspannung wieder aufheben.

Bevor wir jedoch auf die Liquiditätspolitik der Bankengruppen übergehen, wollen wir noch die effektiven Liquiditätssalden und die Tatbestände, die sie bewirkt haben, untersuchen.

II. Die Liquiditätssalden und ihr Ausgleich

1. Die Voraussetzungen für das Entstehen von Liquiditätssalden

Die gesamtwirtschaftlichen Voraussetzungen für das Entstehen von Liquiditätssalden zwischen den Banken sind (bei gegebener Geschäftsstruktur und gleichbleibender Zentralbankgeldmenge) auf seiten der Haushalte das Einlagensparen und auf seiten der Unternehmungen eine Kreditfinanzierung der Investitionen. Untersuchen wir zuerst die Ersparnisbildung.

Der Anteil der privaten Haushalte an der gesamten Ersparnisbildung steigt von 1950 bis 1960 von 16% auf 30%.¹⁶⁵⁾ Die bevorzugte Anlage-

165) Die Ersparnisbildung der privaten Haushalte umfaßt die Zunahme der Ersparnisse der Unternehmer- und Arbeitnehmerhaushalte. Sie sagt über die Vermögensbildung der Arbeitnehmerhaushalte allein nichts aus.

Vgl. Oberhauser, Alois, Finanzpolitik und private Vermögensbildung, Köln 1963, S. 150.

form ist das Einlagensparen bei Banken, auf das rund die Hälfte der Ersparnisbildung entfällt.

Ersparnis (einschließlich Vermögensübertragungen) der privaten Haushalte

	ivH der gesamten Ersparnisbildung aller Sektoren	in Mrd DM	davon als Sparein- lagen bei Banken in Mrd DM
1950	16,3	2,0	1,0
1955	19,3	6,7	3,5
1956	16,8	6,2	2,9
1957	25,2	9,9	4,7
1958	29,2	11,6	6,0
1959	28,6	12,8	6,9
1960	25,9	14,3	6,9
1961	28,6	16,4	6,4
1962	29,6	17,4	8,1

Quellen: Monatsberichte der BB vom Juli 1962, S. 60, und Mai 1963, S. 5

Die Bedingungen für das Entstehen eines Liquiditätssaldos zwischen den Banken sind damit auf seiten der privaten Haushalte gegeben. Betrachten wir nun die Verteilung der Spareinlagen auf die Bankengruppen. Von allen Spareinlagen fließen der Sparkassenorganisation über 60% und den Genossenschaften rund 19% zu.¹⁶⁶⁾ Das bedeutet, daß zugunsten dieser beiden stärker im Spargeschäft stehenden Bankengruppen Liquiditätssalden in Notenbankgeld entstanden sind.

Sehen wir nun die Entwicklung auf seiten der Unternehmen. Der Anteil der eigenen Mittel der Unternehmen an den Investitionen nimmt ab.

¹⁶⁶⁾ Vgl. S. 69

Ersparnis (einschließlich Vermögensübertragungen) der Unternehmen

	i vH der Ersparnis- bildung aller Sekto- ren	in Mrd DM
1950	43,0	5,1
1955	42,5	14,6
1956	43,5	16,1
1957	42,6	16,7
1958	46,5	18,6
1959	42,2	18,9
1960	40,7	22,4
1961	35,6	20,4
1962	32,9	19,4

Eigene Mittel⁺ der Unternehmen⁺⁺ i vH der Brutto-Investitionen

1950	} 80-90	
1955		
1956		
1957		
1958		
1959		
1960		78
1961		72
1962		71

Quellen: Monatsberichte der BB vom Juli 1962, S. 60, und Mai 1963, S. 5

Quelle: Monatsbericht der BB vom Mai 1963, S. 13.

⁺) einschließlich Wohnungsbau.

⁺) umfassen: nicht entnommene Gewinne + Vermögensübertragungen + Abschreibungen
⁺⁺) einschl. Wohnungsbau.

Wie aus der obigen Tabelle ersichtlich ist, geht der Anteil der Unternehmen an der Ersparnisbildung zurück. Auch bei Berücksichtigung der Abschreibungsbeträge sinkt der Anteil der eigenen Mittel der Unternehmungen an den Investitionen. Nun sind nach der definitorischen Abgrenzung der Bundesbank den Unternehmen auch Unselbständige insoweit zugerechnet, als sie als Bauherren von Eigenheimen tätig sind.¹⁶⁷⁾ Die Investitionen im Wohnungsbau sind in stärkerem Maße als die des gewerblichen Bereichs durch Bankkredite finanziert. Eine Zunahme der Investitionstätigkeit im Wohnungsbau führt daher statistisch auch zu einem Rückgang der eigenen Mittel der Unternehmen insgesamt. Infolge der Einbeziehung des Wohnungsbaus ergibt sich deshalb kein

¹⁶⁷⁾ Vgl. Monatsbericht der BB vom Dezember 1961, S. 16.

klares Bild, ob und in welchem Umfang der Anteil der eigenen Mittel der Unternehmen auch bei den gewerblichen Investitionen zurückgegangen ist.

In unserem Zusammenhang ist von Bedeutung, wieviel investiert und wieviel fremdfinanziert wird. Treten dabei die Sparbanken selbst in die Kreditfinanzierung ein, so ist dies für die Bildung von geschlossenen Geldkreisläufen in ihrer Organisation förderlich.

Liquiditätssalden zwischen den Banken entstehen nicht, wenn die Finanzierung der Investitionen der Unternehmungen durch eine Wertpapierhingabe an die Haushalte erfolgt. Im Vergleich zu den bei den Banken aufgenommenen Krediten ist diese Finanzierungsform nicht sehr bedeutend. Die Kreditaufnahme der Unternehmen bei den Banken liegt in den Jahren von 1950 bis 1962 jeweils zwischen 7 und 14 Mrd DM, der jährliche Absatz von Industrieobligationen beträgt dagegen nur 0,3 bis 2,2 Mrd DM.¹⁶⁸⁾ Ein Grund für die geringe Inanspruchnahme des Wertpapiermarktes von seiten der Unternehmen dürfte auch darin zu sehen sein, daß es den meisten Unternehmungen aus rechtlichen Gründen gar nicht möglich ist, Wertpapiere aufzulegen.

Zusammenfassend können wir feststellen, daß auch auf seiten der Unternehmungen die Voraussetzungen erfüllt sind, daß zugunsten der Sparbanken Liquiditätssalden in Notenbankgeld entstehen.

2. Der Ausgleich der Liquiditätssalden

Die Liquiditätssalden werden ausgeglichen, indem die Defizitbanken von den Überschußinstituten Zentranbankgeld übernehmen. Alle Formen der Liquiditätsaufnahme (aufgenommene Gelder, Kontokorrentkredite, Wechselhingabe, Abgabe von Geldmarktpapieren usw.) dienen

¹⁶⁸⁾ Vgl. Monatsberichte der BB vom Juli 1962, S. 64, und Mai 1963, S. 15.

dem gleichen Zweck: Kompensation des Zentralbankgeldverlustes. Die Stellung der einzelnen Bankengruppen am Geldmarkt zeigt somit, ob sie - der Tendenz nach-binnenwirtschaftliche Überschuß- oder Defizitbanken sind.

Ende 1962 fungieren am Geldmarkt als Geldgeber die Sparkassenorganisation mit 2,3 Mrd DM und die Hypothekenbanken mit 2,1 Mrd DM.¹⁶⁹⁾ Die Bundesbank weist ferner darauf hin, daß bei vollständiger Erfassung der Genossenschaften auch die Genossenschaftsorganisation zu den geldgebenden Gruppen gehört.¹⁷⁰⁾

Schuldner am Geldmarkt sind die Großbanken mit 0,8 Mrd DM und die sonstigen Kreditbanken mit 3,2 Mrd DM (starke Schuldner sind außerdem noch die Teilzahlungsbanken mit 2,6 Mrd DM).

Die Mittelbereitstellung auf dem Geldmarkt ist von der Anlagenpolitik der Überschubanken abhängig. Diese werden, wenn eine Liquiditätsverbesserung ihres Status vorliegt und sie diese nicht zur Ausdehnung der Kredite an Nichtbanken verwenden, eher die Verbindlichkeiten bei der Notenbank reduzieren als am Geldmarkt als Geldgeber auftreten.

Die Sparkassenorganisation und die Genossenschaften, die Gläubiger am Geldmarkt sind, haben auch tatsächlich ihre Obligen bei der Notenbank beinahe ganz abgebaut.¹⁷¹⁾ Die Schuldner am Geldmarkt, nämlich die Groß- und Kreditbanken, sind demgegenüber immer noch auf die Refinanzierung bei der Notenbank angewiesen.

Bekannt sind uns die effektiven Liquiditätssalden der Bankengruppen.

169) Vgl. Monatsbericht der BB vom Dezember 1963, S. 6.

170) ebenda, S. 5.

171) Die bestehenden Restobligen stammen vielfach auch davon her, daß die Banken Wechsel kurz vor Verfall bei der Notenbank rediskontieren. Die Notenbank übernimmt damit den für die Banken kostengünstigen Einzug der Abschnitte.

Wir wollen im folgenden noch untersuchen, welche Liquiditätspolitik die Bankengruppen betrieben haben bzw. auf Grund der Entwicklung der Liquiditätssalden betreiben konnten. Der naheliegendste Weg, interbankliche Liquiditätssalden auszugleichen oder erst gar nicht entstehen zu lassen, wäre nämlich die Ausdehnung oder Einschränkung des Kreditvolumens. Inwieweit hier die Bankengruppen ihre Möglichkeiten ausgenützt haben, zeigt ein Vergleich ihrer Liquiditätspolitik.

III. Die Liquiditätspolitik der Bankengruppen

Um die Liquiditätspolitik der Bankengruppen feststellen und vergleichen zu können, benötigen wir einen auf alle Gruppen anwendbaren Vergleichsmaßstab. Am besten eignen sich hierfür die im KWG (neu) verankerten Richtsätze II und III, in denen das Mittelaufkommen und die Mittelverwendung gegenübergestellt werden.¹⁷²⁾

In Grundsatz II werden die längerfristigen Anlagen den langfristigen Mitteln gegenübergestellt. Grundsatz III sieht einen Vergleich der kurz- und mittelfristigen Ausleihungen und sonstigen Aktiva mit den nach Meinung des Bundesaufsichtsamtes kurz- und mittelfristigen Passiva vor.¹⁷³⁾

172) Der eigentliche Zweck der KWG-Grundsätze ist die Gewährleistung einer ausreichenden Zahlungsbereitschaft der Banken. Mit Hilfe von 'konkretisierten Grundsätzen' soll eine ausreichende Liquidität der Banken erreicht werden.

173) Vgl. Geschäftsbericht der BB für 1962, S. 99 ff.

Grundsatz II⁺)

1. langfristige Kredite	1. Eigenkapital
2. Konsortialbeteiligungen	2. eigene Schuldverschreibungen im Umlauf
3. Beteiligungen	3. vorverkaufte Schuldverschreibungen
4. nicht börsengängige Wertpapiere	4. aufgenommene langfristige Darlehen
5. Grundstücke und Gebäude	5. 60% der Spareinlagen
	6. 10% der Sicht- und Termineinlagen

Grundsatz III⁺)

1. Debitoren	1. 60% der Sicht- und Termineinlagen von Nichtbanken
2. Debitorenziehungen	2. 35% der Sicht- und Termineinlagen von Kreditinstituten
3. börsengängige Dividendenwerte	3. 20% der Spareinlagen
4. sonstige Aktiva	4. 35% der aufgenommenen Gelder mit einer Laufzeit oder Kündigungsfrist von 1 Monat bis unter 4 Jahren ohne die seitens der Kundschaft bei Kreditinstituten im Ausland benutzten Kredite
	5. 80% der seitens der Kundschaft bei Kreditinstituten im Ausland benutzten Kredite
	6. 80% der umlaufenden eigenen Akzepte, Solawechsel und den Kreditnehmern abgerechneten eigenen Ziehungen
	zuzüglich des Finanzierungsüberschusses bzw. abzüglich des Finanzierungsfehlbetrages im Grundsatz II

⁺) Vgl. Grundsätze über das Eigenkapital und die Liquidität der Kreditinstitute vom 8. März 1962, abgedruckt im Geschäftsbericht der BB für 1962, S. 100 ff.

Nach Meinung des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen und nach Ansicht der Bundesbank ist bei einer Bank eine ausreichende Liquidität vorhanden, wenn die Obergrenze der Grundsätze (100%) eingehalten wird. Alle Mittel auf der Einlagenseite, die nicht oder fristgemäß nicht adäquat ausgeliehen sind, bewirken, daß der effektive Grundsatzwert unter der Obergrenze liegt.

Die Gruppen der Girozentralen und Zentralkassen müssen in der folgenden Aufstellung weggelassen werden, weil für sie hinsichtlich der Grundsätze Sonderbestimmungen gelten und weil ihr Mittelaufkommen an Hand des vorliegenden statistischen Materials nicht genau erfaßt werden kann.

Die erste Spalte der Darstellung (siehe nächste Seite) zeigt die effektive Ausnützung des betreffenden Grundsatzes, die zweite den verbleibenden Überschuß.¹⁷⁴⁾ Die Differenz zwischen den Reserven aus Grundsatz III und II zeigt, ob in Grundsatz III ebensoviel kurz- und mittelfristige Passiva zur Verfügung stehen als ausgeliehen sind. Ergibt sich eine positive Differenz, dann liegt in bezug auf die kurz- und mittelfristigen Positionen ein Überschuß vor. Ein negativer Betrag zeigt, in welchem Ausmaß längerfristige Passiva zu kurz- und mittelfristigen Ausleihungen verwendet wurden.¹⁷⁵⁾

174) Der obige Überschuß, der nicht mit einem Zentralbankgeldüberschuß zu verwechseln ist, stellt eine Reserve an Mitteln dar, die (auf Grund der Richtsatzwerte) noch hätten ausgeliehen werden können. Diese fiktiven Grundsatzreserven, deren Festlegung sehr problematisch ist, haben mit den effektiven Liquiditätssalden nichts zu tun.

175) Auf die geldtheoretische Problematik der Ausleihung von längerfristigen Mitteln (Spareinlagen) auf kurzfristiger Basis weist Ehrlicher hin. Vgl. derselbe, Zur Stellung der Kreditgenossenschaften im Geld- und Kapitalmarkt, in: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 4/Heft 3, 1954, S. 255 ff.

Grundsatzwerte in %, Überschüsse in Mrd DM

		1950 ⁺)	1954	1958	1962
Grundsatz-Reserven		GW ⁺⁺⁾ ÜS ⁺⁺⁾	GW ÜS	GW ÜS	GW ÜS
Groß-banken	II		52% 1,3	35% 3,3	33% 5,7
	III		75% 1,8	61% 5,0	76% 4,7
	Res.		+0,5	+1,7	-1,0
Kredit-banken	II		58% 1,6	62% 3,1	61% 5,7
	III		78% 1,4	69% 3,6	76% 4,5
	Res.		-0,2	+0,5	-1,2
Spar-kassen	II	58% 1,1	74% 2,2	83% 2,9	95% 1,8
	III	60% 1,5	58% 3,5	44% 7,6	50% 10,3
	Res.	+0,4	+1,3	+4,7	+8,5
Gewerbl. Genossen-schaften	II	23% 0,3	30% 0,8	34% 1,8	50% 2,5
	III	77% 0,2	84% 0,3	67% 1,2	75% 1,4
	Res.	-0,1	-0,5	-0,6	-1,1
Ländl. Genossen-schaften	II		28% 0,6	42% 1,1	61% 1,4
	III		73% 0,2	71% 0,6	80% 0,7
	Res.		-0,4	-0,5	-0,7
Hypothek-banken	II	85% 0,2	79% 1,8	91% 1,7	91% 2,9
	III	34% 0,2	21% 1,5	36% 1,2	44% 1,7
	Res.	-	-0,3	-0,5	-1,2

Quellen: Statistisches Handbuch der BdL 1948 - 1954,
Monatsberichte der BdL und BB.

⁺) Die Grundsatzwerte für das Jahr 1950 können nicht für alle Bankengruppen berechnet werden, weil die statistischen Angaben für dieses Jahr unvollständig sind.

⁺⁺⁾ GW = Grundsatzwert
ÜS = Überschußreserve.

Soweit die in den Statistiken ausgewiesenen Positionen nicht den Positionen der Grundsätze entsprachen, wurden Näherungswerte eingesetzt. Da es in der Darstellung auf die globale Relation zwischen Mittelaufkommen und Mittelverwendung ankommt, sind kleinere Abweichungen unerheblich.

Wie die Zahlen zeigen, haben alle Institutsgruppen einen Überschuß an langfristigen Passiva. Die Zurückhaltung von langfristigen Mitteln ist jedoch bei den einzelnen Bankengruppen unterschiedlich. Bei den Hypothekenbanken liegt sie zwischen 9% und 20%, bei den Sparkassen zwischen 5% und 42% des Grundsatzwertes II. Am größten ist sie bei den Genossenschaften mit rund 40% - 70%. Die Kreditbanken halten etwa 40% zurück. Eine Sonderstellung nehmen die Großbanken ein. Bei ihnen steigt die Nichtausleihung von längerfristigen Passiva bis 1962 auf 70% an. Mit Ausnahme der Großbanken sind sonst alle Bankengruppen bereit, ab 1958 in stärkerem Ausmaße längerfristige Kredite zu geben.

Vergleichen wir nun die Kreditvergabe der Bankensektoren mit der Entwicklung der Liquiditätssalden.

Positive Liquiditätssalden weisen die Sparkassen- und die Genossenschaftsorganisation aus. Auf Grund der interbanklichen Zentralbankgeldüberschüsse könnten beide Bankengruppen eine noch stärkere Kreditausdehnung betreiben. Die Sparkassen liegen 1962 in Grundsatz II (langfristige Kreditvergabe) aber bereits bei 95%. Das langfristige Mittelaufkommen entspricht also beinahe der langfristigen Mittelvergabe. Wenn trotzdem noch ein Überschuß an Zentralbankgeld gegeben ist, so kann dies nur bedeuten, daß die langfristige Kreditvergabe nicht zu einem vollständigen Abfluß von Notenbankgeld führt und ein Teil der ausgelegten Mittel im eigenen System verbleibt. Dank des großen Kundenkreises und straff gegliederten Gironetzes kann auch das kurzfristige Kredit- und Einlagengeschäft mit einer relativ geringen Zentralbankgeldmenge abgewickelt werden. Die Sparkassen sind demnach trotz starker Kreditaktivität Überschußinstitute.

Im Vergleich zu den Sparkassen betreiben die Genossenschaften eine andere Kreditpolitik. In der langfristigen Kreditvergabe disponie-

ren sie äußerst zurückhaltend. Dafür liegen sie in Grundsatz III (kurzfristige Kreditausleihung) hoch. Der positive Liquiditätssaldo würde ihnen dabei ohne weiteres auch eine stärkere längerfristige Kreditausdehnung erlauben.

Die Bankengruppen, die einen negativen Liquiditätssaldo verzeichnen, haben in der Kreditvergabe die eigenen Notenbankgeldreserven überschritten. Um nicht noch größere Zentralbankgeldverluste zu erleiden, mußten sie eine zurückhaltende Kreditpolitik einleiten.

Tatsächlich drosseln die Großbanken auch ihre langfristige Kreditausdehnung. Die Kreditaktivität der Kreditbanken bleibt dagegen unverändert, weshalb sie auch einen größeren Zentralbankgeldverlust zu tragen haben. In ihrem Geldkreislauf mit den Wirtschaftssektoren treten Sickerverluste auf. Diese entstehen bei den Bankensektoren eben dann, wenn zwischen den Wirtschaftssektoren eine Geldvermögensumschichtung stattfindet und die strukturellen Verhältnisse bei den Bankengruppen so sind, daß nicht alle gleichmäßig an der Einlagenumschichtung partizipieren.

D. Die Geldbewegungen insgesamt

Nachdem wir die Geschäftsstruktur, die Liquiditätssalden und die Liquiditätspolitik der Bankengruppen kennen, wollen wir die Geldbewegungen bei den Institutsgruppen insgesamt untersuchen. Die jährlichen Zunahmen auf der Kreditseite werden den jährlichen Zunahmen auf der Einlagenseite gegenübergestellt.

Auf der Aktivseite werden erfaßt:

- a) kurzfristige Kredite einschließlich Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen,
- b) mittelfristige Kredite,
- c) langfristige Kredite.

Die Passivpositionen umfassen die Zunahmen der

- a) Sichteinlagen,
- b) Termineinlagen,
- c) Spareinlagen.

Auf der Passivseite werden ferner in einer Sonderposition die jährlichen Zunahmen der im Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen (abzüglich der im eigenen Bestand befindlichen Schuldverschreibungen eigener Emissionen) der Bankengruppen ausgewiesen.

Von der Summe der Aktivpositionen (I) wird die Summe der im gleichen Zeitraum anfallenden Einlagen (II) abgezogen. Die verbleibende Differenz zeigt, ob die Mittelvergabe oder das Mittelaufkommen überwiegt. Unter Berücksichtigung der abgesetzten Schuldverschreibungen erhalten wir sodann den Zu- oder Abfluß von Geld bei den Bankengruppen.

1. Großbanken
(in Mio DM)

Zunahme der Kredite an Nichtbk. Zunahme der Einl. von Nichtbk.

	kfr. +)	mfr.	lfr.	Summe(I)	SE	TE	SpE	Summe(II)	II. / I	Schuld- verschr.	Zu- oder Abfluß
1951	998	124	154	1276	561	427	130	1118	-159	-	-159
1952	800	-31	243	1012	86	616	212	914	-98	-	-98
1953	745	184	323	1252	215	847	322	1384	+130	-	+130
1954	1224	162	231	1617	937	-424	577	1090	-526	-	-526
1955	912	172	-10	1074	408	221	372	1001	-73	-	-73
1956	532	158	-27	663	352	1069	92	1513	+850	-	+850
1957	1415	150	-42	1523	692	1418	450	2560	+1037	-	+1037
1958	-521	277	-2	-246	866	387	624	1877	+2123	-	+2123
1959	849	824	103	1776	1077	800	1000	2877	+1101	-	+1101
1960	1367	204	92	1663	344	-76	698	966	-695	-	-695
1961	2001	576	301	2878	1027	556	519	2102	-776	-	-776
1962	179	1043	180	1402	655	675	930	2260	+858	-	+858

- 160 -

2. Kreditbanken (ohne Großbanken)

1951	719	204	284	1207	309	549	86	944	-263	68	-195
1952	800	94	331	1225	73	633	169	875	-350	133	-217
1953	688	169	435	1292	269	475	253	997	-295	215	-80
1954	744	-11	646	1379	374	21	432	827	-552	431	-121
1955	932	27	808	1767	427	47	289	763	-1004	342	-662
1956	425	133	642	1200	256	592	173	1021	-179	248	+69
1957	962	180	473	1615	452	818	384	1653	+38	219	+257
1958	463	360	752	1575	905	503	459	1867	+292	347	+639
1959	1009	697	940	2646	801	751	575	2127	-519	497	-22
1960	2127	262	590	2979	295	609	501	1405	-1574	392	-1182
1961	2220	526	904	3650	855	696	392	1943	-1707	554	-1153
1962	1004	568	968	2540	639	481	653	1773	-767	692	-75

+) kfr. = kurzfristig
mfr. = mittelfristig
lfr. = langfristig

SE = Sichteinlagen
TE = Termineinlagen
SpE = Spareinlagen

Quellen: Statistisches Handbuch der BdL 1948-1954,
Tab. III B 1 und 6, C 1;
Monatsberichte der BB, Tab. A 1 und B 1;

3. Sparkassen und Girozentralen

(in Mio DM)

Zunahme der Kredite an Nichtbk. Zunahme der Einl. von Nichtbk.

kfr. +)	mfr.	lfr.	Summe(I)	SE	TE	SpE	Summe(II)	II. / I	Schuld- verschr.	Zu- oder Abfluß
1951	388	213	1286	1887	534	505	526	1565	-322	264
1952	981	391	1452	2824	444	689	1556	2689	-135	166
1953	783	672	2268	3723	292	799	2485	3576	-147	386
1954	740	235	3585	4560	754	166	3426	4346	-214	782
1955	201	102	4426	4729	466	-282	2535	2719	-2010	580
1956	472	100	2960	3532	649	-265	1947	2331	-1202	445
1957	1679	400	3059	5138	861	1574	3181	5616	+478	406
1958	-66	154	4540	4628	1106	114	4214	5434	+806	955
1959	480	787	6110	7377	1272	588	5673	7533	+156	1487
1960	1099	318	5358	6775	879	284	5179	6398	-377	676
1961	803	306	6509	7618	2217	436	4823	7476	-142	1518
1962	773	1368	7330	9471	1669	482	5941	8092	-1379	1849

- 161 -

4. Hypothekenbanken und öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten

	- 3	3	1089	1138	20	-	20	-1118	400	-738
1951	52	11	1302	1315	37	-	37	-1276	503	-773
1952	2	50	1507	1545	-5	-	-5	-1550	854	-696
1953	-12	51	2295	2335	48	1	49	-2286	1977	-308
1954	-11	80	2722	2796	15	-7	8	-2788	1572	-1216
1955	-6	18	2433	2433	-4	-	-4	-2437	1041	-1396
1956	-18	4	2350	2329	-13	-7	-20	-2349	1391	-958
1957	4	-25	3540	3526	+9	-3	6	-3532	2556	-976
1958	12	26	3520	3533	-6	2	-4	-3537	2697	-840
1959	3	10	2928	2955	-9	-6	-15	-2970	2100	-870
1960	4	23	4002	4071	4	12	16	-4055	3027	-1028
1961	-	69	4574	4607	4	2	6	-4601	3225	-1376
1962	7	26								

+ kfr. = kurzfristig
mfr. = mittelfristig
lfr. = langfristig

SE = Sichteinlagen
TE = Termineinlagen
SpE = Spareinlagen

Quellen: Statistisches Handbuch der BdL 1948-1954,
Tab. III B 1 und 6, C 1;
Monatsberichte der BB, Tab. A 1 und B 1;

5. Gewerbliche Genossenschaften und Zentralkassen
(in Mio DM)

Zunahme der Kredite an Nichtbk.				Zunahme der Einlagen von Nichtbk.				Schuld- verschr.	Zu- oder Abfluß		
kfr. +)	mfr.	lfr.	Summe (I)	SE	TE	SpE	Summe (II)			II. / I	
1951	53	17	56	126	134	33	81	248	+122	-	+122
1952	317	22	52	391	83	72	186	341	-50	-	-50
1953	357	44	90	491	89	41	289	419	-72	-	-72
1954	253	31	161	445	81	-	418	499	+54	-	+54
1955	191	21	119	331	140	-22	305	423	+92	-	+92
1956	181	27	133	341	131	38	274	440	+99	-	+99
1957	178	28	120	326	224	80	436	740	+414	-	+414
1958	214	38	162	414	270	54	551	875	+461	-	+461
1959	386	138	276	800	288	23	694	1005	+205	-	+205
1960	447	90	289	826	177	76	671	924	+ 98	-	+98
1961	394	109	399	902	439	14	602	1055	+153	-	+153
1962	380	158	511	1049	316	95	755	1166	+117	-	+117

6. Ländliche Genossenschaften und Zentralkassen

1951	-56	-5	31	82	84	5	47	136	+44	-	+44
1952	252	20	49	321	54	18	151	223	-98	-	-98
1953	177	35	59	271	50	20	245	315	+58	-	+58
1954	228	37	129	394	65	-9	356	412	+27	-	+27
1955	182	75	175	432	67	5	235	307	-125	-	-125
1956	121	10	125	256	43	40	195	278	+22	-	+22
1957	46	34	163	243	153	51	295	501	+258	-	+258
1958	167	30	185	382	163	29	402	594	+212	-	+212
1959	237	113	367	717	193	19	555	767	+50	-	+50
1960	250	70	280	600	76	43	487	606	+6	-	+6
1961	270	69	313	652	260	31	495	786	+134	-	+134
1962	306	92	464	862	246	63	718	1027	+165	-	+165

+) kfr. = kurzfristig
mfr. = mittelfristig
lfr. = langfristig

SE = Sichteinlagen
TE = Termineinlagen
SpE = Spareinlagen

Quellen: Statistisches Handbuch der BdL 1948-1954,
Tab. III B 1 und 6, C 1;
Monatsberichte der BB, Tab. A 1 und B 1;

7. Alle Banken
(in Mio DM)

Zunahme der Kredite an Nichtbk.				Zunahme der Einlagen von Nichtbk.				Schuld- verschr.	Zu- oder Abfluß
kfr. +)	mfr.	lfr.	Summe (I)	SE	TE	SpE	Summe (II)		
							II. / I		
1951	2614	571	3520	1806	1525	919	4250	-2455	-1728
1952	3480	642	3983	8105	2066	2419	5312	-2794	-2050
1953	2746	1322	5452	983	2181	3837	7001	-2519	-792
1954	3259	649	7248	11156	-188	5477	7682	-3475	+61
1955	3026	745	9423	13194	1701	10	3951	-7532	-4556
1956	2193	966	7162	10321	1539	1826	2703	-4253	-2753
1957	6091	538	6397	13026	2417	3560	5113	-1936	+248
1958	800	1128	9476	11404	3510	1062	6714	-118	+4270
1959	2279	3099	12964	18342	3770	2065	8936	-3571	+2474
1960	5837	1502	10899	18238	2169	981	8075	-7013	-3569
1961	7157	2238	14592	23987	5245	1737	7311	-9694	-3819
1962	2388	3619	15903	21910	3575	1712	9449	-7174	-3556

+) kfr. = kurzfristig
mfr. = mittelfristig
lfr. = langfristig

SE = Sichteinlagen
TE = Termineinlagen
SpE = Spareinlagen

Quelle: Monatsbericht der BB vom März 1963
Tab. III A 1 und B 1;

Bei den Großbanken überwiegen im Mittelaufkommen und in der Mittelverwendung die kurzfristigen Positionen. Der Einlagenzuwachs und die Kreditausdehnung sind dabei in den einzelnen Jahren sehr unterschiedlich. Von 1957 bis 1959 (das sind die Jahre, in denen der positive Saldo des Warenhandels stark zunimmt) übersteigt das Mittelaufkommen von Nichtbanken die Kreditvergabe an Nichtbanken. Insgesamt ergibt sich deshalb bei den Großbanken ein Einlagenüberschuß, der in seiner Höhe etwa dem Betrag entspricht, der in den angekauften Wertpapieren festgelegt ist. Bezieht man auf der Kreditseite auch die Wertpapieranlagen mit ein und berücksichtigt man ferner die zurückhaltende Kreditvergabe der Großbanken, so sind sie im Geldkreislauf (binnenwirtschaftlich) zu den Defizitbanken zu zählen. Die Schuldnerstellung der Großbanken am Geldmarkt bestätigt diese Aussage.

Die Kreditbanken (ohne Großbanken) sind im Geldkreislauf eindeutige Defizitinstitute. Während des ganzen Berichtszeitraums stellen sie den Nichtbanken mehr Mittel zur Verfügung, als ihnen Einlagen von Nichtbanken wieder zufließen. Das Mitteldefizit wird durch die Geldaufnahme bei Nichtbanken¹⁷⁶⁾ teilweise ausgeglichen. Die Geldaufnahme im Interbankverkehr erbringt sodann den restlichen Ausgleich.

Die Sparkassen und Girozentralen (ohne Deutsche Girozentrale) weisen im großen und ganzen ein gleichmäßiges Mittelaufkommen und eine gleichgerichtete Kreditvergabe aus. Auf der Einlagenseite dominieren die Spargelder, auf der Aktivseite die langfristigen Kredite. Insgesamt ergibt sich ein Plus an Mittelaufkommen. Bezieht man auch die Geldaufnahme bei Nichtbanken (insbesondere die Geldaufnahme der Giro-

176) Vgl. Monatsbericht der BdL und BB. In den Berichten vor Mitte 1963 sind die längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (von öffentlichen Stellen, Wirtschaftsunternehmen und Privaten) in Tab. III B 1 ausgewiesen, in den späteren Berichten in Tab. III A 8.

zentralen bei öffentlichen Stellen)¹⁷⁷⁾ mit ein, so vergrößert sich der Überschuß im Einlagenzufluß noch beträchtlich.

Die Genossenschaften und deren Zentralkassen sind Überschußbanken. Ausschlaggebend ist hauptsächlich der starke Zuwachs an Spareinlagen.

Die Realkreditinstitute weisen einen starken Mittelabfluß aus. Dieser wird durch die Geldaufnahme bei Nichtbanken, vornehmlich beim öffentlichen Sektor, weitgehend ausgeglichen.

In der Betrachtung des gesamten Geschäftsbankensektors zeigt sich auf der Aktivseite eine starke Zunahme der langfristigen Kredite, der auf der Passivseite eine ebenfalls starke Steigerung der Spareinlagen gegenübersteht. Das Einlagendefizit aller Banken wird durch die Geldaufnahme bei Nichtbanken teilweise ausgeglichen und zeitweise sogar überkompensiert. Mit den Positionen der Banken bei der Zentralbank, den Salden aus der Wertpapierverflechtung und aus dem Interbankverkehr muß es sich im großen und ganzen ausgleichen.

Zusammenfassung

Gegenstand der Arbeit ist die Darstellung der Zusammenhänge zwischen Bankenstruktur und Bankenliquidität. Der Einfluß der strukturellen Verhältnisse bei den Banken wird zunächst an Hand von theoretischen Überlegungen und sodann auf Grund der Entwicklung der Bankengruppen des westdeutschen Geschäftsbankensystems untersucht.

Im ersten Teil wurde festgestellt, daß die Bestimmungsgründe für die Liquiditätssalden zwischen den Banken auf die strukturellen Verhältnisse bei den Banken zurückzuführen sind. Unter Bankenstruktur

177) Vgl. Fußnote auf S. 163

wird die Verflechtung der Banken mit den Wirtschaftssektoren verstanden. Treten zwischen den Wirtschaftssektoren Geldvermögensumschichtungen auf, so bewirken diese auch bei den Banken Liquiditätssalden. Eine Geldvermögensumschichtung zugunsten der privaten Haushalte führt deshalb zu einem positiven Liquiditätssaldo bei den Sparkassen. Es handelt sich hierbei um einen grundsätzlichen Anpassungsprozeß, der entsteht, wenn die Eigenfinanzierung der Unternehmungen zurückgeht und wenn gleichzeitig die Haushalte sparen.

Die strukturellen Gegebenheiten bei den Banken sind ferner für die Kreditschöpfungsfähigkeit von Bedeutung. Läßt die Kundenstruktur bei den Banken geschlossene Giralgeldkreisläufe zu, dann können die Banken in vermehrtem Umfange Zahlungen mit eigenem Giralgeld ausführen. Ein Liquiditätsproblem entsteht in diesem Fall für die Banken nicht.

Im zweiten Teil wird die Entwicklung der Liquidität und der strukturellen Verhältnisse bei den Bankengruppen in den Jahren 1950 bis 1962 untersucht.

Die Liquiditätsversorgung durch die Notenbank entwickelt sich in diesen Jahren für das gesamte Geschäftsbankensystem sehr günstig. Die starken Geldvermögensumschichtungen zu Lasten des Auslands sowie des Staates und zugunsten des privaten Sektors verbessern durch den dadurch ausgelösten Notenbankgeldzufluß den Liquiditätsstatus aller Banken. Ein Teil der staatlichen Schuldpapiere stellt für die Geschäftsbanken außerdem potentiell Zentralbankgeld dar, weil sich die Banken über einen Verkauf dieser Papiere an die Notenbank weiteres Zentralbankgeld beschaffen können.

Im Rahmen dieser günstigen Liquiditätsentwicklung verzeichnen die Sparkassen und die Genossenschaften den größten Liquiditätszufluß. Die Untersuchung der strukturellen Gegebenheiten zeigt, daß beide Bankengruppen mit den privaten Haushalten in enger Geschäftsverbin-

dung stehen. Die Betrachtung der Entwicklung der eigenen Mittel der Unternehmungen an den Investitionen und die Zunahme der Spareinlagenbildung bei den Banken zeigen ferner, daß die theoretischen Voraussetzungen für das Entstehen von Liquiditätssalden zwischen den Bankengruppen im Berichtszeitraum erfüllt sind. Bei der gegebenen Geschäftsstruktur der Bankengruppen muß deshalb auch die Geldvermögensumschichtung zugunsten der privaten Haushalte zu einem vermehrten Liquiditätszufluß bei den Sparkassen und Genossenschaften führen.

Die Liquiditätssalden zwischen den Bankengruppen sind nun Folge und/oder Ursache der jeweiligen Liquiditätspolitik der Banken. Der Vergleich der Kreditausdehnung bei den Bankengruppen läßt erkennen, daß die Sparkassen im Geldkreislauf trotz starker Kreditaktivität Überschußinstitute bleiben, während die Großbanken und Kreditbanken sich bei geringerer Kreditvergabebereitschaft als Defizitbanken erweisen. Die Ausgabenüberschüsse der Unternehmen werden für diese Banken zu Auszahlungsüberschüssen, die zu Zentralbankgeldverlusten führen.

Die Entwicklung der Liquidität der Bankengruppen im westdeutschen Banksystem wird demnach sehr stark von der Geldvermögensumschichtung zugunsten der privaten Haushalte beeinflußt. Die Bankenstruktur bestimmt somit auch die Bankenliquidität.

Wenn die Wettbewerbsenquete deshalb von der gegebenen Bankenstruktur ausgeht, dann wird auf Grund der jetzigen Fragestellung das Wettbewerbsproblem im westdeutschen Bankwesen nicht voll erfaßt. Dazu bedürfte es einer umfassenderen Fragestellung, denn die gegebene Geschäftsstruktur im Banksystem ist mit zu berücksichtigen. Die heutige Bankenstruktur ist auf die Entwicklung der letzten Jahrzehnte zurückzuführen. Sie ist das Ergebnis der geschäftspolitischen Konzeptionen der Bankengruppen und der staatlichen Förderungsmaßnahmen vergangener Jahre.

Anhang

I. Tabellen

Tabelle 1

Die Entwicklung der Geschäftsvolumina der Bankengruppen (in Mrd DM)

	Groß- banken	Kredit- banken	Sparkas- senbereich	Genossen- schafts- sb.	Realkredit- institute	Alle Bank. (+)
1950	7,6	6,9	12,3	5,0	2,3	40,0
1951	9,7	9,0	15,2	5,6	3,7	51,3
1952	11,4	10,8	19,4	7,1	5,7	65,0
1953	13,4	12,8	25,0	8,7	7,6	80,3
1954	15,9	15,4	33,3	10,7	11,2	102,0
1955	17,6	18,4	40,0	12,4	14,1	121,9
1956	19,2	20,4	44,8	13,8	16,2	137,2
1957	21,8	23,0	56,0	16,4	19,0	160,9
1958	23,1	25,9	66,5	19,5	22,6	183,2
1959	26,5	29,8	75,8	22,9	26,9	211,0
1960	28,6	34,2	85,4	25,5	30,3	237,3

Jährliche Zunahmen (in Mrd DM)

1951	2,1	2,0	2,9	0,6	1,4	11,3
1952	1,7	1,8	4,2	1,5	2,0	13,7
1953	2,0	2,0	5,6	1,6	1,9	15,3
1954	2,5	2,6	8,3	2,0	3,6	21,7
1955	1,7	3,0	6,7	1,7	2,9	19,9
1956	1,6	2,0	4,8	1,4	2,1	15,3
1957	2,6	2,6	11,2	2,6	2,8	23,7
1958	1,3	2,9	10,5	3,1	3,6	22,3
1959	3,4	3,9	9,3	2,4	4,3	27,8
1960	2,0	4,4	9,6	2,6	3,4	26,3

Jährliche Zunahmen i vH des Geschäftsvolumens des Vorjahres

1951	28	29	23	13	60	28
1952	17	20	28	27	54	27
1953	17	19	28	22	33	24
1954	29	21	33	23	47	27
1955	11	19	20	16	26	19
1956	9	11	12	11	15	13
1957	14	13	25	19	17	17
1958	6	12	19	19	19	14
1959	15	15	14	12	19	15
1960	7	15	12	11	13	12

Quelle: Monatsbericht der BB vom März 1961, S. 30

⁺) Differenzen ergeben sich durch Auf- und Abrunden.

Tabelle 2

Die Entwicklung der wichtigsten Aktivpositionen der Bankengruppen
(in Mrd DM)

Bankengruppe	a) kurzfr. Kredite		b) mittel- u. langfr. Kred.		c) Wertpapiere u. Konsortialbetei	
	1950	1960	1950	1960	1950	1960
Alle Banken	16,0	46,5	9,9	113,4	0,5	18,5
darunter						
Großbanken	4,9		0,3		0,1	
Kreditbanken	4,1	27,1	0,6	12,8	0,1	5,9
Sparkassenb.	3,8	8,4	3,2	43,9	0,2	8,5
Genossenschaftsb.	2,4	8,1	0,5	6,7	.	1,3
Realkreditinst.	.	0,1	1,7	26,0	.	0,8
sonstige	0,8	2,8	3,6	24,0	0,2	2,0

Anteile der Bankengruppen an der Summe der Positionen aller Banken
(i vH)

Alle Banken	100	100	100	100	100	100
darunter						
Großbanken	31		3		8	
Kreditbanken	26	58	6	11	20	32
Sparkassenb.	24	18	32	39	31	46
Genossenschaftsb.	15	17	5	6	4	7
Realkreditinst.	.	.	17	23	2	4

Quelle: Monatsbericht der BB vom März 1961, S. 37 ff.

Tabelle 3

Die Entwicklung der wichtigsten Passivpositionen der Bankengruppen
(in Mrd DM)

Bankengruppe	a) Sicht- und Terminein- lagen		b) Sparein- lagen		c) kurzfr. Kre- ditaufnahme bei Banken		d) Schul- verschrei- bg. i. U.	
	1950	1960	1950	1960	1950	1960	1950	1960
Alle Banken	16,0	71,3	4,4	55,2	7,7	10,8	1,8	29,3
darunter								
Großbanken	4,6	35,6	0,3	8,3	1,8	4,0	-	-
Kreditbanken	3,4		0,2		2,1		0,2	3,1
Sparkassenb.	5,2	24,9	2,8	33,2	1,4	0,9	0,3	6,8
Genossenschaftsb.	1,6	9,0	1,0	10,4	1,7	1,1	.	0,1
Realkreditinst.	.	0,2	.	.	0,1	0,1	0,8	16,2
sonstige	1,1	3,5	0,1	3,3	0,6	4,7	0,5	3,1

Anteile der Bankengruppen an der Summe der Positionen aller Banken
(ivH)

Alle Banken	100	100	100	100	100	100	100	100
darunter								
Großbanken	29		6	15	23		-	-
Kreditbanken	21	49	5		27	37	11	11
Sparkassenb.	33	34	63	60	18	8	16	23
Genossenschaftsb.	10	12	22	19	22	10	.	.
Realkreditinst.	-	-	-	-	1	1	47	55

Quelle: Monatsbericht der BB vom März 1961, S. 37 ff.

II. Statistische Erläuterungen

Als Grundlage für die Feststellung der Kreditverflechtungen dienen die Tabellen III B 1 und C 1 des Statistischen Handbuches der BdL 1948 - 1954 sowie die Tabellen III A 1 und B 1 der Monatsberichte der BB.

Bei den einzelnen Positionen wird zwischen kurz- und langfristig unterschieden. Als kurzfristig gelten alle Positionen mit einer Laufzeit von unter vier Jahren. Die Positionen, deren Laufzeit darüber liegt, sind langfristig. Für die Fristigkeit ist dabei die vereinbarte Laufzeit maßgebend.

Aktiva

Als kurzfristige Forderungen sind die Positionen 1 - 5 ausgewiesen.

1. Die kurzfristigen Forderungen gegenüber der Notenbank umfassen:

Barreserve (Kasse und Guthaben bei der LZB),
Guthaben bei der BdL für gestellte Akkreditive.

2. Die kurzfristigen Forderungen gegenüber den Geschäftsbanken beinhalten:

Postscheckguthaben,
Guthaben bei Kreditinstituten,
kurzfristige Kredite an Kreditinstitute,
mittelfristige Kredite an Kreditinstitute,
Kassenobligationen von Kreditinstituten (1962),
Guthaben bei ausländischen Banken (siehe Anlage S. 175 ff.)

3. Die kurzfristigen Forderungen gegenüber dem privaten Sektor umfassen:

kurzfristige Kredite an Private,
mittelfristige Kredite an Private,
fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine, Schecks und Inkassowechsel,
./. kurzfristige Kredite an das Ausland (siehe Anlage).

4. Die kurzfristigen Forderungen gegenüber dem öffentlichen Sektor umfassen:

kurzfristige Kredite an öffentliche Stellen,
mittelfristige Kredite an öffentliche Stellen,
Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen,
Kassenobligationen ./. Kassenobligationen von Kreditinstituten (1962),
./. ausländische Geldmarktpapiere (siehe Anlage).

5. Die kurzfristigen Forderungen gegenüber dem Ausland können nicht exakt erfaßt werden. Sie müssen für die einzelnen Institutsgruppen gesondert berechnet werden. Als Aufteilungsschlüssel dienen die im Augustbericht 1963 von der BB veröffentlichten prozentualen Anteile der Bankengruppen an den gesamten Auslandsforderungen. Die Auslandsforderungen insgesamt sind im gleichen Monatsbericht ausgewiesen.

Als langfristige Forderungen sind die Positionen 7 - 11 ausgewiesen.

7. Die langfristigen Forderungen gegenüber den Geschäftsbanken entsprechen den in der Kreditstatistik ausgewiesenen

langfristigen Krediten an Kreditinstitute.

8. Die langfristigen Forderungen gegenüber dem privaten Sektor umfassen:

langfristige Kredite an Private,
./. Darlehen an Ausländer (siehe Anlage).

9. Die langfristigen Forderungen gegenüber dem öffentlichen Sektor setzen sich zusammen aus:

langfristigen Krediten an öffentliche Stellen,
Ausgleichsforderungen,
Deckungsforderungen gemäß Währungsausgleichs-, Altsparer- und Lastenausgleichsgesetz.

10. Unter Wertpapieren sind erfaßt:

Wertpapierbestände einschließlich Konsortialbeteiligungen sowie Schuldverschreibungen eigener Emissionen,
./. ausländische Wertpapiere (siehe Anlage).

Die Schuldverschreibungen eigener Emissionen müßten an sich von den

auf der Passivseite stehenden ausgegebenen Schuldverschreibungen abgesetzt werden. Da die Beträge aber kaum ins Gewicht fallen, wird davon Abstand genommen. Da der Wertpapiersektor als selbständiger Sektor behandelt wird, erfolgt die Korrektur im Saldo des Wertpapiersektors zwangsläufig.

Die Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen sowie die Kassenobligationen werden dem öffentlichen Sektor zugerechnet.

11. Die langfristigen Forderungen gegenüber dem Ausland setzen sich zusammen aus:

ausländischen Wertpapieren,
Darlehen an Ausländer (siehe Anlage).

13. Die sonstigen Aktiva umfassen:

Beteiligungen,
Grundstücke und Gebäude,
sonstige Aktiva.

Passiva

1. Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber der Notenbank:

bei der BdL bzw. BB aufgenommene Refinanzierungskredite (für 1950 und 1954 nach Angaben der BB).

2. Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber den Geschäftsbanken:

Einlagen von Kreditinstituten,
eigene Akzepte im Umlauf,
eigene Ziehungen im Umlauf,
bei Kreditinstituten aufgenommene Gelder,
./. Einlagen von ausländischen Banken (siehe Anlage).

Die aufgenommenen Gelder werden 1950 und 1954 voll dem Geschäftsbankensektor zugerechnet, da eine Trennung dieser Position aus statistischen Gründen nicht vorgenommen werden kann.

Die Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln werden nur insoweit erfaßt, als sie die bei der BdL bzw. BB aufgenommenen Refinanzierungskredite wesentlich übersteigen. Sie sind in der letzteren Position größtenteils schon enthalten.

3. Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber dem privaten Sektor:

Sichteinlagen von Privaten,
Termineinlagen von Privaten .

Spareinlagen von Privaten, ¹⁷⁸⁾
bei Nichtbanken aufgenommene Gelder,
. / . Einlagen von ausländischen Nichtbanken,
. / . Kreditaufnahme im Ausland.

Die Aufgliederung der Spareinlagen in private und öffentliche erfolgt für 1954 nach der Tabelle III B 9 des Statistischen Handbuchs der BdL 1948 - 1954. Die Aufschlüsselung für 1950 wird nach den prozentualen Anteilen von 1954 vorgenommen.

4. Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber dem öffentlichen Sektor:

Sichteinlagen von öffentlichen Stellen,
Termineinlagen von öffentlichen Stellen,
Spareinlagen von öffentlichen Stellen.

5. Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland:

Sie werden wie die kurzfristigen Auslandsaktiva für die einzelnen Bankengruppen nach den im Augustbericht 1963 von der BB angegebenen prozentualen Anteilen an den gesamten Auslandspassiva berechnet.

7. Langfristige Verbindlichkeiten gegenüber den Geschäftsbanken:

längerfristig aufgenommene Gelder bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau und Berliner Industriebank AG,
längerfristig aufgenommene Gelder bei Kreditinstituten.

8. Langfristige Verbindlichkeiten gegenüber dem privaten Sektor:

längerfristig aufgenommene Fremdgelder bei Privaten.

9. Langfristige Verbindlichkeiten gegenüber dem öffentlichen Sektor:

längerfristig aufgenommene Fremdgelder bei öffentlichen Stellen.

10. Langfristige Verbindlichkeiten gegenüber dem Wertpapiersektor:

Schuldverschreibungen im Umlauf,
. / . ausländische Wertpapiere (siehe Anlage).

11. Langfristige Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland:

langfristige Verpflichtungen gegenüber Ausländern (siehe Anlage).

13. Sonstige Passiva:

Grund- oder Stammkapital bzw. Geschäftsguthaben einschließlich Rücklagen nach § 10 KWG (neu),
sonstige Rücklagen, Rückstellungen und Wertberichtigungen.

178) Die Spareinlagen gelten im Sinne der Bankenstatistik als kurz- bzw. mittelfristige Verbindlichkeiten. Hinsichtlich der Abgrenzung der Fristigkeiten vgl. S. 170

Auslandsaktiva i vH der Gesamtpositionen

(Stand Ende Juni 1963)

	Guthaben bei ausl. Banken	Kurzfr. Kredite	Geldmarkt- papiere	Langfr. Forderung.
Großbanken	29	53	43	11
Kreditbanken	53	41	30	9
Sparkassensektor	14	5	27	11
Genossenschaftss.	4	1	-	-
Realkreditinstitute	-	-	-	1
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben	-	-	(100) ⁺	68
Teilzahlungskredit- institute	-	-	-	-

Quelle: Monatsbericht der BB vom August 1963, S. 11.

⁺) Die Geldmarktpapiere der Kreditinstitute mit Sonderaufgaben sind gesondert ausgewiesen und können deshalb direkt erfaßt werden.

Auslandspassiva i vH der Gesamtpositionen

(Stand Ende Juni 1963)

	Einlagen von Ausländern	Kurzfr. Kreditaufnahme	Langfr. Verpflichtungen
Großbanken	51	3	3
Kreditbanken	40	87	42
Sparkassens.	7	2	10
Genossenschaftss.	2	-	-
Realkreditinstitute	-	-	4
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben	-	-	40
Teilzahlungskredit- institute	-	8	1

Quelle: Monatsbericht der BB vom August 1963, S. 11.

Auslandsaktiva in Mio DM

	Guthaben bei ausl. Banken	Kurzfr. Kredite	Geldmarkt- papiere	Summe der kurz- fr. Forderungen	Wertpapiere	Darlehen	Summe der langfr. Ford.
1954	71	65		136			
1958	162	466	207	835			
1962	522	831	166	1519	209	440	649
1954	130	50		180			
1958	296	360	144	800			
1962	955	643	73	1671	99	360	459
1954	34	6		40			
1958	78	44	130	252			
1962	252	78	83	413	5	440	445
1954	10	1		11			
1958	22	9		31			
1962	72	16		88			
1954							
Realkreditinst.							
1958							
1962					4	40	44
1954							
Kreditinstitute							
1958							
mit Sonderauf- gaben			371	371	8	2720	2728
1962							
1954							
TZ-Banken							
1958							
1962							
1954	245	122		367			
1958	558	879	481	1918			
1962	1801	1568	693	4062	325	4000	4325

Quelle: Monatsbericht der BB vom August 1963, S. 4.

Auslandspassiva in Mio DM

- 177 -

	Ausländische Einlagen von:			Summe der kurzfristigen Verbindlichkeiten	Langfristige Verbindlichkeiten
	Banken	Wirtschaftsuntern. u. Privaten, öffentl. St. u. internat. Organis.	Kreditaufnahme im Ausland		
Großbanken	1954 1958 1962	360 868 878	313 607 1127	9 17 69	682 1492 2074 14
Kreditbanken	1954 1958 1962	282 681 689	246 476 884	274 502 1987	802 1658 3560 194
Sparkassens.	1954 1958 1962	49 119 121	43 83 155	6 12 46	98 170 322 46
Genossensch.	1954 1958 1962	14 34 34	12 24 44		26 58 78
Realkreditinst.	1954 1958 1962				18
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben	1954 1958 1962				185
TZ-Banken	1954 1958 1962			25 46 183	25 46 183 5
Alle Banken	1954 1958 1962	705 1702 1722	614 1190 2210	314 577 2285	1633 3469 6217 462

Quelle: Monatsbericht der BB vom August 1963, S. 4.

Literaturverzeichnis

I. Bücher und Aufsätze:

- Aust, Eberhard: Der Wettbewerb in der Bankwirtschaft, Frankfurt/M. 1963.
- Bading, Arnold: Ländliche Kreditgenossenschaften, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Frankfurt/M. 1957, S. 1097 ff.
- Barlet, Kurt: Hypothekenbanken, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Frankfurt/M. 1957, S. 813 ff.
- v. Beckerath, H.: Kapitalmarkt und Geldmarkt, Jena 1916.
- Brehmer, Ekhard: Struktur und Funktionsweise des Geldmarktes der Deutschen Bundesrepublik seit 1948, Tübingen 1956.
- Bröker, Günther: Die Kreditverflechtungen der Bankengruppen in der Bundesrepublik Deutschland nach Sektoren Ende 1953, 1954, 1955, Dissertation, Kiel 1959.
- Buschmann, Günter: Die Vereinbarungen und Zusammenschlüsse im Kreditwesen unter den Gesichtspunkten der Bankenaufsicht und der Kartellgesetzgebung, Berlin 1963.
- Committee on the Working of the Monetary System: (Radcliffe-) Report, London 1959.
- Deutsche Bundesbank: Methodische Erläuterungen zu den Berechnungen über die Vermögensbildung und ihre Finanzierung, in: Monatsbericht vom Dezember 1961, S. 13 ff.
- Die Stellung der einzelnen Institutsgruppen im deutschen Banksystem, in: Monatsbericht vom März 1961, S. 28 ff.
- Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V.: Zahlen zum Spargiroverkehr, in: Sparkasse, Heft 1/1959, S. 55 f.
- Grundsatzfragen der Wettbewerbsuntersuchung, in: Sparkasse, Heft 15/16 1963, S. 229 ff.

- Ehrlicher, Werner: Geldtheorie, in: HdSW, S. 231 ff.
Zur Stellung der Kreditgenossenschaften im Geld- und Kapitalmarkt, in: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 4/Heft 3 1954, S. 246 ff.
- Eisfeld, Curt: Sparkassen, in: HdSW, S. 665 ff.
- Esenwein-Rothe, Ingeborg: Die Struktur des Bankwesens als Gegenstand wirtschaftsstatistischer Analyse, Berlin 1959.
- Feifel, Hermann: Die Anwendbarkeit der modernen Krediterschöpfungslehre auf die besondere Art des Sparkassengeschäfts, Berlin 1959.
- Flotigraaf, Hans: Steuerprivilegien und Wettbewerb im Bankwesen der Bundesrepublik Deutschland, Untersuchung der unterschiedlichen Besteuerung der Kreditinstitute und ihres Einflusses auf die Wettbewerbsverhältnisse, Reformvorschläge, Berlin 1963.
- Floss, Eberhard: Kreditschöpfung und Sparkassen, in: Österreichisches Bank-Archiv, 6. Jg. 1958, Heft XII, S. 433 ff.
- Gestrich, Hans: Kredit und Sparen, 2. Aufl., Godesberg 1947.
- Gleske, Leonhard: Die Liquidität in der Kreditwirtschaft, Frankfurt/M. o. Jg. (1954).
- Hahn, Oswald: Die Geldschöpfungskapazität einer Girobank in betriebswirtschaftlicher Betrachtung, in: Blätter für Genossenschaftswesen, Heft Nr. 11/12 (Sonderdruck).
- Köhler, Claus: Der Geldkreislauf, Geldtheoretische Thesen im Spiegel der Empirie, Berlin 1962.
- Köhler, H. J.: Der Begriff "Geldmenge" und seine Problematik, Berlin 1960.
- Lang, Johann: Gewerbliche Kreditgenossenschaften, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Frankfurt/M. 1957, S. 721 ff.
- Lautenbach, Wilhelm: Kreditvolumen und Bankenliquidität, in: Bankarchiv 1939, S. 115 f.

- Lehmann, F.: Die Dispositionen der Banken, in: Zeitschrift für Handelswissenschaft und Handelspraxis, Stuttgart, 22. Jg. (1929), S. 268 ff.
- Leutner, Helmut: Geldstrom- und Liquiditätstheorie, Frankfurt/M. 1962.
- Lierow, Hans-Joachim: Der Geldschöpfungskoeffizient der Kreditbanken in der Bundesrepublik, Berlin 1957.
- Lohmann, Martin: Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, 4. Aufl., Tübingen 1964.
- Mangold, Gerhard: Die Strukturanalyse des wirtschaftlichen Kreislaufs, Schmollers Jb. (1953), S. 27 ff.
- Mayer, Helmut: Die "multiple" Geldschöpfung der Banken, in: ZfdgKW, 6. Heft/1956, S. 185 ff.
- Mellerowicz, Konrad: Der Zahlungsverkehr, in: Die Bank, Bd. II, Wiesbaden 1952, S. 297 ff.
- Müller, J. Heinz und Dorow, Frank: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, in: Staatslexikon, Freiburg 1963, S. 363 ff.
- Neuhauser, Gertrud: Versuch einer kreislauftheoretischen Analyse der bankmäßigen Geld- und "Kreditschöpfung", in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 91. Jg. 1955, Heft 2, S. 198 ff.
- Niehans, Jürg: Strukturwandlungen als Wachstumsprobleme, in: Neumark, Fritz (Hrsg.), Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F., Bd. 30/I, Berlin 1964, S. 18 ff.
- Oberhauser, Alois: Finanzpolitik und private Vermögensbildung, Köln 1963.
- Peckolt, Horst: Strukturverschiebungen im deutschen Bankwesen, Stuttgart 1937,
- Pfleiderer, Otto: Mindestreservenpolitik, in: HdSW, S. 349 ff.
- Powelson, John P.: National Income and Flow-of-Funds Analyses, New York/Toronto 1960.
- Rittershausen, Heinrich: Strukturwandlungen im Bankwesen, in: König, Heinz (Hrsg.), Wandlungen der Wirtschaftsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F., Bd. 26, Berlin 1962, S. 524 ff.

- Samuelson, Paul A.: Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl., Köln 1955.
- v. Spindler-Becker-Starke: Die Deutsche Bundesbank, Grundzüge des Notenbankwesens und Kommentar zum Gesetz über die Deutsche Bundesbank, Stuttgart 1957.
- Schmidt, E.W.: Industrie und Banken, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Frankfurt/M. 1957, S. 842 ff.
- Schneider, Erich: Einführung in die Wirtschaftstheorie, I. Teil, Theorie des Wirtschaftskreislaufs, 6. Aufl., Tübingen 1956.
- Einführung in die Wirtschaftstheorie, III. Teil, Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung, 5. Aufl. Tübingen 1959.
- Schreihage, Heinrich: Zur Untersuchung über Wettbewerbsverschiebungen im Kreditgewerbe, in: ZfdgKW, Heft 20/1963, S. 940 ff.
- Stein, Hans-Hermann: Strukturwandlungen in der Anlagepolitik der Kreditbanken in der Bundesrepublik Deutschland von 1950 - 1960, Berlin 1964.
- Stucken, Rudolf: Geld und Kredit, 2. Aufl., Tübingen 1957.
- Liquidität der Banken, in: HdSW, S. 629 ff.
- Stützel, Wolfgang: Bankpolitik - heute und morgen, Ein Gutachten, Frankfurt/M. 1964.
- Liquidität, in: HdSW, S. 622 ff.
- Volkswirtschaftliche Saldenmechanik, Ein Beitrag zur Geldtheorie, Tübingen 1958.
- Thalheim, Karl C.: Aufriß einer volkswirtschaftlichen Strukturlehre, in: ZfdgStW 1939, S. 464 ff.
- Timm, Herbert: Ein vernachlässigtes Problem finanzpolitischer Sparförderung, Ein Beitrag zur notwendigen Koordinierung von Finanz- und Geldpolitik, in: FA n. F., Bd. 20 1959/60, S. 58 ff.
- Veit, Otto: Grundriß der Währungspolitik, Frankfurt/M. 1961.
- Volkswirtschaftliche Theorie der Liquidität, Frankfurt/M. 1948.

- Wagner, Valentin Fritz: Geschichte der Kredittheorien, Wien 1937.
Wendt, Siegfried: Banken (I), in: HdSW, S. 539 ff.

II. Statistische Quellen:

- Bank deutscher Länder: Statistisches Handbuch 1948 - 1954, Frankfurt/M. 1955.
Geschäftsberichte,
Monatsberichte,
Deutsche Bundesbank: Geschäftsberichte,
Monatsberichte,
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank: Geschäftsbericht für das Jahr 1962,
Wegweiser durch deutsche Aktiengesellschaften, München 1961.
Bayerische Vereinsbank: Geschäftsbericht 1962.
Bank für Gemeinwirtschaft AG: Geschäftsbericht 1962.
Bayerische Staatsbank: Geschäftsbericht 1962.
Deutsche Bank AG: Geschäftsberichte 1960 und 1962.
Dresdner Bank AG: Geschäftsberichte 1960 und 1962.
Commerzbank AG: Geschäftsberichte 1960 und 1962.
Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland für 1959 und 1962.
Der Volkswirt, Wirtschafts- und Finanz-Zeitung, Frankfurt/M. lfd.
Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Frankfurt/M., lfd.

Lebenslauf

- 1929 geb. als drittes Kind des Carl Falch (+1933), Inhaber eines Polstergeschäftes, und dessen Ehefrau Toni, geb. Geiselhart, in Buchau a. F.,
- 1949 Reifeprüfung an der Spohnoberschule Ravensburg,
- 1951 Ende der Banklehrzeit bei der Landwirtschaftlichen Genossenschaftszentralkasse eGmbH, Ravensburg,
- 1952 Kreditsachbearbeiter bei der Württembergischen Landwirtschaftsbank GmbH, Stuttgart,
- 1955 Bankinspektor bei der Landeszentralbank von Baden-Württemberg, Hauptstelle Stuttgart,
- 1956 Filialleiter der Zweigstelle Freiburg der Südwestdeutschen Landwirtschaftsbank GmbH, Stuttgart,
ab 1959 - 1963 Kreditsachbearbeiter und Werkstudent bei der gleichen Bank,
- 1961 Diplomexamen an der Universität Freiburg
(Diplomvolkswirt)
- Freiburg, im Januar 1965

